



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Bevölkerungsschutz

Zukunft des Ehrenamtes

1 | 2021



BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Editorial der ersten Ausgabe unseres Magazins **Bevölkerungsschutz** im Jahr 2021 bietet mir die schöne Gelegenheit, mich auch Ihnen als nicht mehr ganz so neuer Präsident des BBK kurz vorzustellen.



Armin Schuster
ist Präsident des
Bundesamtes für
Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe.
(Foto: Bildkraftwerk/
Jürgen Schulzki)

Seit knapp vier Monaten bin ich nun im Amt und habe damit die berüchtigten ersten 100 Tage im Laufschrift hinter mich gebracht. Nach Bonn kam ich ohne Umweg und Verschnaufpause direkt aus Berlin. Dort war ich gut zehn Jahre lang direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim und Innenpolitiker im Deutschen Bundestag. In meiner Zeit als Bundestagsabgeordneter bin ich immer auch Mann der Exekutive und damit parlamentarischer Exot geblieben. Nach über 30 Jahren Berufserfahrung bei der Bundespolizei mit Stationen im Bundesinnenministerium – damals noch in Bonn – legt man diese Perspektive nicht so leicht ab. Aber gerade dieser Erfahrungshorizont macht für mich die neue Aufgabe im BBK so spannend. Das BBK bedeutet für mich also nicht nur räumlich auch ein „Nachhausekommen“.

Meine persönliche 100-Tage-Bilanz des BBK kann sich sehen lassen. Entgegen mancher Stimmen erlebe ich das Bundesamt keineswegs als „vergessenes Amt“, sondern vielmehr im Turbomodus. Wir bieten den Behörden und Hilfsorganisationen auf kommunaler Ebene, Landes- und Bundesebene eine Vielzahl wertvoller Produkte und Dienstleistungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der

Katastrophenhilfe, ob Risikoanalysen, Hilfestellung für die Krankhausalarm- und Einsatzplanung in der Corona-Lage, die Warn-App-NINA, Schutzkonzepte für Kritische Infrastrukturen, unser umfangreiches Aus- und Fortbildungsangebot für Verantwortliche aller Ebenen im Bevölkerungsschutz und die Stärkung des Ehrenamtes und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

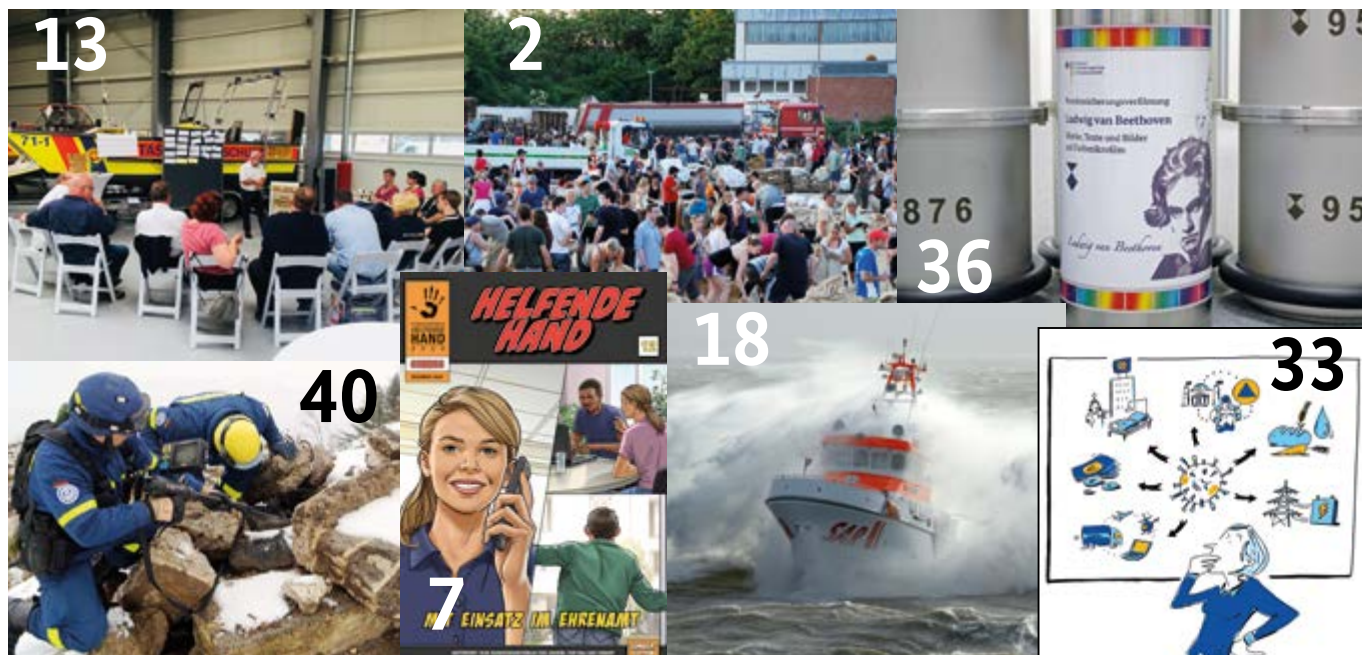
Wir können uns in Deutschland nur deshalb auf unser Hilfestellungssystem verlassen, weil viele ehrenamtliche und freiwillige Helferinnen und Helfer sich unermüdlich für das Gemeinwohl einsetzen. Die Corona-Krise hat allerdings auch Lücken in unserem System aufgezeigt. Das BBK wird mit neuen Konzepten zur Stärkung des Ehrenamtes und der freiwilligen zivilgesellschaftlichen Strukturen daran arbeiten, diese Lücken zu schließen. Mir liegt ganz besonders am Herzen, dass es uns gelingt, auch die vielen spontan hilfswilligen Menschen in der Fläche künftig besser einzubinden – professionell, aber so unbürokratisch und barrierearm wie möglich.

Meine Aufgabe sehe ich darin, die im BBK vorhandene Expertise künftig stärker mit allen Akteuren zu teilen, die sich in den Hilfsorganisationen, den kommunalen Einrichtungen, den Ländern und im Bund dem Bevölkerungsschutz widmen. Wir wollen sie alle noch besser als bisher unterstützen, wo immer unser Wissen hilfreich ist. Und wir wollen einen Beitrag zur intensiveren Vernetzung der Akteure leisten, denn wir alle wissen ja, wie wichtig es ist, in einer Krise Köpfe zu kennen. Das BBK wird sich dafür auch selbst erneuern und seine Schwerpunkte neu ausloten. In einer der nächsten Ausgaben des Bevölkerungsschutzmagazins werden wir Sie mitnehmen und Ihnen einen tieferen Einblick in den laufenden Prozess der Neuausrichtung des BBK geben. Ich freue mich, wenn ich Sie dazu dann noch einmal an dieser Stelle begrüßen darf. Viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe! Und bleiben Sie gesund!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Armin Schuster



ZUKUNFT DES EHRENAMTES

Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz – Zukunftssicherung durch Anpassung	2
Der BMI-Förderpreis „Helfende Hand“	7
Gesellschaft im Wandel – wie geht es weiter mit dem Ehrenamt im Bevölkerungsschutz? Arbeiter-Samariter-Bund Die Zukunftsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes sichern – jetzt!	13
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Die Arbeit im Team ist entscheidend!	16
Die Seenotretter, Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) Rausfahren, wenn andere reinkommen	18
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft „Die gesellschaftliche Entwicklung zeigt leider einen Rückgang an ehrenamtlichem Engagement.“	20
Deutscher Feuerwehrverband Probleme an der Wurzel packen, nicht an Symptomen arbeiten	22
Deutsches Rotes Kreuz Ehrenamtliches Engagement ist wichtig und unverzichtbar	25
Malteser Hilfsdienst Leistungsfähig durch erhöht Bandbreite	27
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. Ehrenamt im Bevölkerungsschutz – Professionell durch Kooperation	31

EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

EU-Ratspräsidentschaft 2020 Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und Empfehlungen für das neue Wissensnetz im Unionsverfahren	33
--	----

KULTURGUTSCHUTZ

Beethoven – Bonn – Barbarastollen = B ³ Beethoven unter Schutz der Haager Konvention	36
--	----

TECHNIK

Orten auf verbessertem Niveau Lebenszeichenerkennung von verschütteten Personen (LUPE+)	40
---	----

KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Wie vorbereitet sind deutsche Großstädte auf einen Blackout?	42
---	----

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	45
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	47
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	49
Deutscher Feuerwehrverband	50
Deutsches Rotes Kreuz	51
Johanniter-Unfall-Hilfe	52
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	54

RUBRIKEN

Nachrichten	56
Impressum	56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz – Zukunftssicherung durch Anpassung

Wolfram Geier

Seit vielen Jahren wissen wir, dass die demografische Entwicklung Deutschland in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen massiv fordern wird. Gerade auf Ehrenamtlichkeit basierende und für die Gesellschaft unverzichtbare Aufgaben müssen sich mit dieser Herausforderung besonders beschäftigen. Demografische Effekte beziehen sich nicht nur auf die Verschiebungen in der Alterspyramide, sondern auch auf starke Veränderungen in der Familienplanung und Familiengestaltung, auf das Ausbildungs- und Berufsleben, auf die damit einhergehende Mobilität sowie auf

ferse im System sein und bedürfen einer intensiven Analyse und Anpassung.

Sicherung des Systems als strategische Zielsetzung

Nach wie vor gilt die Sicherung und Fortentwicklung des grundsätzlich erfolgreichen Bevölkerungsschutz-Systems auf zivilgesellschaftlicher, ehrenamtlicher Basis als zentrales politisch-strategisches Ziel. Gleichwohl zwingt der rapide gesellschaftliche Wandel dazu, über Anpassungen, Änderungsnotwendigkeiten und Innovationen nachzudenken und diese wo erforderlich zu etablieren. Dabei muss auf Nachhaltigkeit und Ausgewogenheit von neu einzuführenden und beizubehaltenden vorhandenen Konzepten und Maßnahmen geachtet werden, um einerseits das berühmte „Kind nicht mit dem Bade auszuschütten“ und um andererseits nicht krampfhaft an überkommenen Strukturen festzuhalten. Kurzgefasst soll also eine auf Nachhaltigkeit basierende Anpassungsstrategie die langfristige Sicherung und Fortentwicklung des Systems garantieren.

Demografischer Wandel, neue Risiken und Erschwernisse

Regional unterschiedlich, aber durchaus deutlich erkennbar, machen sich die negativen Auswirkungen demografischer Veränderungen im Bevölkerungsschutz seit längerem quantitativ und qualitativ bemerkbar. Einerseits steht bereits in manchen strukturschwachen Regionen ein geringeres Potenzial an Einsatzkräften aufgrund einer schrumpfenden und überalterten Bevölkerung zur Verfügung. Andererseits ist dadurch bedingt auch eine Veränderung in der Leistungsfähigkeit durch den schrumpfenden Anteil jüngerer, physisch in der Regel leistungsstärkerer Menschen zu befürchten. Die zunehmende Mobilität der Berufstätigen, der Kampf um qualifizierte Arbeitskräfte sowie die regional sehr unterschiedliche Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitsplätzen verschärfen bereits seit längerem den Stadt-Land-Gegensatz auch auf diesem Sektor. Sogenannte „weiße Kreise“, in denen bereits die alltägliche Gefahrenabwehr bedroht ist, dürften also gerade in den strukturschwachen Regionen weiter zunehmen. Fraglich ist auch, wie sich die Bereitschaft der Arbeitgeber zur Freistel-



Parallel zur demografischen Entwicklung verändern sich auch soziale Wertevorstellungen und soziales Engagement. (Foto: truthseeker08 / CC0 Public Domain / pixabay.com)

das geänderte Freizeitverhalten. Parallel dazu verändern sich im Zuge allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklungen auch soziale Wertevorstellungen und soziales Engagement der Menschen. Der Bevölkerungsschutz ist von solchen Entwicklungen stark betroffen, ist er doch einerseits durch extrem hohe Ehrenamtlichkeit und andererseits durch stringente und hierarchische Ausbildungs- und Einsatzstrukturen und eine spezifische und historisch gewachsene Organisationskultur in Feuerwehren und Hilfsorganisationen geprägt. Dieser Status erlaubt in der Regel nur eine bedingte Flexibilität. Aufgrund der komplexen demografischen Umbruchsituation in den kommenden Jahren könnten aber gerade diese Rahmenbedingungen eine Achilles-

lung von Mitarbeitern für Einsätze im Brandschutz, in der technischen Hilfe, im Sanitäts- und Betreuungswesen und im Katastrophenschutz während der Arbeitszeit generell weiter entwickeln wird. Hier besteht großer Handlungsdruck, mit Arbeitgebern langfristige und für alle tragbare Lösungen weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus verschärft eine schnell und massiv alternde Gesellschaft auch die Einsatzbedingungen für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz. Aufgrund des deutlichen Anwachsens des Anteils von multimorbiden und von pflegebedürftigen Menschen werden bereits heute Rettungsdienst und Gesundheitswesen stark gefordert. Mit der steigenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen in den mittlerweile unzähligen Seniorenwohn- und Pflegeheimen, aber auch von durch mobile Pflegedienste betreute Singles in Privatwohnungen, ist hier ein bislang wenig beachtetes neues Risiko entstanden, welches dem Bevölkerungsschutz bei Großschadenslagen und Katastrophen sowie bei Evakuierungen ein besonderes Vermögen abverlangen wird. Die Corona-Pandemie hat nicht umsonst einen besonderen Fokus auf diese vulnerable Gruppe in unserer Gesellschaft gelegt und sehr drastisch eine offene Flanke kenntlich gemacht, um die wir uns aus verschiedenen Gründen dringend kümmern müssen.

Zu den sozialen Verschärfungen aufgrund der Demografie, des Anwachsens der Gruppe hochbetagter und pflegebedürftiger Menschen und deren besonderen Lebensumständen kommen auf die Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz aber auch weitere Herausforderungen aufgrund anderer Risiken und Gefahren zu, die ebenfalls eine Anpassung des Systems erfordern; so z. B. aufgrund des Klimawandels mit seinen Wetterextremen und deren Auswirkungen oder aufgrund hybrider Bedrohungen mit Auswirkungen auf die Strom- und Trinkwasserversorgung oder andere lebenswichtige Versorgungsleistungen. Alleine die Wald- und Vegetationsbrände in den Hitzeperioden der vergangenen Sommer, insbesondere 2019, haben deutlich gemacht, welche neuen physischen (Langzeit-) Belastungen auf überwiegend ehrenamtliche Einsatzkräfte der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes zukommen.

Staatliche Aktivitäten zur Förderung des Ehrenamtes im vergangenen Jahrzehnt

Seit über zehn Jahren beschäftigen sich die verschiedensten Projekte unter anderem im Rahmen der zivilen Sicherheitsforschung mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Gefahrenabwehr. Bereits 2011 hatte aus diesem Grunde auch die Ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder (IMK) mit einer länderoffenen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände, der Feuerwehren und Hilfsorganisationen ein umfassendes Forschungsprojekt zur nachhaltigen Sicherung der ehrenamtlich geprägten Hilfeleistungsstrukturen im Bevölkerungsschutz initiiert. Wenig überraschend waren die 2014 vorgelegten Ergebnisse die-

ses Vorhabens, die u. a. durch Evaluierung vorhandener Konzepte sowie der Auflage von zielgruppenspezifischen Kurzstudien erzielt wurden und die nun nach über sechs Jahren weiterhin überwiegend Gültigkeit haben.



Die bewährten Ausbildungs- und Einsatzstrukturen sowie die spezifische und historisch gewachsene Organisationskultur in Feuerwehren und Hilfsorganisationen könnten angesichts der komplexen demografischen Umbruchsituation in den kommenden Jahren eine Achillesferse im System sein und bedürfen einer intensiven Analyse und Anpassung. (Foto: planet_fox / CC0 Public Domain / pixabay.com)

Die Kernprobleme werden auch durch eine aktuelle Studie „Stärkung des Ehrenamtes im Katastrophenschutz Nordrhein-Westfalen“, die die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt 2020 im Auftrag des Landes durchgeführt hat, ebenso bestätigt wie notwendige Lösungswege. Die erkannten Problemfelder in dieser Studie beziehen sich dabei in erster Linie auf den demografischen Wandel sowie auf die bislang im Katastrophenschutz deutlich unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig belegt die empirisch sehr fundierte und umfangliche Studie eindrücklich die ungebrochen hohe Motivation bei aktiven Ehrenamtlichen in Nordrhein-Westfalen sowie den hohen individuellen Wertegewinn durch das Engagement selbst. Allerdings belegt sie auch nachdrücklich den zunehmend schwierigeren Spagat, Beruf, Familie und Ehrenamt wirklich zufriedenstellend unter einen Hut zu bekommen. Sehr positiv sticht eine inhaltlich-thematisch getaktete Ziel- und Zeitplanung ins Auge, die die Auftragnehmer dem Land quasi als „Aktionsplan“ empfohlen haben.

Inklusion

Unabhängig von dieser neuen landesspezifischen Studie, aber im Einklang mit ihr, besteht der erkannte Handlungsbedarf zur Helfergewinnung bei den unterrepräsentierten oder bislang noch nicht in den Fokus geratenen Zielgruppen bundesweit fort. Zu ihnen gehören Frauen, Migranten, fitte Senioren, aber auch für bestimmte Aufgaben durchaus zu gewinnende und einzusetzende Menschen mit Behinderungen. Des Weiteren besteht nach wie vor großer Bedarf, die Einbindung von aktiven Helferinnen

nen und Helfern bzgl. Ausbildung, Fortbildung und Einsatz an die individuellen Lebenswirklichkeiten so anzupassen, dass einerseits Helferpotenziale gehalten und gewonnen werden können und andererseits eine spürbare Flexibilisierung ermöglicht, Berufs- und Privatleben mit ehrenamtlichem Engagement im Bevölkerungsschutz stimmig in Einklang zu bringen. Und nicht zuletzt müssen mittlerweile



Neben klassischem Engagement durch feste und langfristige Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden besteht in der Bevölkerung durchaus die Bereitschaft zu kurzfristigem Einsatz. Beispielsweise wird für das Elbe-Hochwasser 2013 die Zahl der Spontanhelfer mit über 12.000 angegeben, beim Elbe-Hochwasser 2002 sogar mehr als 23.000. (Foto: THW)

bestehende Konzepte zur sinnvollen Einbindung von zeitweiligen, nicht an Organisationen gebundenen (Spontan-) Helferinnen und Helfern evaluiert und fortentwickelt sowie durch gute IT-Tools lokal und regional technisch unterstützt werden. Auch hier zeigen sich bereits Best Practice-Beispiele im Zuge der Bewältigung der Corona-Pandemie sowie durch Strukturen, die die Hilfsorganisationen in den letzten Jahren geschaffen haben (z. B. die Team-Modelle des DRK).

Menschen mit Migrationshintergrund

Für die Zielgruppe der Migranten bzw. der Menschen mit Migrationshintergrund fehlt trotz mittlerweile existierender guter lokaler Best Practice nach wie vor eine intensive interkulturelle Öffnung des Bevölkerungsschutzes. Es besteht ein großes Informationsdefizit bei dieser Bevölkerungsgruppe über den Bevölkerungsschutz in Deutschland sowie über die konkreten Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort durch eine kontinuierliche direkte Ansprache. Darüber hinaus sind auch unzureichende deutsche Sprachkenntnisse sowie teilweise kulturell bedingte Werteunterschiede hemmende Faktoren für ein soziales gesellschaftliches Engagement auf diesem speziellen Sektor. Dringend erforderlich ist eine interkulturelle Sensibilisierung von ehren- und hauptamtlichen Kräften in den Organisationen, die feste Einführung von „Lotsen“ und „Paten“ für neu ge-

wonnene Helfer mit Migrationshintergrund sowie der Auf- und Ausbau von kontinuierlichen Kommunikationsprozessen zwischen Organisationen des Bevölkerungsschutzes und Institutionen, mit denen diese Bevölkerungsgruppe oft in Kontakt stehen. Gute Möglichkeiten, sich besser kennen- und schätzen zu lernen, bieten bereits erfolgreich erprobte „Tandem“-Projekte zwischen den Institutionen. Als Beispiel hierfür dienen gemeinsam veranstaltete Blutspenden in Moscheen oder anderen Einrichtungen oder aber die verstärkte Präsenz mit Informationen im Rahmen von Sprach- und Integrationskursen.

Frauen

Nach wie vor sind Frauen, die über 50 % der Bevölkerung stellen, im Bevölkerungsschutz unterrepräsentiert. Leider scheint eine systemimmanente Diskriminierung von Frauen in den Organisationen z. B. durch das „Ausschlusskriterium“ unterschiedlicher physischer Leistungsfähigkeit von Männern und Frauen nach wie vor nicht beseitigt und schreckt ab. Allerdings gibt es auch hier mittlerweile sehr gute Einzelbeispiele, die deutlich belegen, wie überaus erfolgreich Frauen auch im Bevölkerungsschutz sprichwörtlich „ihren Mann stehen“ können. Während Frauen im Sanitäts- und Betreuungswesen schon traditionell viel häufiger anzutreffen sind, gibt es trotz lokaler Verbesserungen aber immer noch deutlichen Nachholbedarf bei den stark technisch ausgerichteten Organisationen.

Auch für diese Zielgruppe gilt, dass in den Organisationen des Bevölkerungsschutzes weiterhin eine stärkere Sensibilisierung von aktiven Mitgliedern und Führungskräften in Gender-Fragen sowie das systematische Heranführen von Frauen an die technischen Organisationen durch „Lotsen“ und „Paten“ sinnvoll ist. Darüber hinaus müssen verbesserte Strukturen in den Organisationen geschaffen werden, die z. B. die Verbindung von Ehrenamt und Familie (Kinder, pflegebedürftige Angehörige etc.) optimieren und die Attraktivität dieser Organisationen für Frauen spürbar erhöhen. Auch hier gibt es mittlerweile gute Beispiele, die z. B. im Rahmen der Bewerbungen für den Förderpreis „Helfende Hand“ bundesweit bekannt wurden und die erfolgreich belegen, dass dies funktionieren kann. Die Projektdatenbank „Helfende Hand“ des BBK kann für alle in diesem Beitrag beschriebenen Zielgruppen solche Best Practice ausweisen.

Senioren

Obwohl die Senioren bislang keine besonders aktiv zu bewerbende Gruppe bei den im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisationen darstellt und die Fixierung nahezu ausschließlich auf junge und jüngere Menschen stattfindet, müssen die Senioren als rapide wachsende Bevölkerungsgruppe stärker in die Betrachtungen zur Anpassung des Bevölkerungsschutzsystems einbezogen werden. Der Einsatz von Senioren findet, wenn überhaupt, auch heute

noch vorrangig im Bereich von Ausbildung und Verwaltung oder aber in den „Altersabteilungen“ unter kameradschaftlichen Aspekten statt. Auch bei dieser Zielgruppe ist die Sensibilisierung von Führungskräften wichtig, Senioren nicht mehr nur unter dem Aspekt der Einbindung in die passiven „Ehren- oder Altersabteilungen“ zu betrachten, sondern auch neu zu gewinnende Helfer dieser Altersklasse und mögliche neue Felder ihrer aktiven Mitarbeit zu identifizieren.

Ein wichtiger und mittlerweile in verschiedenen Ländern praktizierter Ansatz besteht darin, die Altersgrenze für die Mitwirkung in den Einsatzabteilungen der Feuerwehren anzuheben, da diese Grenze nicht mehr den heutigen differenzierten Altersbildern und dem tatsächlichen physischen Leistungsvermögen entspricht. Und nicht zuletzt muss auch über eine Anpassung der Qualifikationsstrukturen für Senioren nachgedacht werden, die neu für den Bevölkerungsschutz zu gewinnen sind. Dies bedeutet unter anderem, vorhandene berufliche Qualifikationen und elementare Lebenserfahrungen auf Ausbildungen im Bevölkerungsschutz dort anzurechnen, wo dies sinnvoll ist. Diese Anrechnung sollte selbstverständlich auch für alle Zielgruppen bzw. für neu anzuwerbende Menschen in anderen Lebensaltersabschnitten erfolgen können.

Lebensphasenmodell

Um dem demografischen Wandel aber insgesamt gerecht zu werden, ist auch die Weiterentwicklung eines sogenannten „Lebensphasenmodells“ erforderlich, das ermöglicht, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und Lebenskorridoren Menschen besonders erfolgreich für die Mitwirkung im Bevölkerungsschutz anzusprechen oder wieder zu (re-) integrieren. So müssen verstärkt die verschiedenen Lebensabschnitte vom Besuch der Kindertagesstätte über die Schule, Ausbildung / Studium, Berufseinstieg und Karriere, Familiengründung und erneute berufliche Orientierung bis hin zum Renteneintritt und die Seniorität in Augenschein genommen und die Möglichkeiten des Engagements im Bevölkerungsschutz in verschiedenen Quantitäten und Qualitäten zugeordnet werden. Das frühere durchgängige Engagement-Modell, das von der Kinder- bzw. Jugendabteilung bis zur Altersabteilung ging, wird künftig nur eines von verschiedenen Mitwirkungsmodellen sein. So müssen heutige und prognostizierte demografische Faktoren, wie hohe Mobilität aufgrund der Arbeitsmarktsituation, Verdichtung in Aus- und Fortbildung, Wanderungsbewegungen, Ost-West-, Nord-Süd-, und Stadt-Land-Gefälle u. v. m. Berücksichtigung finden. Mit einem solchen Modell kann die Identifizierung von übergreifenden Bedingungsfaktoren für ehrenamtliches Engagement sowie von Faktoren, die zu einer höheren Bereitschaft für ein solches Engagement beitragen können, gelingen. Darüber hinaus können Gründe herausgefunden werden, die einem Engagement entgegenstehen sowie Phasen identifiziert werden, die für ein solches Engagement besonders oder weniger geeignet sind. Um dies zu realisieren ist eine Flexibilisierung des Ge-

samtsystems erforderlich, die zunächst in den Köpfen der Funktionsträger beginnen muss. Ein Festhalten an den überkommenen Anteilen des Systems wäre kontraproduktiv.

Internetportale für Hilfwillige, Ehrenamts- und Freiwilligenbörsen

Fast alle Landkreise und kreisfreien Städte bieten heute dem Bürger über das Internet die Gelegenheit, sich in sogenannten Freiwilligen- oder Ehrenamtsbörsen über die Möglichkeit freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements zu informieren. Besonders beeindruckend ist die Vielfalt und Bandbreite selbst in kleineren Kommunen der Bundesrepublik, für das Gemeinwohl in nahezu jedem gesellschaftlichen Bereich einen Beitrag leisten zu können. Neben klassischem Engagement durch feste und langfristige Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden nimmt die zeitlich befristete, kurzfristige Möglichkeit zur Mitwirkung in Projekten einen immer größeren Stellenwert ein. Anstelle des Werbens für ein lebenslanges Engagement gewinnt die sogenannte „Zeitspende“ im Rahmen eher selbst definierter Größenordnungen und Zeiträume an Bedeutung und wird in den Börsen stark beworben. Hier besteht auch für den Bevölkerungsschutz eine große Chance, neue Menschen für diese Aufgabe zu begeistern und zu gewinnen.

IT-gestützte Informations- und Kommunikationsinstrumente für die Gewinnung von Ehrenamtlichen müssen noch intensiver genutzt und über Apps angeboten werden. Auch hier zeigt die Bekämpfung der Corona-Pandemie in den letzten Monaten, dass es möglich ist, mit einem mittlerweile breiten Angebot an lokalen und regionalen Helferportalen im Internet, auch spontan helfen wollende Menschen zu gewinnen und einzubinden. Auf diesem Gebiet existiert noch viel Potenzial, um die an sich große Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft zielgerichtet zu erschließen und daraus auch langfristiges Mitwirken im weiten Umfeld des Bevölkerungsschutzes zu generieren.

Neue (alte) Helferprogramme – stille Reserve

Last but not least sollte auch darüber gesprochen werden, ob nicht die Wiederauflage bzw. die Auflage neuer Ausbildungsprogramme in Anlehnung an die frühere Pflegehelferausbildung des Bundes ein Gebot der Stunde sein könnte, um bestimmte Defizite aufzufangen. Gerade aufgrund der derzeit gesammelten Erfahrungen im Zuge der Bekämpfung der Corona-Pandemie stellt sich diese Frage sehr deutlich. Bei großflächigen (nationalen) und lange anhaltenden Lagen, wie einer Pandemie, wäre es von Vorteil, wenn Behörden und Organisationen wieder auf ein zusätzliches unterstützendes Helferpotenzial in der Breite der Bevölkerung zurückgreifen könnten. Diese besonderen Ausbildungsprogramme könnten wie auch in der Vergangenheit durch die Hilfsorganisationen auf einem vergleichsweise einfachen, aber effektiven Niveau umgesetzt werden.

Die dadurch geschaffenen Ressourcen könnten dann für durchaus vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten in den Bereichen Sanität, Pflege, Betreuung, aber auch in Behörden zur Verfügung stehen, in besonderen Lagen einen wertvollen Dienst leisten und professionelle Kräfte spürbar entlasten. Dies wäre eine hervorragende Reserve und würde die alltägliche wie die für Krisen und Katastrophen besonders erforderliche Resilienz in der Gesellschaft deutlich steigern helfen.

Fazit

Mit Blick auf die Zielgruppen Migrant*innen, Frauen und Senioren sind identifizierte Gemeinsamkeiten aufzugreifen und es gilt mögliche Synergieeffekte bei den Inklusionsstrategien für diese Gruppen in das Bevölkerungsschutzsystem zu nutzen. Neben diesen Zielgruppen dürfen junge Menschen als nach wie vor besonders wichtige Zielgruppe



Für neu anzuwerbende Menschen in unterschiedlichen Lebensaltersabschnitten sollen vorhandene berufliche Qualifikationen und elementare Lebenserfahrungen auf Ausbildungen im Bevölkerungsschutz angerechnet werden.
(Foto: silviarita / CC0 Public Domain / pixabay.com)

für den Bevölkerungsschutz keinesfalls „vergessen“ bzw. vernachlässigt werden. Für sie sind maßgeschneiderte Phasenmodelle weiterzuentwickeln und verstärkt anzubieten, damit Ausbildung, Beruf, Familienleben und Ehrenamt zusammenkommen und zusammenbleiben können, auch wenn es unterschiedlich intensive Phasen der aktiven und passiven Mitwirkung gibt. Auf den übergeordneten Ebenen sollten vor allem die Rahmenbedingungen für erfolgreiches ehrenamtliches Engagement geschaffen bzw. verbessert werden. Hier sind Kreativität und auch politischer Mut gefordert, um tatsächlich wirkungsvolle Rahmenbedingungen für die Förderung des „ganz besonderen Ehren-

amtes Bevölkerungsschutz“ zu realisieren und auch um einen Benefit für die Aktiven als konkrete Anerkennung und erlebtes „Danke schön!“ zu schaffen. Ein konkretes, recht interessantes Benefit-Beispiel aus jüngerer Zeit ist beispielsweise das „Ulmer Modell für Bauplatzvergabe“ durch die Kommune. Die aktive Mitwirkung bei den lokalen Hilfsorganisationen und Feuerwehren wird mit Pluspunkten für die Bewerber bei der kommunalen Bauplatzvergabe honoriert; mehrere Kommunen haben dieses Modell bereits übernommen.

Besonders wichtig ist, dass konkrete Konzepte für die jeweiligen Regionen „passgenau“ vor Ort entwickelt und umgesetzt werden, wobei auf „Best-Practice-Beispiele“ als Ideengeber zurückgegriffen werden kann (siehe auch BBK-Datenbank „Helfende Hand“). Von „Oben“ übergestülpte oder als solche empfundene Konzepte werden nur selten die nötige Akzeptanz vor Ort finden. Spezifische Bedingungen von Organisationen, Regionen und Kulturen müssen dabei berücksichtigt werden. Allerdings werden sich die Organisationen des Bevölkerungsschutzes bezüglich der internen Verbandskulturen und Bindungsstrategien einer selbstkritischen Überprüfung unterziehen und sich an die geänderten demografischen Rahmenbedingungen anpassen müssen, um in der Breite auch langfristig attraktiv zu bleiben.

Die guten Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Studien zum Ehrenamt fließen mittlerweile auf den unterschiedlichen Ebenen in die Entwicklung von Handlungskonzepten und Strategien ein, die auch Wirkung vor Ort zeigen. Die Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamtes, u. a. Entwicklung von Imagestrategien zur Helferwerbung und Helferbindung, sind dabei zielführend und müssen langfristig fortgeführt werden. Das BBK verfolgt seit 2019 aufgrund eigener und externer Forschungserkenntnisse mit der Sensibilisierungskampagne „Bevölkerungsschutz braucht viele Talente - mit-dir-für-uns-alle“ eine ähnliche Zielrichtung wie Kampagnen auf der Länderebene. Eine noch engere Zusammenarbeit und Vernetzung von Bund und Ländern zur Erreichung der gesteckten Ziele ist dabei nicht nur sinnvoll, sondern notwendig.

Abschließend bleibt festzustellen, dass eine gelingende Inklusion o. g. Zielgruppen sowie eine Anpassung an die Lebensphasen der Menschen aufgrund der überall spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels mittel- und langfristig eine (über-) lebenswichtige Aufgabe für den Bevölkerungsschutz ist. Nur eine aufeinander abgestimmte Strategie von übergeordneten guten Rahmenbedingungen und akzeptierten, funktionalen lokalen Praxiskonzepten, in denen es gelingt „Alt“ und „Neu“ positiv zu verbinden, wird geeignet sein, die auftretenden Probleme nachhaltig zu lösen. Anpassung des Systems an die aktuellen und künftigen Erfordernisse ist das Gebot der Stunde!

Dr. Wolfram Geier ist Leiter der Abteilung *Risikomanagement und Internationale Angelegenheiten* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn.

Der BMI-Förderpreis „Helfende Hand“

Der BMI-Förderpreis „Helfende Hand“ ist Deutschlands wichtigste bundesweite Auszeichnung zur Würdigung ehrenamtlichen Engagements im Bevölkerungsschutz und wird jährlich vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) verliehen. In den vergangenen zwölf Jahren sind rund 2500 Bewerbungen eingegangen und es wurden bisher 178 Projekte ausgezeichnet.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) übernimmt als Geschäftsstelle u. a. die fachliche Koordination und organisiert das Bewerbungs- und Bewertungsverfahren des Förderpreises. Weiterhin werden alle mit der Preisverleihung verbundenen Maßnahmen und Veranstaltungen durch die BBK-Geschäftsstelle vorbereitet und organisiert.

Marion Heymel

Ziel und Intention des Förderpreises

Der Förderpreis wird seit 2009 jährlich verliehen und zeichnet Ideen und Konzepte aus, die das Interesse der Menschen für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz wecken und somit zur Stärkung des Ehrenamtes beitragen. Zudem werden Unternehmen, Einrichtungen und Personen geehrt, die den ehrenamtlichen Einsatz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorbildlich begleiten bzw. den Bevölkerungsschutz in besonderer Weise fördern.

Der Preis dient dazu, von staatlicher Seite Danke zu sagen für das freiwillige Engagement, die Mühe und den Zeitaufwand der Helferinnen und Helfer.

Die „Helfende Hand“ ist auch als Symbol zu verstehen. Sie steht für die dankend gereichte Hand derjenigen, die sich auf die Hilfe der Freiwilligen im Bevölkerungsschutz verlassen können. Gleichzeitig steht die Hand für Zusammenarbeit: Helferinnen und Helfer packen an, Unternehmen unterstützen ihre Beschäftigten und schaffen so die Basis für mehr Engagement in Deutschland.

Die Kategorien und Preise

Jeweils bis zu fünf Projekte in den Kategorien „Innovative Konzepte“, „Nachwuchsarbeit“ und „Unterstützung des Ehrenamtes“ werden vom Bundesinnenminister ausgezeichnet:

Innovative Konzepte

In dieser Kategorie werden Leistungen, Ideen, Konzepte und Projekte zur Steigerung der Attraktivität des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz ausgezeichnet, die mindestens eine der folgenden Eigenschaften haben:

- Inhalte, die für mehr Wertschätzung und eine Kultur der Anerkennung des Ehrenamtes sorgen;
- Identifikation und Nutzung neuer Bereiche und Trends;
- Projekte mit technischem Charakter: Digitalisierung, Vereinfachung von Kommunikation oder auch Entwicklung von Technik;
- Ideen zur finanziellen Förderung;
- Optimierungsansätze innerhalb der Organisationen: Aus- und Fortbildungen, Prozesse, Produkte u.Ä.



Nachwuchsarbeit

In dieser Kategorie werden Projekte, Leistungen, Ideen sowie Konzepte zur Förderung und zum Erhalt des Ehrenamtes ausgezeichnet, die eines oder mehrere der folgenden Merkmale aufweisen:

- Ideen zur Gewinnung neuer Zielgruppen oder zur Unterstützung der bestehenden Mitglieder und ihrer Identifikation bzw. Motivation für die Tätigkeit;
- Konzepte mit strategischem Hintergrund zur Begegnung gesellschaftlicher Probleme wie dem demografischen Wandel und der Klimakrise;
- Optimierungsansätze innerhalb der Organisationen mit dem Ziel der Verbesserung der Nachwuchsarbeit.

Unterstützung des Ehrenamtes

In dieser Kategorie werden Leistungen, Ideen, Konzepte und Projekte von Unternehmen, Einrichtungen oder Personen ausgezeichnet:

- Freiwillige Projekte von Dritten wie Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, Unternehmerinnen und Unternehmern oder Personen zur Unterstützung des Ehrenamtes;
- Konzepte, die keinen monetären Charakter haben;
- Projekte zur Entlastung, Anerkennung oder Wertschätzung ehrenamtlicher Projekte.

Die Jury kann zudem jährlich einen Sonderpreis für Leistungen, Ideen, Konzepte und Projekte vergeben, die nachhaltig, zukunftsorientiert und gesamtgesellschaftlich förderlich sind und mit Blick auf die Ziele des Förderpreises als außergewöhnlich wirksam bewertet werden, jedoch nicht in eine der vorgegebenen Kategorien passen. Neben der fachkundigen Jury, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Organisationen des Bevölkerungsschutzes bestehen und deren Juryvorsitz das BMI innehat, kann seit 2011 auch jede Besucherin und jeder Besucher der Website www.helfende-hand-foerderpreis.de online für ihre und seine favorisierte Projektidee in dieser Preiskategorie abstimmen.



Das Cover des Comic-Heftes mit den 15 besten ehrenamtlichen Projekten im Bevölkerungsschutz 2020. Es fasst nicht nur alle Gewinnerprojekte zusammen, sondern zeigt auch den außergewöhnlichen Einsatz der Preisträgerinnen und Preisträger. (Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat)

Der BMI-Förderpreis „Helfende Hand“ 2020

Die Preisvergabe 2020

Das Jahr 2020 war auch für die „Helfende Hand“ ein besonderes Jahr. Aufgrund der Coronapandemie konnte die Preisverleihung des Förderpreises nicht, wie gewohnt, in Berlin stattfinden. Um die Platzierungen dennoch in einem feierlichen Rahmen bekannt zu geben, wurde die Verkündung der Gewinnerinnen und Gewinner durch den



Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Stephan Mayer per Livestream im Internet übertragen. In diesem Rahmen hat gleichzeitig die Premiere der Projektfilme, die in diesem Jahr im Comicstil erstellt wurden, stattgefunden.

Insgesamt 267 Projekte haben sich 2020 mit innovativen, kreativen und unterstützenden Projekten für den BMI-Förderpreis beworben. Viele der Projekte greifen die Herausforderungen, die durch die Pandemie entstanden sind, auf und finden neue und innovative Ansätze z.B. für die Ausbildung, die Nachwuchsgewinnung oder die Unterstützung des Ehrenamtes. 15 Projekte wurden von der Jury ausgewählt und nominiert.

Die 15 Gewinnerprojekte 2020

In der Kategorie „Innovative Konzepte“ wurden 112 Bewerbungen eingereicht. Die folgenden fünf Projekte wurden ausgezeichnet:

1. Platz: „Corona kinderleicht erklärt“ des ASB-Regionalverbands Westliches Westfalen/Sauerland in Dortmund

Was ist Corona eigentlich? Wieso müssen wir zu Hause bleiben und warum waschen wir uns ständig die Hände? Die Pandemie wirft bei vielen Kindern Fragen auf. „Corona kinderleicht erklärt“ vom Arbeiter-Samariter-Bund-Regionalverband Westliches Westfalen/Sauerland e.V. setzt genau dort an und versucht über das Virus aufzuklären. Das digitale Angebot gibt Kindern die Chance, online Fragen zu stellen, die kindgerecht beantwortet werden. Mit unterlegten Comics werden die körperlichen Prozesse anschaulich dargestellt und die Thematik einfach vermittelt. Jonas, Caro und Arnold der Bär gehen als Hauptfiguren auf die Fragen ein und unterstützen die Eltern mit kostenlosen Tipps, Experimenten und Bastelanleitungen. Somit kann die Zeit zu

Hause nicht nur sinnvoll gestaltet, sondern auch interessant überbrückt werden. Das Konzept stärkt das Sicherheitsgefühl von Familien und hilft die Corona-Verhaltensregeln in den Alltag zu integrieren.

2. Platz: „Gebärdensprachliche Notfallunterstützung“ des BRK-Kreisverbands Erlangen-Höchstadt

Für Menschen mit Hörbehinderung, insbesondere Gehörlose, stellen Notfälle oft eine große Herausforderung dar – vor allem, wenn Gebärdensprachdolmetschende nicht zur Verfügung stehen. Um die Kommunikationsbarriere zu durchbrechen, hat Kai Bartholomeyczik in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Roten Kreuz Kreisverband Erlangen-Höchstadt und der Feuerwehr Erlangen eine gebärdensprachliche Notfallunterstützung eingerichtet. Sie soll Behörden mit Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben sowie Rettungs- und Einsatzkräfte bei Sofortlagen unterstützen und für die Hörgeschädigten Sicherheit schaffen. Ist die Dolmetscherin oder der Dolmetscher in dringenden Situationen nicht zu erreichen, springen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mit Gebärdensprachkenntnissen ein. Sie kommunizieren, übersetzen und vermitteln. Durch die Ansprache unterschiedlicher Gehörlosen-Organisationen und erstellte Info-Prospekte, wurden gebärdensprachkompetente Ehrenamtliche gefunden, die den hörgeschädigten Menschen in Notsituationen einen Austausch ohne Barriere ermöglichen.

3. Platz: „Neue Lernideen für Katastrophenschutz Helfer“ des DRK-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin

Da sie selbst zur Risikogruppe gehören oder in systemrelevanten Berufen arbeiten, konnten viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer die Katastrophenschutzeinheiten in Mecklenburg-Vorpommern während der Pandemie nicht unterstützen. Schnell fanden sich motivierte Freiwillige aus

der Bevölkerung. Um den Freiwilligen fehlende, grundlegende Kenntnisse und Kompetenzen zu vermitteln, entwickelte der Deutsche Rote Kreuz Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. „Neue Lernideen für Katastrophenhelferinnen und -helfer“. Auf einer E-Learning-Plattform können sich Interessierte alle notwendigen Kenntnisse im Bereich Betreuungsdienst und Katastrophenschutz in Online-Seminaren aneignen und das Wissen durch zwei praktische Ausbildungstage in kleinen Gruppen vertiefen. Diese Art von Aus- und Fortbildung motivierte bereits mehr als 100 Menschen, sich zu qualifizieren, und schuf eine neue Möglichkeit, um Ehrenamtliche für den Katastrophenschutz zu gewinnen.

4. Platz: „Jugendfeuerwehr 2.0 – Homeoffice und Challenges“ der Feuerwehr Braunschweig und der Jugendfeuerwehr Stöckheim

Die bundesweiten Einschränkungen, bedingt durch die COVID-19-Lage, führten dazu, dass der Übungsdienst der Jugendfeuerwehr nicht mehr stattfinden konnten. Damit der Kontakt untereinander nicht verloren geht, entwickelte die Jugendfeuerwehr Stöckheim der Feuerwehr Braunschweig das Konzept „Jugendfeuerwehr 2.0“. Das Projekt besteht aus drei Bausteinen, bei denen relevantes Wissen und Kompetenzen für das ehrenamtliche Engagement in der Feuerwehr vermittelt werden. Der erste Baustein ist eine E-Learning-App, die das Feuerwehrgrundwissen aus einer schon vorhandenen Lernmappe in einem Online-Quiz abfragt. Der zweite Baustein besteht aus virtuellen Übungsdiensten, bei denen sich die Jugendlichen alle zwei Wochen zur gewohnten Zeit mit dem Team über eine Konferenzplattform treffen. Der letzte Baustein fordert die Jugendlichen in 14-tägigen Challenges heraus, bei denen sie gegen die Betreuerinnen und Betreuer antreten. Neben sportlichen Aufgaben müssen die Jugendlichen Aufgaben mit Bezug zur Feuerwehr absolvieren. Das erfolgreiche Projekt zeigt, dass die Digitalisierung von Inhalten eine gute Möglichkeit ist, um Jugendliche neben Präsenzveranstaltungen erreichen und ausbilden zu können.

5. Platz: „TipToi Fahrzeugerkundung durch Kinder“ der Kinderfeuerwehr Bonn – „Feuerdrachen Rheindorf“

TipToi ist ein Lern- und Kreativsystem von Ravensburger, mit dem Kinder die Welt spielerisch entdecken können. Tippt man mit dem Stift auf eine Illustration im Bilderbuch, erklingen passende Stimmen, Geräusche oder Melodien. Doch was wäre, wenn das Erkunden nicht nur im Buch, sondern auch an realen Objekten möglich wäre? Diesen Gedanken hatte auch die Kinderfeuerwehr Bonn – „Feuerdrachen Rheindorf“. Mit selbst aufgenommenen Audio-Aufnahmen von Feuerwehrfahrzeugen und Einsatzgeräten konnten mittels einer Software passende Bilddateien erstellt werden. Diese wurden



gedruckt und an den Geräten angebracht, sodass die Kinder mit ihren Stiften durch eigenes Erkunden am Fahrzeug Erklärungen hören konnten. Diese kindgerechte Wissensvermittlung soll auch in Zukunft das aktive Lernen von Kindern fördern.

In der Kategorie „Nachwuchsarbeit“

haben sich 81 Projekte beworben. Zu den Gewinnerinnen und Gewinnern dieser Kategorie zählen die folgenden fünf Projekte:



1. Platz: „BE Ehrenamt – Begleitender Einstieg ins Ehrenamt“ der Malteser Dienststelle Harz in Ballenstedt

Durch eine aktive Anwerbung neuer Mitglieder wurde das Team des Malteser Hilfsdienst e.V. – Dienststelle Harz immer größer. Dieses positive Phänomen stellte die Bestandsmitglieder jedoch vor eine Herausforderung: Wie kann eine Vielzahl an Neumitgliedern mit gleicher Qualität eingearbeitet werden? Diese Frage war der Anstoß für das Projekt „BE Ehrenamt“: Einer Maßnahme, bei der Neulinge für ein Jahr eine Partnerin oder einen Partner an ihre Seite bekommen. Durch die Begleitung sollen alle Einsteigerinnen und Einsteiger die Aufgaben als Einsatzkraft besser kennenlernen, um im Katastrophenschutz sicher mitwirken zu können. Neben einem Begleitheft, das einen Einblick in die Tätigkeiten gewährt, sind auch feste Gespräche Teil des Konzepts. Durch sie können gemeinsame Ziele erarbeitet sowie Wünsche und Erwartungen besprochen werden. Die Neumitglieder werden durch den engen Kontakt gefördert und der Bestand an Einsatzkräften wird langfristig ausgebaut.

2. Platz: „Retten rund um den Hochschulcampus“ der DRK First Responder Weingarten

Bei Unfällen zählt jede Sekunde. Deshalb haben sich die Hochschule Ravensburg-Weingarten, die Pädagogische

Hochschule Weingarten, der DRK-Ortsverband Weingarten und der DRK-Kreisverband Ravensburg zusammengeschlossen und die „First Responder“ ins Leben gerufen. Ein Kooperationsprojekt, das die Idee von Schulsanitäterinnen und -sanitätern mit den Helfer-vor-Ort-Systemen vereint. Das bei der Gründung einmalige Konzept beruht auf einem einfachen Prinzip: Tritt ein Notfall im Umkreis des Campus auf, werden die First Responder von der Leitstelle alarmiert. Im Gegensatz zu den Rettungskräften, die in der Regel zwischen sechs bis zehn Minuten zum Notfallort brauchen, können die First Responder sofort reagieren und Erste Hilfe leisten. Mit der Gründung der Gruppe konnten viele junge Studierende für das Ehrenamt begeistert werden, die nebenbei noch ihre Studienfachkenntnisse mit einbringen. Es wurde ein weiteres Glied in der Rettungskette geschaffen, von dem nicht nur Hochschulangehörige, sondern auch 2.500 weitere Menschen aus Weingarten profitieren.

3. Platz: „Bildungsauftrag Rettungsschwimmen“ der DLRG-Ortsgruppe Lippstadt und des Evangelischen Gymnasiums Lippstadt

Wasser birgt viele Gefahren und immer weniger Kinder lernen, sicher zu schwimmen. Umso wichtiger ist es, Kinder und Jugendliche frühzeitig mit dem Thema „Rettungsschwimmen“ vertraut zu machen. Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Ortsgruppe Lippstadt und das Evangelische Gymnasium Lippstadt hatten da eine Idee. Zusammen entwickelten sie ein Wassersportkonzept mit neuen Kursen, die Spaß und Wissen kombinieren. Um möglichst viele Schülerinnen und Schüler zu erreichen, wurde das Thema Wasserrettung in jede Klassenstufe integriert. Egal, ob Schwimmen, Kanu-Wildwasserkurs, Trainer-Ausbildung oder naturwissenschaftlicher Unterricht – überall bekamen die Kinder die Chance, mehr über Rettungsschwimmen zu lernen. Dank der Kurse wurde nicht nur vielen Kindern sicheres Schwimmen beigebracht, sondern auch das Interesse für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz geweckt. An dem Gymnasium wurden jährlich zuletzt bis zu 40 Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer sowie 50 Sporthelferinnen und Sporthelfer ausgebildet und 70 Europäische Paddelpässe mit Wasserrettung sowie 60 Erste-Hilfe-Zertifikate ausgestellt.

4. Platz: „Spontan aufs Landesjugendlager – Virtuelles Zeltlager 2020“ des THW-Ortsverbandes aus Kirchheim unter Teck

Durch die Corona-Einschränkungen wurden in ganz Deutschland die Schulen geschlossen und jegliche Treffen abgesagt. Auch die Jugendarbeit und das geplante Zeltlager des Technischen Hilfswerks Ortsverbands Kirchheim unter Teck konnte nicht stattfinden. Um den Kin-

dern und Jugendlichen in dieser Zeit trotzdem zur Seite zu stehen, haben die Jugendbetreuerinnen und -betreuer das Zeltlager ins Internet verlegt: Auf der Homepage konnten die Teilnehmenden spannende Geschichten erleben und durch gelöste Rätsel ins nächste Kapitel gelangen. Dabei waren Wissen, Geschick und Kreativität gefragt! Die Lösungen der Aufgaben wurden durch ein Punktesystem bewertet. Am Ende wurde eine Siegerin oder ein Sieger gekürt. Deutschlandweit haben ca. 30 Jugendgruppen dieses Format für sich entdeckt und an dem virtuellen Zeltlager teilgenommen. Somit wurden nicht nur der Kontakt gehalten und wichtiges Wissen vermittelt, sondern auch neue Möglichkeiten für die zukünftige Arbeit mit Jugendlichen aufgezeigt.

5. Platz: „Digitales Trainingscamp in Erster Hilfe“ der Johanniter-Jugend des Landesverbandes Sachsen-Anhalt/Thüringen in Erfurt

Zuhause zu bleiben war eine der wichtigsten Maßnahmen 2020, um sich und andere zu schützen. Doch nicht nur zuhause bleiben retten – auch Erste Hilfe! Um beides zu vereinen, hat die Johanniter-Jugend im Landesverband Sachsen-Anhalt/Thüringen ein digitales Trainingscamp entwickelt. In spielerischen Videokonferenzen konnten Kinder und Jugendliche ab sechs Jahren lernen, wie man in schwierigen Situationen richtig reagiert. Um die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gut auszurüsten, wurden im Voraus kleine Pakete mit Erste-Hilfe-Material verschickt. So konnten die Teilnehmenden die unterschiedlichen Erste-Hilfe-Stationen durchlaufen und sich in Workshops wie „Fresh-up Erste Hilfe“, „Erste Hilfe und Ethik“ sowie „Realistische Unfall-Darstellung“ weiterbilden. Insgesamt wurde 35 Kindern und Jugendlichen digital das Thema Erste Hilfe nähergebracht, was zeigt, dass auch in schwierigen Lagen Nachwuchsarbeit möglich ist.

In der Kategorie „Unterstützung des Ehrenamtes“ haben 74 Projekte eine Bewerbung eingereicht. Die folgenden fünf Projekte wurden ausgezeichnet:

1. Platz: „Kommt's her zur Feuerwehr!“ und der Radiosender Antenne Bayern aus Ismaning

Im Februar 2020 zog Sturm Sabine durch ganz Deutschland. Das bedeutete für viele Einsatzkräfte: helfen, anpacken und Leben retten. Durch die Naturgewalt wurde wieder einmal deutlich, dass die Freiwillige Feuerwehr und andere Hilfsorganisationen in Notfällen unverzichtbar sind. Dieser Meinung war auch der landesweite Radiosender ANTENNE BAYERN, der unmittelbar die Aktion „Kommt's her zur Feuerwehr!“ startete. Gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband und Staatsminister Joachim Herrmann animierten die Moderato-

rinnen und Moderatoren ihre Millionen Hörerinnen und Hörer, selbst ehrenamtlich aktiv zu werden – und das mit großem Erfolg: Innerhalb von zwei Wochen fanden sich



über 2.000 Interessierte im gesamten Freistaat. Außerdem ermöglichte ANTENNE BAYERN seinen rund einer Millionen Facebook-Fans, ihre Anerkennung und Dankbarkeit für die Ehrenamtlichen mit einem Profilrahmen zum Ausdruck zu bringen. Durch seine Aktion stärkte der Radiosender nicht nur das Bewusstsein für das ehrenamtliche Engagement, sondern begeisterte auch viele Menschen dafür, Teil der Freiwilligen Feuerwehr zu werden.

2. Platz: „Brandschutz ist lebenswichtig“ und die 8. Klasse der Robert-Gerwig-Schule Sankt Georgien

Beim bundesweiten Wettbewerb „120 Sekunden, um zu überleben“ wurden Schulen dazu aufgefordert, das Thema Brandschutz kreativ aufzuarbeiten. Die 8. Klasse der Robert-Gerwig-Schule St. Georgien stellte sich der Herausforderung und befasste sich mit der Gefahrensituation von Bränden. An ihrer Seite: Die Freiwillige Feuerwehr. In Kooperation mit dem Schwarzwälder Boten nutzte die Klasse zunächst das Medium Zeitung. Auf sechs Seiten wurden die Leserinnen und Leser informiert und über das richtige Verhalten im Brandfall aufgeklärt.

Die überregionalen Sonderseiten erreichten nicht nur die Bürgerinnen und Bürger St. Georgens, sondern auch über 20.000 Leserinnen und Leser im ganzen Schwarzwald-Baar-Kreis. Doch das war noch nicht alles: Im weiteren Verlauf gestaltete die Klasse eine Ausstellung im zentralen Supermarkt und eine 40-seitige Brandschutz-Broschüre, die die Recherche-Ergebnisse für eine noch breitere Masse zugänglich machte. Mit dem Projekt konnten die Brandschutz-Öffentlichkeitsarbeit der Frei-

willigen Feuerwehr unterstützt und die Bevölkerung für das lebenswichtige Thema sensibilisiert werden.

3. Platz: „Kältebus Oldenburg – Corona-Bedürftigenhilfe“ und der Johanniter-Ortsverband Oldenburg

Aufgrund der Corona-Pandemie fielen viele karitative Angebote für Obdachlose und bedürftige Menschen aus: Keine Mini-Jobs, keine Aushilfstätigkeiten und keine Versorgung durch die Tafel. Obwohl das Kältebus-Team der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Ortsverband Oldenburg sonst nur im Winter im Einsatz ist, setzte es sich auch während der Pandemie für die Ärmsten und Schwächsten unserer Gesellschaft ein. Mit über 100 Versorgungspaketen in der Woche schuf die Johanniter-Unfall-Hilfe eine elementare Stütze für die bedürftigen Personen und Obdachlosen in Oldenburg. Egal, ob Lebensmittel, Tiernahrung, Hygieneartikel oder Kleidung – die Johanniter-Unfall-Hilfe eilte mit essenzieller Ausstattung zu Hilfe, die teilweise individuell für die Empfängerinnen und Empfänger zusammengestellt wurde. Somit wurde nicht nur Bedürftigen geholfen, sondern auch die gesellschaftliche Wahrnehmung für die Nöte und Ängste in Zeiten der Pandemie geschärft.

4. Platz: „Ein Großtank-Löschfahrzeug für die Feuerwehr Storkow (Mark)“ und das Unternehmen JOLA-Rent GmbH aus Rösrath

Durch den Klimawandel und die Trockenheit in vielen Regionen kam es 2018 vermehrt zu Waldbränden. Das Problem: Es fehlte die Bereitstellung von Fahrzeugen mit großer Wassermenge, die für den Einsatz eigentlich erforderlich gewesen wären. Aus diesem Grund sah sich die JOLA-Rent GmbH dazu verpflichtet, die Feuerwehr Storkow (Mark) zu unterstützen und ihre Ausstattung im Bereich Walbrandbekämpfung auszubauen. Als Leihgabe stellte sie der Feuerwehr ein bundesweit einmaliges Großtank-Löschfahrzeug mit einem Wassertank von über 23.000 Litern kostenlos zur Verfügung. Das Unternehmen erkannte nach einiger Zeit den Einsatzwert des Fahrzeuges und beschloss daraufhin, es der Feuerwehr als Dauerleihgabe zu überlassen. Die sinnvolle Ergänzung des Fahrzeugparks zum Wohle der Bevölkerung und der Umwelt wurde zur Stütze der Feuerwehr – und JOLA-Rent zum Vorbild vieler Unternehmen.

5. Platz: „Allzeit bereit“ und die Hallesche Verkehrs-AG HAVAG aus Kabelsketal

Egal ob Unwetterschäden, Hochwasser oder fehlende Stromversorgung: Die Ehrenamtlichen des Technischen Hilfswerks sind sofort zur Stelle – und das während ihrer Freizeit oder des regulären Arbeitsalltags. Knapp 80.000 Ehrenamtliche setzen sich für die Bevölkerung ein und geben alles, um die Menschen bei Katastrophen zu schützen. Unkomplizierte Arbeitsbefreiungen, ohne Angst vor Nachteilen im Job, entlasten daher ehrenamtliche Einsatzkräfte enorm.

Die Hallesche Verkehrs-AG geht als außergewöhnliches Beispiel voran und gibt ihren Mitarbeitenden die Zeit, die Freiheit und das Vertrauen, sich im Katastrophenschutz engagieren zu können. Für das THW ist diese Stütze nicht selbstverständlich. Es sieht den Konflikt und möchte sich mit der Bewerbung bei dem Arbeitgeber bedanken. Durch den Einsatz und die Unterstützung stärkt die Hallesche Verkehrs-AG nicht nur dem THW den Rücken, sondern auch vielen Mitmenschen, die auf das ehrenamtliche Engagement angewiesen sind.



Alle Gewinnerprojekte der „Helfenden Hand“ sind auch in einer Projektdatenbank unter dem Link

<https://www.helfende-hand-foerderpreis.de/die-projekte> verzeichnet.

Der Publikumspreis

In Jahr 2020 wurden 3906 Stimmen für den Publikumspreis vergeben. Das Projekt „Ein Großtanklöschfahrzeug für die Feuerwehr Storkow (Mark)“ hat die meisten Stimmen erhalten und wurde als Publikumsfavorit mit dem Publikumspreis ausgezeichnet.

Die Bewerbungsphase 2021

Frei nach dem Motto: Nach der Verleihung ist vor der Verleihung bereitet sich die BBK-Geschäftsstelle auf die Bewerbungsphase 2021 vor. Ab dem 01.03.2021 startet die Bewerbungsphase für den BMI-Förderpreis „Helfende Hand“ 2021. Bewerbungen können dann über die Webseite

www.foerderpreis-helfende-hand.de online eingereicht werden.

Marion Heymel ist Referentin im Referat Grundsatzangelegenheiten / Ehrenamt / Risikoanalyse im BBK.

Gesellschaft im Wandel – wie geht es weiter mit dem Ehrenamt im Bevölkerungsschutz?

Zu dieser Frage haben wir Organisationen, deren Wirken wesentlich auf ehrenamtlichem Einsatz basiert, um eine kurze Darlegung Ihrer jeweiligen Sicht gebeten. Die folgenden Leitfragen haben wir dabei als Orientierungspunkte mitgegeben:

1. Wie schätzen Sie die Situation des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz aktuell
 - a) generell in Deutschland,
 - b) speziell in Ihrer Organisation ein?
2. Welches sind die größten Herausforderungen für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz in den kommenden Jahren?
3. Was muss sich wo und wie ändern, damit Ehrenamt im Bevölkerungsschutz eine gute und langfristige Zukunft hat?
4. Welche konkrete Unterstützung erwarten Sie von der Politik in Bund, Ländern und Kommunen für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz?
5. Wo und wie können Ihre Organisation und das BBK künftig noch besser für das gemeinsame Ziel eines hochwertigen Bevölkerungsschutzes in Deutschland kooperieren?
6. Sind neue Modelle in der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt erforderlich, um einen hochwertigen Bevölkerungsschutz dauerhaft zu gewährleisten? Wenn ja, welche?
7. Welche Best-Practice-Beispiele aus Ihrer Organisation sind für Sie besonders zukunftsfähig?



Die Zukunftsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes sichern – jetzt!

Michael Schnatz, Referatsleiter, Referat Bevölkerungsschutz, ASB Bundesverband

Der Bevölkerungsschutz in Deutschland mit allen seinen Facetten beruht zum größten Teil auf einem ehrenamtlichen Fundament. Hunderttausende von engagierten Bürgerinnen und Bürgern unterstützen mit ihrem Einsatz, ihrer Zeit und ihrem Können die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen in der Gefahrenabwehr und Daseinsvorsorge. Das ist Fakt. Auch der gesellschaftliche Wandel in Hinblick auf Demografie, Diversität, Werte und Pluralismus ist ein Fakt. Der berühmte amerikanische Soziologe Inglehart hatte mit seiner Prognose zum Wertewandel in westlichen Gesellschaften recht, als er 1977 postulierte, dass es eine Entwicklung hin zu „Individualisierung“ und „Selbstverwirklichung“ sowie vom „Materialismus“ zum „Post-Materialismus“ geben wird. Globale Krisen haben diesen Prozess zwar verlangsamt, aber nicht aufgehalten. Aktuelle Studien aus dem Corona-Jahr 2020 belegen, dass sich die weltweite Pan-

demie auch nachhaltig auf Wertvorstellungen, Resilienz und Vertrauen in staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen auswirkt und stark das Sicherheitsgefühl bzw. den Zukunftsglauben beeinflusst. All dies stellt auch den Bevölkerungsschutz in Deutschland vor große Herausforderungen.

Der Bevölkerungsschutz ist bereits seit mehreren Jahren von großen Krisenlinien betroffen: eine Zunahme des Terrorismus, der Klimawandel mit seinen konkreten Auswirkungen, der demografische Wandel sowie eine veränderte Sicherheitslage in Europa und der Welt, in der sich geo- und machtpolitische Paradigmenwechsel ergeben haben. Doch die Antworten der Politik auf diese Veränderungen und die daraus abgeleiteten Lösungen, die angeboten werden, sind oftmals in den 80er Jahren verhaftet. Es braucht mehr Mut zu Veränderungen, Reformen, zeitgemäßen Ant-



ASB-Bundesübung 2018 in Leipzig.

worten, ausreichenden Ressourcen, differenzierten und regionalen Lösungen. Es braucht Anreize, Anerkennung und Wertschätzung – nicht in Form von wohlmeinenden Phrasen, sondern in Form von steuerlichen, monetären, sozialversicherungstechnischen Begünstigungen und einer weitreichenden, angemessenen Ausstattung an Know-How, Ausbildung, eLearning, Bekleidung, Fahrzeugen, technischer Ausrüstung und weitreichenden Angeboten. Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz muss attraktiv sein, um Nachwuchs anzusprechen, erfahrene Einsatzkräfte zu halten und es braucht attraktive Modelle, um ehemalige Ehrenamtliche zu reaktivieren.

Im Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) befindet sich der Bevölkerungsschutz seit einigen Jahren in einem strategischen Veränderungsprozess. Als best-practice hat sich gezeigt, dass es nichts Sinnvolleres gibt, als mit der Basis des Ehrenamts in einen Austausch auf Augenhöhe zu gehen, um zu eruieren, wo Wünsche und Bedürfnisse liegen, wie man sich eine Zukunftsperspektive geben kann und welche Baustellen gemeinsam von den verschiedenen Organisationsstufen und auch in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt bearbeitet werden können und müssen.

Hierfür wurden 2017 und 2018 große Standortanalysen im ASB-Bevölkerungsschutz mit Workshops und Diskussionsrunden durchgeführt. Ein Ergebnis dieses Strategieprozesses war die Durchführung einer bundesweiten Vollübung – die ASB-Bundesübung 2018 in Leipzig. Das gemeinsame Üben mit Einheiten aus ganz Deutschland, gemeinsame Workshops und das abendliche gesellige Beieinander sind Wegmarken in der Erinnerung, die in der Organisationskultur und dem kollektiven Gedächtnis hängenbleiben. Weitere best-practices sind: die Reform der Ausbildungsstrukturen und -inhalte für den Katastrophenschutz, angefangen mit einer modernen, bundeseinheitlichen, aber regional anpassbaren, Helfergrundausbildung, der Modularisierung der Breitenausbildung, eine strategische Hinwendung zu Kitas und Schulen mit Erste Hilfe Themen, die Umsetzung von transparenten und modernen Kommunikationswegen und -tools, aber auch Digitalisierungsschübe, die durch die Corona-Pandemie beschleunigt wurden. Elementar ist außerdem die aktive Einbindung aller Beteiligten

von der Basis bis zu „Funktionären“ und „informal leaders“ sowie Entscheidungsträgern – damit alle Beteiligten voneinander lernen und gemeinsam Zukunft gestalten können.

Die Vererbung des Ehrenamtes ist schon länger Geschichte. Die Organisationen müssen aktiv Werbung machen und mit vielfältigen Angeboten auf einem gemeinsamen (Freizeit-)markt konkurrieren. Das ist eine der größten Herausforderungen der nahen Zukunft: Nachwuchs finden und binden, aber auch gehen und wiederkommen lassen. Lebensbiografien haben sich in den letzten 30 Jahren massiv gewandelt, die Mobilität von Menschen hat stark zugenommen und die digitale Vernetzung und Wahrnehmung wurde gerade erst erfunden und steckt doch schon in jedem Alltag. Hier müssen sich Organisationen, die sich zukunftsfähig aufstellen wollen, verändern. Sie müssen digitale Präsenz und Interaktion, aber auch Lernen und Ausbildung möglich machen und attraktive Angebote für den Nachwuchs angepasst auf jede Generation entwickeln. Außerdem müssen projektbezogene Engagements möglich werden: der Ausbau eines ELW, die Umsetzung von Drohentechnik, Kurzeinsätze in Situationen wie der Flüchtlingslage etc.

Politisch wird man in den nächsten 10-15 Jahren nicht mehr um eine weitreichende, bundeseinheitliche und gleichberechtigte Helfereinstellung herumkommen. Keiner, der einen ehrenamtlichen Dienst an der Gesellschaft und damit auch seinen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet, wird sich damit weiterhin abfinden, von Kommune zu Kommune und von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich mit den aktuellen Gegebenheiten der Helfereinstellung konfrontiert zu sein. Hier braucht es neue gesetzliche Rahmenbedingungen und hier braucht es eine nationale Anstrengung des Bundes und der Länder – zum Wohle des Ehrenamtes und ohne befindlichkeitsbehaftetes Kompetenzbereichsdenken. Die Anerkennungsinstrumente, die durch den Bund, die Länder und die Kommunen für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz gebraucht werden, sind bekannt – sie müssen nur endlich eine Umsetzung finden: diskussions- und repressionslose Freistellung, freie ÖPNV-Fahrten, steuerliche Vorteile, Anerkennung in Form von Creditpoints und vielleicht sogar Rentenpunkten so-

wie allerorten eine vernünftige Ausstattung mit Dienstkleidung und Material.

Neben diesen Anerkennungen braucht es aber auch starke hauptamtliche Strukturen, die eine „Kümmererfunktion“ übernehmen (Stichwort Ehrenamtskoordination). Im Zusammenspiel mit hauptamtlichen Strukturen ist es unerlässlich, weitere Bereiche – sozusagen multisektoral – einzubeziehen: Kinder- und Jugendhilfe, Pflegedienstleistungen, Schulen, Bildungseinrichtungen usw. um einerseits das Thema Selbstschutz zur Steigerung der Resilienz der Bevölkerung sicherzustellen, auch um von diesen Bereichen zu lernen: im ASB gibt es gemeinsame Übungen zwischen Katastrophenschutz und Pflegeeinrichtungen beispielsweise für Evakuierungen nach Blindgängerfunden. Das Zusammenspiel funktioniert ausgezeichnet und beide Seiten haben einen Benefit.

Der Bund und die Länder müssen darüber hinaus mitwirken und motivieren die Ausbildung für den Bevölkerungsschutz zu modernisieren: das bedeutet digitale Wege zu gehen, eLearning auszubauen und praktische Übungen zu unterstützen. Das kostet natürlich Geld, aber ist zwingend notwendig: Ohne Invest keine Zukunft.

Darüber hinaus müssen Ausbildungsinhalte an die oben beschriebenen „Krisenlinien“ angepasst werden. In welchen Curricula haben die Auswirkungen des Klimawandels (Vb-Wetterlagen, Dürren usw.) und deren Abarbeitung im Detail denn bereits Eingang gefunden? Es müssen Ausbildungskonzepte im Sinne eines lebenslangen Lernens entwickelt werden, denn was Hänschen nicht lernt ... Ähnliches gilt für die leider selten berücksichtigten Themen Prävention, Resilienz und Selbstschutz. In der humanitären Hilfe weltweit ist man zu diesen Fragestellungen bereits Dekaden voraus.

Das BBK kann und sollte eine ganz besondere Rolle bei der Zukunftsfähigkeit des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz spielen und stärker den Fokus auf Themen lenken, die hierfür eine wichtige Rolle spielen: Digitalisierung, Sicherstellung von Qualitätsstandards, thematische Impulse aufnehmen und geben, in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft drängende Fragen beantworten.

Das BBK kann als Katalysator, Plattform und Schnittstelle ein zentraler Knoten im Netzwerk zwischen Bund, Ländern und Hilfsorganisationen sein – oder auch der Influencer der Community. Ein Moderator zwischen den verschiedenen Interessen, Bedarfen und eine Stimme für das Ehrenamt.

Hierfür bedarf es konkreter politischer Unterstützung. Ein erster Schritt könnte ein „ThinkTank“ – besetzt mit Vertretern aller Organisationen, die mit ehrenamtlichen Strukturen in unterschiedlicher Form arbeiten, unter Beteiligung der Länder, der Kommunen und der Wissenschaft – sein. Das BBK könnte in dieser Rolle bspw. auch eine neue Führungsausbildung entwickeln und neben der LÜKEX alle fünf Jahre eine bundesweite Großvollübung unter Beteiligung aller Akteure durchführen. Das BBK könnte pressewirksam für das Ehrenamt werben: Eine moderne Kampagne für den ehrenamtlichen Bevölkerungsschutz wäre ein erster denkbarer Schritt. In nationalen, europäischen oder weltweiten Lagen, wie der Corona-Pandemie, könnte das

BBK eine wichtige Schnittstelle zwischen den horizontalen Politikfeldern „Inneres“ und „Gesundheit“ bilden: Corona bewegt sich genau im Graubereich zwischen diesen beiden Feldern.

Das alles mag vielleicht ein wenig zu weit gehen, aber: ohne eine Vision werden wir keinen Fortschritt erleben.

Die Herausforderungen sind zu groß, als dass man noch viele Jahre vergehen lassen sollte. Die Coronapandemie hat die guten Seiten und Vorteile gezeigt, aber auch Schwachstellen unseres Systems offengelegt (z. B. Abzug von ASB-Helfern nach 14 Tagen Einsatz, weil keine weitere Freistellung durch die Arbeitgeber möglich war, Einbindung des Katastrophenschutzes bzw. der SEGen, wenn es fast zu spät war, z. B. bei Fiebermessstationen, Teststationen, Testzentren usw.). Es ist nun an der Zeit „anzupacken“ – der ASB steht hierfür gerne bereit.



Regelmäßiger Austausch ist ein wesentlicher Bestandteil sinnvoller Strategieentwicklung.
(Foto: ASB / Hannibal)

Zusammenfassend und mit genauerer Betrachtung der großen Herausforderungen, dem Wandel von Werten und Wertvorstellungen, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, den spalterischen Tendenzen in unserer Gesellschaft durch und mit Corona bleibt noch anzuschließen – auch im Sinne Ingleharts – es gibt keinen besseren gesellschaftlichen Kit in liberalen, demokratischen und offenen Gesellschaften, als eine starke, diverse und auch bunte Zivilgesellschaft. Die Organisationen, aber auch Behörden und Politik, müssen sich den Bedürfnissen der Zukunft und den Bedürfnissen der Ehrenamtlichen zuwenden und sich anpassen oder reagieren. Nicht andersherum.

Die Arbeit im Team ist entscheidend!

Interview mit dem THW-Bundessprecher Wolfgang Lindmüller über das Ehrenamt in der Bundesbehörde

Mehr digitale Lernformen würden durch die Möglichkeit des selbstständigen Lernens für viele Ehrenamtliche die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt verbessern. Davon ist Wolfgang Lindmüller, ehrenamtlicher Bundessprecher des Technischen Hilfswerkes (THW), überzeugt. Er setzt sich für die Belange der rund 80.000 ehrenamtlichen Kräfte ein und wurde in sein Amt für fünf Jahre gewählt.

Was macht das Ehrenamt im THW Ihrer Meinung nach aus?

Wolfgang Lindmüller: Für mich ist die Arbeit im Team entscheidend! Beim THW hat die Zusammenarbeit einen sehr hohen Stellenwert. Ich bin jetzt seit 50 Jahren als Ehrenamtlicher Teil dieser THW-Familie und kann es mir gar nicht anders vorstellen. Ich habe durch mein Ehrenamt tolle Ka-

Lindmüller: Die „Faszination Helfen“ steckt die Leute an, denn wir sind attraktiv für Menschen, die offen und hilfsbereit sind und sich für Technik interessieren. Dank der Unterstützung des Deutschen Bundestages haben wir in den vergangenen Jahren zusätzliche finanzielle Mittel bekommen, um unsere Fahrzeuge und Ausstattung zu modernisieren sowie Unterkünfte neu zu bauen oder zu sanieren. Die guten Rahmenbedingungen motivieren die Ehrenamtlichen, sich für das THW zu engagieren.

Gestaltete sich die Werbung neuer Kräfte in der Corona-Phase schwieriger?

Lindmüller: In den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass sich Menschen in vergleichbarem Umfang wie vor der Pandemie für ein Ehrenamt im Katastrophenschutz interessieren. Die Zahlen beim THW haben sich wenig verändert. Unter den gegebenen Bedingungen ist es aber schwieriger, Mädchen und Jungen für die Jugendarbeit zu gewinnen oder zu halten. Einsatz- und pandemiebedingt müssen wir in diesem Bereich Präsenz-Treffen stark einschränken. Neue Kinder und Jugendliche lassen sich aber nur schwer durch virtuelle Aktivitäten überzeugen, der THW-Jugend beizutreten.

Bei der Stärkung des Ehrenamtes ist immer wieder auch von finanziellen Anreizen die Rede. Wie kann das Ehrenamt aus Ihrer Sicht weiter gestärkt werden?

Lindmüller: Vielen Ehrenamtlichen würde es helfen, wenn sie Familie, Beruf und Ehrenamt besser miteinander vereinbaren und sich selbstständig fortbilden könnten. Dabei würde ein weiterer Ausbau des digitalen Lernens sehr helfen. Außerdem könnte die Politik weitere Anreize schaffen, wenn zum Beispiel die THW-Dienstzeit auf die Wartezeit für einen Studienplatz angerechnet oder Ehrenamtlichen kostenlose Fahrten im Nahverkehr ermöglicht würden.

Die Digitalisierung hält in allen Lebenslagen Einzug. Wie bereiten sich das THW und seine Helferinnen und Helfer auf den digitalen Wandel vor?

Lindmüller: Die Chancen der Digitalisierung sind zentral für das THW. Wir haben zum Beispiel das Angebot an



Ehrenamtliche Einsatzkräfte, Bufdis und Hauptamtliche arbeiten im THW Hand in Hand – nicht nur in der Verwaltung.
(Foto: THW/Maximilian Christ)

meradschaft kennengelernt und viele enge Freundschaften geschlossen. Nicht zu vergessen ist aber auch die Technik: Das THW bietet die einmalige Möglichkeit, mit moderner Technik Menschen in Notsituationen zu helfen. Ein Hobby mit Mehrwert!

Es gibt eine Vielzahl an ehrenamtlichen Angeboten. Die Zahl der ehrenamtlichen Kräfte beim THW ist zuletzt gestiegen. Wie konnten Sie Menschen für das THW motivieren?

E-Learning-Kursen, Webinaren und Online-Modulen deutlich ausgebaut und wollen diesen Bereich weiter stärken. Die digitale Aus- und Fortbildung soll vor allem auch Ehrenamtlichen, die zum Beispiel im Schichtbetrieb arbeiten, zeit- und ortsunabhängiges Lernen ermöglichen. Ende des Jahres 2020 haben wir außerdem den THW-Messenger „hermine@THW“ gestartet, der die mobile Kommunikation innerhalb des THW in einer geschützten Umgebung erlaubt. Zudem entwickeln wir eine Einsatzunterstützungssoftware, die unseren Einsatzkräften die Arbeit erleichtern soll.

Die Präsenz-Ausbildung musste durch die Eindämmungsmaßnahmen ausgesetzt werden. Welche Konsequenzen sehen Sie infolgedessen?

Lindmüller: Viele Ehrenamtliche in den Ortsverbänden erarbeiteten kreative Lösungen: Helferinnen und Helfer drehten zum Beispiel eine Videoserie zu unterschiedlichen Lernabschnitten der Grundausbildung. Mit ihr können angehende Einsatzkräfte von zu Hause aus üben. Damit das Teamgefühl unter den THW-Kräften trotz Social Distancing ungebrochen bleibt, nutzen zahlreiche Ortsverbände Social Media und Videotechnologie. So überbrücken die Ehrenamtlichen Kontaktbeschränkungen, indem sie sich bei Online-Dienstabenden austauschen. Bei virtuellen Jugenddiensten trainieren Ortsjugendgruppen gemeinsam. In den drei THW-Ausbildungszentren in Hoya, Neuhausen und Brandenburg an der Havel baute das Lehrpersonal die Angebote im virtuellen Klassenzimmer aus.

Nachdem die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt wurde, wurde der Bundesfreiwilligendienst eingeführt. Haben Sie den Wegfall des Wehrdienstes in Ihrer Organisation bemerkt?

Lindmüller: Wir mussten uns im Jahr 2011 nach der Aussetzung der Wehrpflicht von einer Organisation mit vielen freigestellten Helfern in eine Freiwilligen-Organisation wandeln. Das haben wir inzwischen sehr gut geschafft. Es sind natürlich auch einige Helfer, die beim THW ihren Wehrersatzdienst geleistet hatten, aus dem THW ausgetreten. In den vergangenen Jahren verzeichnen wir aber einen stetigen Zuwachs bei den Ehrenamtlichen. Wir sind wieder auf einem aufsteigenden Ast. Aktuell engagieren sich bundesweit 80.000 Frauen und Männer beim THW. Der Bundesfreiwilligendienst ist eine gute Chance, Menschen auf das THW aufmerksam zu machen, um sie letztlich längerfristig zu begeistern, sei es haupt- oder ehrenamtlich.

Welche Erfahrungen konnten Sie mit den Bufdis machen?

Lindmüller: Wir haben überwiegend gute Erfahrungen gemacht. Die Menschen, die für ein Freiwilliges Jahr zu uns kommen, sind meist wissbegierig und aufgeschlossen.

Die wollen neue Sachen ausprobieren und eigene Projekte vorantreiben, das kommt gut an und hilft vor allem den Ehrenamtlichen in unseren Ortsverbänden. Einige der Bufdis brauchen wiederum etwas mehr Anleitung und Unterstützung, vor allem manche junge Menschen sind ganz klar in einer Findungsphase. Aber den gesellschaftlichen Auftrag an das THW, diesen Freiwilligen eine Orientierung zu geben, nehmen wir gerne an.

Wie können Bufdis auch nach ihrer Dienstzeit gebunden werden?

Lindmüller: Ganz einfach: Unsere Helferinnen und Helfer sollen die Bufdis mit ihrer Begeisterung für das THW anstecken. Deswegen binden wir die Bufdis in den Alltag des THW ein und bieten allen die THW-Grundausbildung



Die Jugendarbeit für Kinder und Jugendliche ab sechs Jahren nimmt im THW einen hohen Stellenwert ein. (Foto: THW / Kai Viebranz)

an. Wir geben den Menschen wertvolle Erfahrungen und Kompetenzen mit auf ihren Lebensweg – und ich bin überzeugt, dass das THW ihnen dadurch in bester Erinnerung bleibt. Das THW gibt es in ganz Deutschland. So können diejenigen, die nach ihrem BFD zum Beispiel für ein Studium oder eine Ausbildung umziehen, einfach den Ortsverband wechseln.

Rund 15 Prozent der ehrenamtlichen Kräfte sind weiblich. Unter den ehrenamtlichen Bevölkerungsschutzorganisationen ein Höchstwert. Was machen Sie anders?

Lindmüller: Auf diesem Wert wollen wir uns nicht ausruhen. Wir haben uns im THW das Ziel gesetzt, den Anteil der Mädchen und Frauen weiter zu erhöhen. Dazu machen wir verschiedene Angebote, wie zum Beispiel den bundesweiten Helferinnentag am THW-Ausbildungszentrum Hoya oder die Mädchen-Wochenenden der THW-Jugend. Wir fördern Frauen gezielt, um mehr weibliche Führungs-

kräfte zu bekommen, das gilt sowohl für den ehrenamtlichen wie auch den hauptamtlichen Bereich. Nachholbedarf haben wir teilweise noch bei Unterkünften der THW-Ortsverbände, wo hin und wieder keine angemessenen Umkleieräume und sanitären Anlagen für Helferinnen zur Verfügung stehen.

Wie wollen Sie den Anteil noch erhöhen?

Lindmüller: Mit unserer aktuellen bundesweiten Kampagne „Deine Zeit ist jetzt.“ sprechen wir unter anderem gezielt Frauen an, sich ehrenamtlich im THW zu engagieren. Dazu stellen wir den Ortsverbänden Maßnahmenpakete zur Verfügung, die sich an diese Zielgruppe richten. Bei der Erhöhung der Anzahl von weiblichen Einsatzkräften und Führungskräften ist auch die Arbeit der THW-Jugend sehr

wichtig, die viele Mädchen für den Bevölkerungsschutz begeistert und sie an die Aufgaben des THW heranführt.

Welchen Stellenwert nimmt bei Ihnen die Jugendarbeit insgesamt ein?

Lindmüller: Die Arbeit der THW-Jugend e.V. ist nicht mehr wegzudenken. Inzwischen engagieren sich dort 16.000 Kinder und Jugendliche im Alter ab sechs Jahren. Sie lernen hier das kleine Einmaleins der Rettungsmethoden aber auch soziale Verantwortung und Teamverständnis. Mit Ausflügen, Zeltlagern und vielen Einzelaktionen bekommen sie zudem eine große Palette an Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung geboten. Für die Nachwuchsgewinnung für unsere Einsatzeinheiten sind wir auf eine erfolgreiche Jugendarbeit angewiesen!

Die Fragen stellte Behörden Spiegel-Volontär Bennet Klawon.



Rausfahren, wenn andere reinkommen

Christian Stipeldey, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Die Seenotretter, Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS)

Ehrenamtliches Engagement hat bei den Seenotrettern auf Nord- und Ostsee seit jeher herausragende Bedeutung. Mehr als 800 der gut 1.000 Besatzungsmitglieder der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) sind Freiwillige, also ehrenamtlich im Einsatz auf See zwischen der Emsmündung im Westen und der Pommerischen Bucht im Osten. Lediglich rund 185 Seenotretter auf den größeren Rettungseinheiten sind fest angestellt. Doch auch sie fahren freiwillig in die oft gefährlichen Einsätze – rund um die Uhr und bei jedem Wetter. An Land engagieren sich weitere rund 650 Menschen „von der Waterkant bis zum Alpenrand“ ehrenamtlich in der Öffentlichkeitsarbeit. Ohne ihre wichtige Hilfe wäre der erfolgreiche Einsatz der Seenotretter auf Nord- und Ostsee undenkbar.

Die Seenotretter sind nicht in den Bereichen Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe aktiv. Die DGzRS ist keine Hilfsorganisation, sondern ein sogenannter allumfänglicher Rettungsdienst mit Garantenfunktion und hoheitlicher Zuständigkeit. Ihr Einsatzgebiet ist begrenzt, ihr Zuständigkeitsbereich klar festgelegt. Mittel für Katastrophenhilfe oder gar Auslandseinsätze hält die DGzRS nicht vor. Gleichwohl würden die Seenotretter im Falle einer Katastrophe im Rahmen der Amtshilfe und im Rahmen ihrer Möglichkeiten tätig werden, wenn die DGzRS darum gebeten wird. In früheren strengen Eiswintern haben die Seenotretter in diesem Rahmen beispielsweise oft die Versorgung der Inseln und Halligen mit lebensnotwendigen Gütern sichergestellt.



Zur Erfüllung ihrer Aufgabe hält die DGzRS rund 60 Seenotrettungskreuzer und -boote auf 55 Stationen zwischen Borkum im Westen und Usedom im Osten einsatzbereit. (Foto: Die Seenotretter - DGzRS, Peter Neumann/YPScollection)

Für die bereits 1865 gegründete DGzRS ist es seit weit mehr als 150 Jahren eine ständige Herausforderung, die zur Durchführung des Seenotrettungsdienstes notwendigen Spendenmittel einzuwerben, aber auch motivierte und engagierte Besatzungen für den Dienst an Bord sowie ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Engagement an Land zu finden. Ohne beide Gruppen wäre der Seenotrettungsdienst in seiner effizienten Form, mit seiner auch im internationalen Vergleich hohen Stationsdichte und mit seiner professionellen Aus- und Fortbildung sowie hochmodernen technischen Ausrüstung nicht denkbar.

In einer Zeit, in der sich viele Menschen projektbezogen für einen begrenzten Zeitraum ehrenamtlich engagieren möchten, ist es eine zusätzliche Herausforderung für die Seenotretter, dauerhaft engagierte Crewmitglieder und Ehrenamtliche an Land zu finden. Die Begeisterung für die ganz besondere, selbst gewählte Aufgabe der DGzRS sowie ihre einzigartige Organisations- und Finanzierungsform sind allerdings große Motivationspunkte, die immer wieder genannt werden, wenn die Seenotretter nach dem Grund für ihr freiwilliges, ganz überwiegend ehrenamtliches Engagement gefragt werden. Entsprechend lange bleiben

Menschen, die einmal bei der DGzRS – sei es wörtlich oder im übertragenen Sinne – an Bord gekommen sind, der Gesellschaft treu und für sie aktiv oder als regelmäßige Spender verbunden.

Die DGzRS ist zuständig für den maritimen Such- und Rettungsdienst in den deutschen Gebieten von Nord- und Ostsee. Sie nimmt diese Aufgabe seit mehr als 150 Jahren unabhängig und eigenverantwortlich wahr. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe hält die DGzRS rund 60 Seenotrettungskreuzer und -boote auf 55 Stationen zwischen Borkum im Westen und Usedom im Osten einsatzbereit – rund um die Uhr, bei jedem Wetter. Jahr für Jahr fahren die Seenotretter mehr als 2.000 Einsätze, koordiniert von der SEENOTLEITUNG BREMEN der DGzRS (MRCC = Maritime Rescue Coordination Centre). Die gesamte Arbeit der Seenotretter wird ausschließlich durch freiwillige Zuwendungen finanziert, ohne Steuergelder. Die Seenotretter verzichten seit jeher ganz bewusst auf jegliche staatlich-öffentliche Mittel. Das sichert ihre Unabhängigkeit. Seit Gründung der DGzRS 1865 haben ihre Besatzungen mehr als 85.500 Menschen aus Seenot gerettet oder drohenden Gefahren befreit. Schirmherr der Seenotretter ist der Bundespräsident.



„Die gesellschaftliche Entwicklung zeigt leider einen Rückgang an ehrenamtlichem Engagement.“

Andreas Klingberg, Bundesgeschäftsstelle, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.

Wie schätzen Sie die Situation des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz aktuell

- a) generell in Deutschland,
- b) speziell in Ihrer Organisation ein?

Die DLRG ist mit über 1,6 Millionen Mitgliedern und Förderern die größte Wasserrettungsorganisation der Welt. Die rund 2.000 örtlichen Gliederungen werden fast ausschließlich ehrenamtlich und gemeinnützig geführt. Ihre über 150.000 ehrenamtlichen Helfer leisten pro Jahr fast 10,2 Millionen Stunden freiwillige Arbeit für die Menschen in Deutschland und damit einen erheblichen gesellschaftlichen Beitrag.

Die Kernaufgaben der DLRG sind die Schwimm- und Rettungsschwimmbildung, die Aufklärung über Wassergefahren sowie der Wasserrettungsdienst, der den Katastrophenschutz wie auch die öffentliche Gefahrenabwehr beinhaltet. Rund 47.000 Helfer wachen jährlich etwa drei Millionen Stunden über die Sicherheit von Badegästen und Wassersportlern an Binnen- und Küstengewässern sowie Bädern in Deutschland. Dies zeigt sehr deutlich, in welchen Strukturen die DLRG insgesamt rein ehrenamtlich tätig ist. Eine hauptamtliche Unterstützung gibt es lediglich in der Verwaltung auf den übergeordneten Gliederungsebenen. Insgesamt sind bundesweit nur rund 250 Menschen hauptberuflich für die DLRG tätig. Hier wird deutlich, dass die Wasserrettungsorganisation DLRG nicht nur ehrenamtlich geführt wird, sondern ebenso für die Gesellschaft im Einsatz ist. Dieses Prinzip wurde in der Vergangenheit auch immer wieder auf höchster Gremienebene bestätigt.

Welches sind die größten Herausforderungen für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz in den kommenden Jahren?

Die gesellschaftliche Entwicklung zeigt leider einen Rückgang an ehrenamtlichem Engagement. Dieser spiegelt sich auf allen Ebenen des ehrenamtlichen Einsatzes und der Hilfe wieder.

Die Bereitschaft, ein Ehrenamt auszuüben, ist eng mit der Attraktivität dieses Amtes verknüpft. Sie ist geprägt vom Wunsch zur Leistung eines individuellen gesellschaftlichen Beitrages. Noch ist die DLRG in der glücklichen Lage, dass sie in der Gesellschaft ausreichend Potenzial zur Unterstützung findet.

Auch und gerade unter den aktuellen Pandemiebedingungen scheint die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, zurückzugehen. Mitglieder sparen lieber Beiträge und treten aus der Organisation aus. Team-Abende, Weiterbildungen, Treffen oder Absicherungen von Veranstaltungen finden kaum noch statt. Mit dem Brachliegen dieses kameradschaftlichen Anteiles schwindet einer der zentralen Punkte, sich für ein Ehrenamt zu engagieren. Alle Führungs- und Leitungskräfte müssen kreative Lösungen finden um ihre Helfer und Mitglieder weiter zu motivieren und „bei der Stange“ zu halten. Aber auch Politik und Wirtschaft werden gefordert sein, ehrenamtlich Tätigen mehr Zeit und Raum zu bieten. Ein Jahrgang ohne Schwimmbildung kann mit den bestehenden Ressourcen an ehrenamtlichen Ausbildern aber auch mit den derzeit zur Verfügung gestellten Bad-Kapazitäten nicht wieder aufgeholt werden und bedingen einen flexibleren Zugang zu Bädern für Ausbildungszwecke. Sanitätsausbildung mit dem Schutz des einzelnen Ehrenamtlichen muss neu und eventuell auch verändert organisiert werden. Und klar ist, dass die praktische Ausbildung auch zukünftig nicht digital ersetzt werden kann.

Was muss sich wo und wie ändern, damit Ehrenamt im Bevölkerungsschutz eine gute und langfristige Zukunft hat?

Oftmals ist von Menschen zu hören, die gefragt werden, ob sie sich denn nicht betätigen wollen „Was bekomme ich denn dafür?“. Dem rein monetären Denken muss dabei begegnet werden, trotzdem müssen zu dieser Fragestellung Ideen und Lösungen angeboten werden. Modelle gibt es da sicherlich viele – von Berücksichtigung in der Ansammlung von Punkten für die Rente über Vorteile beim Studium bis hin zu steuerlichen Vorteilen.

Für die ehrenamtliche Organisation selbst ist eine finanzielle Unterstützung immer wichtig. Auch wenn die „Arbeitszeit“ der ehrenamtlichen Mitglieder in der Regel die Freizeit umfasst, entstehen trotzdem Kosten für Schulungsräume, Fahrtkosten, Verbrauchsmaterialien, etc. Die Gliederungen der DLRG sind häufig in die öffentliche Gefahrenabwehr eingebunden, unterstützen gerne und sind sofort zur Stelle, wenn sie gebraucht werden. Jedoch darf dies nicht zu Lasten der eigenen Vereinskassen gehen. Der hoheitliche Einsatz wird finanziert, aber bis es dazu kommen kann, bedarf

es einer langen Vorbereitungszeit, die mit hohen Kosten verbunden ist. Vorhalte- und Ausbildungskosten werden häufig nur teilweise von der öffentlichen Hand übernommen. Hier muss besonders die Politik auf allen Ebenen Verantwortung übernehmen und die Hilfsorganisationen vor Ort unterstützen.

Welche konkrete Unterstützung erwarten Sie von der Politik in Bund, Ländern und Kommunen für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz?

Hier ist sicherlich die Organisation selbst, aber auch die Politik gemeinsam mit der Wirtschaft gefordert, dass Ehrenamt weiterhin attraktiv zu halten. Insbesondere gilt es, die Vorbereitung und den Einsatz im Katastrophenfall, aber auch in der öffentlichen Gefahrenabwehr für die Einsatzkräfte motivierend zu gestalten.

Dazu gehören auch Maßnahmen, die den einzelnen Unternehmen zum Beispiel aufzeigen, welche imageprägenden Vorteile es für die Arbeitgeber insgesamt beinhaltet, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Einsätze auch freizustellen.

Um in Großschadenslagen, aber auch in kleinen Einsätzen der öffentlichen Gefahrenabwehr weiterhin auf ehrenamtlich engagierte und gut ausgebildete Einsatzkräfte zurückgreifen zu können, ist die seit Jahren geforderte Vereinheitlichung in den jeweiligen Landesgesetzen zwingend erforderlich. Dies muss JETZT umgesetzt werden. Bund und Länder werden daher aufgefordert, die Gleichbehandlung aller Helfer im Bevölkerungsschutz und in der öffentlichen Gefahrenabwehr unterhalb der KatS-Schwelle durch entsprechende Gesetzesänderungen herzustellen. Dabei müssen in allen Bundesländern gleiche Voraussetzungen geschaffen werden.

Wo und wie können Ihre Organisation und das BBK künftig noch besser für das gemeinsame Ziel eines hochwertigen Bevölkerungsschutzes in Deutschland kooperieren?

Die größte Herausforderung für die Hilfsorganisationen dürfte sein, das Bewusstsein der Bevölkerung für die Notwendigkeit einer gewissen Weitsicht und Vorbeugung im Sinne des Bevölkerungsschutzes zu wecken und zu schärfen. Zunehmend ist festzustellen, dass sich unsere Gesellschaft derzeit immer mehr zu einer ICH-bezogenen Gesellschaft entwickelt, und die Vorstellung, eine Katastrophe könne einen selber oder Menschen im Umfeld treffen, in weite Ferne rutscht.

In der Kernkompetenz der DLRG – der Wasserrettung – könnte zwischen BBK und DLRG dabei noch enger und intensiver zusammengearbeitet werden. Speziell die Vorbeu-

gung und Aufklärung sind wesentliche Aufgaben in dem großen Maßnahmenkatalog, denen sich die DLRG immer wieder annimmt. Hierzu gehören auch Projekte, die das BBK initiiert und unterstützt wie aktuell das ESHS Programm.

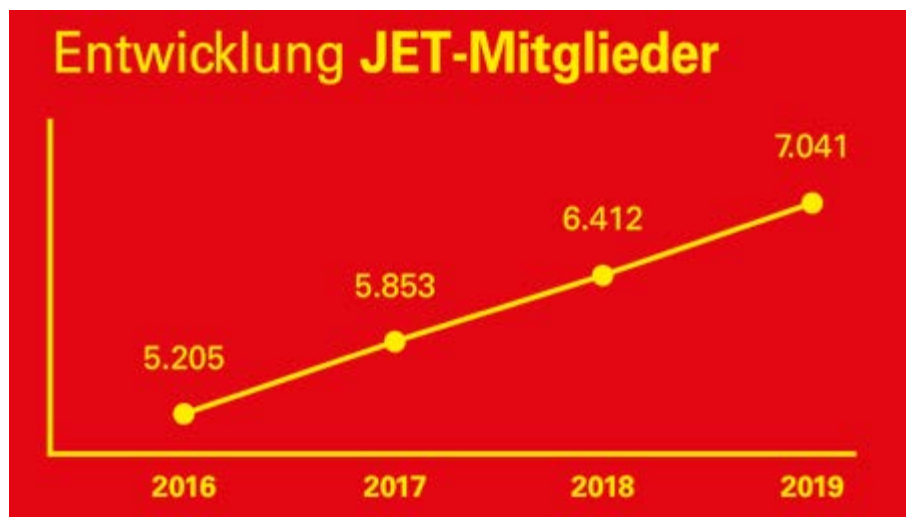
Es wäre zielführend wenn, durch die AKNZ gesteuert, wieder eine engere Abstimmung und Fortbildung für Führungskräfte des Bevölkerungsschutzes über den jeweiligen eigenen Fachdienst hinaus angeboten würde. Dieser „Blick über den eigenen Tellerrand“ ist bei Führungskräftefortbildungen bei Bund und Ländern in den letzten Jahren etwas vernachlässigt worden.

Sind neue Modelle in der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt erforderlich, um einen hochwertigen Bevölkerungsschutz dauerhaft zu gewährleisten? Wenn ja, welche?

Auch in einem ehrenamtlich geführten Verband taucht immer wieder die Frage auf, ob das Ganze tatsächlich ausschließlich unentgeltlich zu leisten ist. Denn (Frei-)Zeit ist ein wertvolles Gut geworden, daher müssen ausgewogene Modelle für die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt geschaffen werden

Die DLRG wird auch zukünftig mit einem geringen Anteil an hauptamtlicher Unterstützung ihre Arbeit bewerkstelligen können. Die Frage ist dann jedoch, wie groß ist der Kraftakt dabei tatsächlich.

Bevölkerungsschutz ist aber nicht auf die Zeit des jeweiligen Einsatzes beschränkt, denn Ehrenamt nimmt einen immer größeren Anteil der Tageszeit ein. Solange nicht jeder ehrenamtlich Tätige gleichgestellt ist und eine entspre-



Entwicklung JET-Mitglieder bei der DLRG.

chende Anerkennung erhält, wird das Ehrenamt lahmen und der Bevölkerungsschutz darunter leiden.

Auch innerhalb der Führung der DLRG auf Bundes- und Landesebene werden diese Fragen gestellt und nach Antworten gesucht. Eines ist jedoch klar: Alle in der DLRG sind gerade darauf stolz – ehrenamtlich, freiwillig und unentgeltlich im Namen der DLRG für die Gesellschaft tätig zu sein.

Welche Best-Practice-Beispiele aus Ihrer Organisation sind für Sie besonders zukunftsfähig?

Seit einigen Jahren gibt es neben der klassischen DLRG Jugendarbeit verstärkt die sogenannten Jugend-Einsatz-Teams (JET). Dort werden die Lebensretter von morgen ausgebildet. Bundesweit lernen derzeit rund 7.000 junge Mitglieder zwischen zehn und 16 Jahren die ehrenamtliche Arbeit im Wasserrettungsdienst kennen – Tendenz steigend. Dabei kommt der Spaß in der Gemeinschaft nicht zu kurz.

Ausbildungsziel ist es, die Nachwuchskräfte nach dem Juniorretter und dem Rettungsschwimmabzeichen Bronze

zu Wasserrettern auszubilden. Am Ende sollen sie bereits als Jugendliche die entsprechenden Fachausbildungen vorweisen um im Wasserrettungsdienst und als Rettungsschwimmer eingesetzt werden zu können. Da alle Ausbildungsaktionen im Team erfolgen, kommt der Spaß – auch bei vielen gemeinsamen Ausflügen und Wochenenden – nicht zu kurz. So kann beispielsweise die Funkausbildung durch Orientierungs- und Geländespiele gefestigt werden. Dadurch entsteht bereits in jungen Jahren eine enge Bindung an die DLRG und die öffentliche Gefahrenabwehr.



Probleme an der Wurzel packen, nicht an Symptomen arbeiten

Frank Hachemer, Vizepräsident Deutscher Feuerwehrverband

In Deutschland ist wie in den wenigsten anderen Staaten der Welt das Ehrenamt der Garant für ein flächendeckendes System des Bevölkerungsschutzes. Das beruht auf der



Gerade die Freiwilligen Feuerwehren repräsentieren ihre Organisation in der Fläche und stellen die Notfallhilfe für die eigenen Nachbarn. (Foto: Ralf Hettler)

gewachsenen Ehrenamtskultur in Deutschland. Ehrenamtliches Engagement in der Bevölkerung wird häufig registriert, aber die Formen des Engagements haben sich verändert. Speziell für unsere Organisation muss festgehalten werden: Das gilt auch für den Bereich der Feuerwehren. Dauerhaftes, gar lebenslanges Engagement ist nicht mehr so weit verbreitet wie früher.

Aktuell blitzt der Nachwuchsmangel an verschiedenen Orten noch nicht allzu spektakulär auf, wenn Pflichtfeuerwehren eingerichtet werden oder Wehren eine Zusammenlegung erfahren. Leider ist nicht öffentlich bewusst, was dabei passiert: Jede verlorene Freiwillige Feuerwehr ist ein Verlust an Präsenz einer öffentlichen Organisation in der Fläche, die mehr ist als eine Sicherheitsdienstleistung. Es fehlt dann auch das gemeinsame Team, das, gebildet aus Nachbarn und Bürgern vor Ort, die Notfallhilfe für die eigenen Nachbarn zu Hause darstellt, und demokratisch aufgestellt ist. Die Feuerwehr wählt ihre Führungskräfte und hat eigene Verbände als „Interessenvertreter von unten“. Damit ist sie eine einzigartige Stütze der demokratischen freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Gerade aktuell in der Diskussion um die Zukunft der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind solche Verluste besonders schmerzhaft.

Nachwuchsgewinnung und -sicherung und moderne Entwicklung sind die größten Herausforderungen für die Feuerwehren in den kommenden Jahren. Es gilt, nicht einfach eine Modernisierung von Ausstattung und Ausrüstung vorzunehmen, sondern auch die Leitung und Führung auf einen Stand zu bringen, in dem junge Menschen mit ihrer modernen Sozialisierung Freude an Einsatz und Engagement im ehrenamtlichen Bevölkerungsschutz finden. Beteiligungs- und Einbindungskonzepte müssen Mitbestimmung und persönliche mentale Identifikation fördern und ausbauen.

Dazu muss die Wahrnehmung des Stellenwertes in der Gesellschaft dringend verbessert werden. Die existenzsichernde Funktion muss breiter bewusst gemacht werden – gegenüber der Politik, die sich durchaus wertschätzend äußert, sich dann jedoch schnell anderen Themen zuwendet, aber auch gegenüber der breiten Öffentlichkeit, um so auch Phänomenen wie der angestiegenen Gewalt gegen Einsatzkräfte grundlegend zu begegnen. Das wäre ein „Packen an den Wurzeln“, das wichtiger wäre als ein Arbeiten an Symptomen.

Damit Ehrenamt im Bevölkerungsschutz eine gute und langfristige Zukunft hat, muss es attraktiver werden. Dies muss weniger stark durch monetäre Anreize, sondern vorrangig durch Anerkennung, Aufmerksamkeit und Beteiligung an Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen erreicht werden. Hierzu muss Führungsausbildung in Richtung „Menschenführung“ entwickelt werden. Ferner muss das Ehrenamt entlastet werden. Viele Verpflichtungen und Bürokratie können und müssen auf andere Schultern verlagert werden. Gesellschaftspolitisch muss das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz in der Wahrnehmung den Stellenwert erhalten, den es de facto innehat: Existenzsichernd!

Für die Belange des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz benötigen wir entschieden viel mehr Aufmerksamkeit der Politik in Bund, Ländern und Kommunen für die Stärkung der direkten Förderung vor Ort (Bürokratieabbau, Wertschätzung durch Vereinfachung von Beschaffungsprozessen, Schaffung von hauptamtlichen Stellen zur ausdrücklichen Unterstützung des Ehrenamtes). Damit ist nicht eine oberflächliche Zuwendung gemeint, die sich durch bloße Anwesenheit bei Veranstaltungen und auch hier und da mal Teilnahme an Gesprächen zeigt. Es geht um die intensive und ergebnisorientierte Arbeits-Befassung mit den Themen des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz.

Die Kooperation mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe muss breit selbstverständlicher werden. Die Kenntnisse über den Bevölkerungsschutz müssen innerhalb der Feuerwehren ausgeweitet und verbreitert werden, um das gemeinsame Ziel eines hochwertigen Bevölkerungsschutzes in Deutschland zu erreichen. Die Feuerwehren müssen im Gefüge des Bevölkerungsschutzes als letztlich größte Organisation wahrgenommen und berücksichtigt werden. Der Austausch zwischen den Interessenvertretungen der Feuerwehren und dem BBK sollte intensiviert werden, am besten im Kreis mit weiteren Organisationen des Bundes (THW). Eine Bildung oder gegenseitige

Entsendung in konkrete Arbeitsbereiche könnte dazu eine Lösung sein.

In der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt für einen hochwertigen Bevölkerungsschutz gilt: Hauptamt muss dafür eingerichtet werden, um das Ehrenamt zu unterstützen und zu ermöglichen – nicht dazu, es zu ersetzen. Es ist eher nicht zielführend, mehr hauptamtliche Führungskräfte einzustellen und die Ausführung dann dem Ehrenamt zu überlassen. Vielmehr muss es hauptamtliche Entlastung durch entsprechende Kapazitäten geben, die den ehrenamtlichen Führungskräften die zahlreichen Peripherie-Aufgaben abnehmen, die derzeit viele entnervte Ehrenamtliche aus den Funktionen drängen. Ehrenamtliche sind nicht mit ihren Kernaufgaben überfordert, sondern immer mehr von Bürokratie und Hintergrund-Aufgaben. Die technische Wartung von Spezialgeräten darf nicht ehrenamtlichen Gerätewarten aufgebürdet werden, ebenso wenig wie die Aktualisierung und immer neue Pflege von Software zur Einsatzdokumentation in den Pflichtenkanon von ehrenamtlichen Führungskräften gehört oder die professionelle Reinigung von Kleidung in die Hände von ehrenamtlich Tätigen.



Die Jugendfeuerwehren und inzwischen auch die Kinderfeuerwehren sind deutlich mehr als nur „Nachwuchs-Schmieden“ sondern ein gesellschaftspolitisch bedeutender Faktor.

(Foto: Markus Haupenthal / DJF)

Neben zahlreichen anderen ermutigenden Entwicklungen lassen sich als Beispiele guter Praxis in den Feuerwehren aus einem ganz breiten Themenspektrum folgende benennen:

- ☞ Die Reflexion der eigenen Aufstellung und Werte, wie sie in den Veranstaltungen der Feuerwehrverbände gelebt werden. Hier findet Bildung und grundlegende Verortung in der Gesellschaft statt.
- ☞ Die Blaulicht-Konferenzen zwischen Vertretern der Innenpolitik und der Blaulicht-Organisationen wie in manchen Bundesländern veranstaltet. Hier ist der tiefergehende Dialog zwischen Organisationen und Politik als gestaltender gesellschaftlicher Kraft gestartet.

- ☞ Der Einbezug neuer Antriebsarten für Einsatzfahrzeuge. Das ist mehr als Technik: Hier leistet der „Blaulicht-Bereich“ seinen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer Veränderung der Gesellschaft.



Gesellschaftspolitisch muss das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz in der Wahrnehmung den Stellenwert erhalten, den es de facto innehat: Existenzsichernd!
(Foto: Ralf Hettler)

- ☞ Die enge Zusammenarbeit zwischen Regierungsstellen und Feuerwehr-Interessensvertretern in den Bundesländern. Hier hat sich aus einer Kultur des „Gegenüber“ inzwischen an vielen Stellen eine Kultur des ehrlichen Miteinander entwickelt. Zwar legen die Verbände nach wie vor Finger in Wunden, aber eine Heilung von Wunden und ein Beheben von Problemen ist klares Ziel, das meist vor parteipolitischen Erwägungen im Vordergrund steht und das Handeln bestimmt. Das kann auch einer Politik- und somit Demokratieverdrossenheit an vielen Stellen entgegenwirken und ein Beispiel für andere Lebensfelder der Gesellschaft sein.
- ☞ Die Verkürzung von Informations- und Meinungsbildungswegen mit modernen Medien. Die Verbände und die Bildungsinstitutionen sind – nicht zuletzt auch

durch die Anforderungen aus der Corona-Krise – weit vorangegangen in der Digitalisierung von Entscheidungswegen und Ausbildungsangeboten. Damit sind die Chancen auf eine weitere Entwicklung viel deutlicher geworden und damit ebenfalls Vorbild für viele weitere Bereiche.

- ☞ Die Aktivitäten um eine Reform der Führungsausbildung der Feuerwehren (FwDV 2). Hier hat sich deutlich gezeigt, dass eine Entwicklung hin zur Ausbildung von emphatischen Führungskräften nicht nur notwendig, sondern auch gewünscht ist. Hier wird deutlich auf eine gewandelte Gesellschaft eingegangen. Diesen Effekt gilt es auszubauen.
- ☞ Der erfolgende und geplante Ausbau von Ausbildungsstätten. Regelmäßige Aus- und Weiterbildung wird immer wichtiger. Damit dies den Ehrenamtlichen zeitnah und in guter Qualität angeboten werden kann, ist der weitere Ausbau der Kapazitäten eine gute Nachricht. Das muss dringend weitergehen.
- ☞ Die neue Form von Veranstaltungen in den Feuerwehrverbänden, die nicht mehr reine Mitteilungs- sondern Teilhabe-Veranstaltungen mit Foren und Workshops geworden sind. Hier sind zahlreiche Verbände seit Jahren Vorreiter, und auch andere Veranstaltungen im Blaulicht-Sektor haben inzwischen nachgezogen. Auch Führungskräfte-Tagungen der Verwaltungen funktionieren oftmals nicht mehr nur als reine „Zuhörer“-Veranstaltungen, sondern lassen den interaktiven Dialog zu. Ziel muss ein, ihn zum Mittel der Gestaltung zu machen, um die Ressourcen der Teilnehmenden einfließen zu lassen und somit für alle zu nutzen.
- ☞ Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als inzwischen auch gesellschaftspolitisch bedeutendem Faktor. Die Jugendfeuerwehren und inzwischen auch die Kinderfeuerwehren sind deutlich mehr als nur „Nachwuchsschmieden“. Gerade sie bilden mit ihrer großartigen Arbeit einen wichtigen Faktor in der öffentlichen Bildung und Formung der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Ein immenser Faktor.



Ehrenamtliches Engagement ist wichtig und unverzichtbar.

Matthias Betz, Sachgebietsleiter Ehrenamt, DRK-Generalsekretariat, Berlin

Ehrenamt ist unverzichtbar

Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar und wichtig. Ob Krise oder nicht, es stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft! In Zeiten der Corona-Pandemie steht das ehrenamtliche Engagement allerdings vor ganz besonderen Herausforderungen und erlangt zugleich eine besondere Bedeutung. Diese Feststellung spricht ganz sicher und gerade jetzt den meisten der über 400 000 ehrenamtlich Aktiven im DRK aber auch in den anderen Hilfsorganisationen aus dem Herzen. Warum aber ist ehrenamtliches Engagement während der Corona Pandemie so wichtig? Und: was ist überhaupt noch möglich an praktischen Hilfen und wo sind auch die Grenzen?

Eine ganz besondere Stärke des Deutschen Roten Kreuzes war und ist, dass es seine ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer so wie jetzt in der Corona Krise auch für nicht vorhersehbare Einsätze schnell mobilisieren kann. So waren die Ehrenamtlichen des DRK seit Jahresanfang 2020 in den unterschiedlichsten Einsatzbereichen und Aufgabefeldern wie dem Aufbau und Betreiben der Corona Testzentren, bei unterstützenden Nachbarschaftshilfen, der Betreuung von Bedürftigen und Risikogruppen und Menschen in akuten Notsituationen eingesetzt. „Was wir als DRK hier erlebt haben, ist ein großer Akt der Solidarität und des Zusammenhaltes in der Gesellschaft“, sagte hierzu auch die DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes am 5. Dezember 2020.

Nicht alles ist möglich – Kreativität beim Helfen ist gefragt

„Bleibt möglichst zuhause“ – eine Notwendigkeit zur Bekämpfung der Pandemie die bis heute gilt und voraussichtlich noch einige Zeit so bleiben wird. Aber was macht das mit den Menschen? Gerade ohne das Ehrenamt auch im Bevölkerungsschutz wären jetzt Viele vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten und würden vereinsamen. So sind gerade unter dem Stichwort „Nachbarschaftshilfe“ immer wieder viele „helfende Hände“ unterwegs, um hilfebedürftige Menschen vor Ort zu unterstützen. Unser Ziel als DRK ist hierbei immer, Menschen, die Hilfe brauchen und Menschen, die Hilfe anbieten, in geeigneter Weise zusammenzubringen. So haben fast alle unsere DRK-Gliederungen auf Landes- und Kreisebene innerhalb kürzester Zeit auf die neuen Bedingungen und Anforderungen reagiert

und sowohl Internetplattformen oder auch Hotlines eingerichtet, um Hilfsangebote und Hilfeanfragen passgenau zu vermitteln. Ergänzend hierzu wird häufig vor Ort auch noch mit lokalen und/oder kommunalen Freiwilligenagenturen zusammengearbeitet. So entstanden und entstehen neben den vielzähligen, vom DRK bereits zu Beginn der Pandemie eingerichteten und durch Ehrenamt unterstützten Corona-Testzentren, auch ganz neue ehrenamtliche Hilfsangebote wie Einkaufsdienste oder auch Lebensmittelverteilungen vor Ort oder tägliche Besorgungsdienste, die gerade Älteren und Hilfebedürftigen das Leben erleichtern. Denkbar ist jetzt auch, daß Ehrenamtliche verstärkt bei der Kinderbetreuung helfen und damit auch Eltern entlasten, die in Zeiten der Pandemie vielleicht besonders gefordert sind. Wie jetzt bei allen Aktivitäten im Alltag müssen selbstverständlich auch ehrenamtliche Aktivitäten in Corona Zeiten sehr gut überlegt und geplant sein. Alle Maßnahmen mit direkten und persönlichen Kontakten sind derzeit ä-



ßerst schwierig, ja – bis auf wenige Ausnahmen z. B. in den Testzentren – fast unmöglich. Will man sich jetzt z. B. in einem Besuchs- oder Besorgungs- und Einkaufsdienst engagieren, ist vielleicht wieder das „gute alte Telefon“ eine mögliche Alternative. Auch sind jetzt Handys und Tablets mit speziellen Apps zum Skypen aktueller denn je – insbesondere um Kontakte zu halten und damit auch Einsam-

keit zu bekämpfen. Eine besondere Rolle übernehmen hier auch insbesondere junge Helferinnen und Helfer die auch die Älteren „digital abholen“. Unser Fazit als DRK: Wenn der physische Kontakt beschränkt ist oder wegfällt, sind die digitalen Medien für den persönlichen Kontakt mehr denn je gefragt. Für uns als DRK steht auch der Schutz unserer Helferinnen und Helfer ganz im Vordergrund. Als besondere Herausforderung kommt hierbei oft noch hinzu, dass auch die Helfenden selbst ja zur sogenannten Risikogruppe gehören und besonderen Schutz bedürfen.

Impfzentren als besondere Herausforderung ehrenamtlichen Engagements

Die Einrichtung von flächendeckenden Impfzentren wird eine Art nationaler Kraftakt mit vermutlich bisher beispiellosen Anforderungen für alle Hilfsorganisationen. Überall in Deutschland entstehen in kürzester Zeit Impfzentren in denen tagtäglich und über einen noch nicht absehbaren Zeitraum zigtausende Menschen immunisiert werden



Fotos: DRK-Bildarchiv.

sollen. Eine logistische Herausforderung für alle Beteiligten und im Besonderen für das DRK als Hilfsorganisation – werden doch in einigen Bundesländern die geplanten Corona Impfzentren unter Federführung des DRK betrieben. Neben den medizinisch-beraterischen Aufgaben, die ausschließlich durch entsprechend qualifiziertes und geschultes Personal durchgeführt werden dürfen – auch hier können entsprechend qualifizierte Ehrenamtliche zum Einsatz kommen – werden vielfältigste betreuungsdienstliche Aufgaben zu erfüllen sein, um den vermutlich permanent großen Andrang an zu impfenden Menschen in geregelte Abläufe zu überführen. Dies wiederum wird nur mit permanenter Unterstützung durch das Ehrenamt zu leisten sein. Für das DRK ist hierbei aber auch ganz klar: diese Aufgaben können nur im sinnvollen Zusammenwirken von haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften bewältigt werden. Der ehrenamtliche Einsatz kann und darf in den Impfzentren

immer nur ergänzend, niemals alleinig verantwortlich erfolgen.

Ehrenamt goes digital

Die Bedeutung des digitalen Wandels in der Coronakrise zeigt sich nicht nur wie oben beschrieben in der ganz praktischen Arbeit vor Ort zwischen den Helfenden und Hilfesuchenden. Auch innerhalb seiner internen Verbandsstrukturen war das DRK gefordert, sowohl in der ersten Lockdownphase und während der bis jetzt andauernden Kontaktbeschränkungen relativ zügig seine gesamten Bildungs- und Ausbildungsangebote sowie Arbeits- und Gremiensitzungen – von der Bundes- bis hinunter zur Ortsebene – fast ausschließlich auf Online-Formate umzustellen. Insgesamt konnte hierbei festgestellt werden, dass die digitale Kommunikation eine ganz neue Quantität als auch Qualität erreichte. So wurden viele neue „digitale Instrumente“ genutzt und erprobt, aber noch nicht wirklich beherrscht. So besteht fast auf allen DRK-Gliederungsebenen noch Fortbildungsbedarf der Leitungen und der Verantwortlichen. Das DRK wird sich auch weiterhin noch intensiver mit der Frage beschäftigen, welche Konsequenzen diese digitale Expertise auch für den zukünftigen Veranstaltungsbe- reich haben werden. Vorteilhaft hat sich bereits gezeigt, dass einige Online-Veranstaltungen sogar vermehrt wahrgenommen wurden als vorherige Präsenzveranstaltungen. Kritisch wurde jedoch gleichzeitig auch angemerkt, dass häufig die ganz persönlichen Beziehungen und Kontakte fehlen, die nur schwer oder manchmal gar nicht ersetzbar sind.

Politik ist jetzt gefragt ehrenamtliche Strukturen zu unterstützen

Engagementpolitik steht besonders in diesen Zeiten vor besonderen Herausforderungen. Gerade jetzt sollte Politik die besondere Bedeutung eines strukturierten Ehrenamtes der Hilfsorganisationen als Garant insbesondere im Bereich des Gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes erkennen und anerkennen. Angesichts des geltenden sogenannten Kooperationsverbotes darf der Bund bisher nur Projekte fördern. Was die Verbände jetzt aber dringend benötigen, sind kompetente und verlässliche Infrastrukturen und eine ebenso verlässliche nachhaltige Strukturförderung, um gerade die neuen Herausforderungen (wie eben Digitalisierung, neue innovative Projekte) inhaltlich und personell umsetzen und begleiten zu können. Eine erste Antwort hierauf könnte die gerade an den Start gegangene „Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ (DSEE) sein. Allerdings aufgrund der noch in 2020 praktizierten und äußerst fragwürdigen Förderstrategie nach dem „Windhundprinzip“ – an dem bei weitem nicht alle Verbände und Hilfsorganisationen partizipiert haben – besteht hier für die Zukunft erheblicher Nachbesserungsbedarf.

Besonders in pandemischen Lagen sollte Politik auch über die Wiederaufnahme der Förderung von Pflegehilfs-

kräften aus der Bevölkerung nachdenken. Die häusliche Pflege durch Angehörige in Notzeiten braucht neue Impulse und Konzepte, ebenso die Unterstützung von Pflegekräften im Krisenfall. Hier hat das DRK in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit einer Kurzeitusbildung gemacht. Trotz der vorhandenen bundesgesetzlichen Grundlage wurde dieses Zivilschutzprogramm zur Ausbildung sogenannter „Schwesternhelferinnen“ nicht mehr finanziert. So könnte gerade jetzt ein freiwilliger Pflege-Basiskurs einen wichtigen Beitrag zur Entlastung und Unterstützung von Familien und Pflegediensten leisten. Solche Angebote könn-

ten von den Hilfsorganisationen kurzfristig und flächendeckend aufgebaut werden.

Zur Verbesserung der Anerkennungskultur und Wertschätzung am Beispiel der Helfergleichstellung (in einigen Ländern zwischenzeitlich eingeführt) sollte dies auch auf Bundesebene vollzogen werden. So sollte auch geprüft werden, wie Freistellungsansprüche für den Bildungsurlaub auch für ehrenamtliches Engagement genutzt werden könnte.



Leistungsfähig durch erhöhte Bandbreite

Edmund Baur, Markus Bensmann, Julian Brückner sowie Philipp Richardt

Der Malteser Hilfsdienst hat in den vergangenen Jahren seine Satzung und seinen zentralen Leitfaden überarbeitet und bundesweit seine Unterstützungsstrukturen für das Ehrenamt ausgebaut. Diese Entwicklung folgt konsequent den sich ändernden Rahmenbedingungen für das Ehrenamt und mit Blick auf die Breite an Aufgaben, die durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer wahrgenommen werden. Neben den „klassischen“ Diensten im Bereich der Breitenausbildung und des Bevölkerungsschutzes (Zivil- und Katastrophenschutz) sind über die Jahrzehnte viele weitere Dienste zur Linderung von (sozialen) Nöten entstanden, wie Besuchs- und Begleitdienste, die Arbeit mit demenziell Erkrankten oder der Bereich der Hospizarbeit. Insgesamt gilt jedoch für den Malteser Hilfsdienst, dass dieser „[...] für den Schutz der Bevölkerung jederzeit mit allen verfügbaren Kräften und ohne vermeidbare Verzögerungen einsatzbereit sein muss.“

Unter „Ehrenamt im Bevölkerungsschutz“ ist im Malteser Hilfsdienst also nicht bloß das Ehrenamt zu verstehen, welches unmittelbar in Katastrophenschutzeinheiten gebunden ist, sondern die Gesamtheit der Potenziale, welche in der Organisation vorliegen. Dies umfasst ebenso weitere einzubindende Kräfte außerhalb der Organisation, also Freiwillige, die spontan, kurzfristig bzw. projekthaft ihre Unterstützung anbieten.

Dass das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz durch diese Bandbreite gekennzeichnet ist und eben nicht nur auf die

klassischen Helferinnen und Helfer in den Einheiten, die ohne Zweifel den Kern des Systems bilden, verkürzt werden darf, haben die letzten großen Krisen und Katastrophen gezeigt. Ganz gleich ob bei der Fluthilfe 2013, im Rahmen der Flüchtlingshilfe ab 2015 oder im Kontext der Covid-19-Bekämpfung seit 2020: Im Bevölkerungsschutz wirken unterschiedlichste (ehrenamtliche) Systeme zusammen und sind an der kurz- und langfristigen Hilfeleistung beteiligt.

Bei der Betrachtung „Wie geht es weiter mit dem Ehrenamt im Bevölkerungsschutz?“ gilt es also, dieses Gesamtsystem zu betrachten. Im nachfolgenden werden dazu einige Aspekte betrachtet, die aus Sicht des Malteser Hilfsdienstes von besonderer Relevanz sind, um den Verbund eines solchen Systems zu ermöglichen und ein solches langfristig zu etablieren.

Langfristige Gewinnung und Bindung von Ehrenamt im Bevölkerungsschutz

Von einem System der Verpflichtung zu einem System der freiwilligen Selbstverpflichtung

Wie zuvor erwähnt, bilden die Helferinnen und Helfer in den Einheiten des Bevölkerungsschutzes den Kern des Systems. Zur Erledigung der dort anfallenden Führungs-

und Fachaufgaben benötigt es gut qualifiziertes Personal. Dazu braucht es einen Stamm an Helfenden, die sich über viele Jahre engagieren, um diese Qualifikationsstufen zu erreichen und Erfahrungswerte zu verinnerlichen und weiterzutragen.



Offenheit, Flexibilität und Kreativität einer Organisation werden von den Helferinnen und Helfern geschätzt.
(Foto: Lisa Beller für Malteser Hilfsdienst e.V.)

Die Einheiten im Bevölkerungsschutz wurden ab den 1950er Jahren in einem größeren Umfang vor allem mit Hilfe dienstverpflichteter junger Männer aufgestellt, die im Zuge des Wehersatzdienstes über viele Jahre diesen Einheiten zugeordnet wurden. Seit spätestens 2011 werden, mit Aussetzung der Wehrpflicht, über diesen Weg keine Helfer mehr „rekrutiert“, wobei festzuhalten ist, dass diese verpflichteten Helfer zu diesem Zeitpunkt für die Malteser bereits keine besondere Relevanz mehr hatten, da deren Anzahl seit Jahren stark rückläufig war. Besondere Erfolge konnten seit dieser Zeit im Malteser Hilfsdienst bei der Gewinnung neuer Helferinnen und Helfer vor allem über Schulsanitätsdienste erzielt werden. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die gesellschaftlichen und demografischen Verän-

derungen in Deutschland langfristige Bindungen von Ehrenamtlichen an die Organisationen verringern (häufiger Wechsel des Wohnortes, verstärkte Arbeitsbelastung etc.). Auch scheint das Interesse an der dauerhaften Bindung an Organisation eher abzunehmen. Spontane (aktivistische) Engagementformen haben hingegen einen großen Zulauf.

Die kürzlich geführten kontroversen Debatten rund um die Wiedereinführung der Wehrpflicht zeigen die Schwierigkeiten der Einführung derartiger Dienstpflichten. Davon ausgehend, dass eine Dienstpflicht (derzeit) nicht das geeignete oder erwünschte gesellschaftliche bzw. politische Instrument zur Bindung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz ist, stellt sich die Frage, wie Ehrenamtliche langfristig für den Bevölkerungsschutz gewonnen werden können.

Zunächst gilt es, eine möglichst frühe Bindung an die Organisation aufzubauen. Dies gelingt über klassische Jugendarbeit und den Schulsanitätsdienst. Diese Aktivitäten der Organisationen gilt es substantiell zu fördern.

Darüber hinaus muss jedoch gerade für die zeitintensiven Ausbildungen im Bevölkerungsschutz ein attraktiver Rahmen geschaffen werden, der ehrenamtlich neben Berufsausbildung, Beruf und Familie zu bewältigen ist. Hier muss vor allem eine **Helfergleichstellung** gegenüber den staatlichen Organisationen erwirkt werden und breitere Möglichkeiten der **Lohnfortzahlung** geschaffen werden, auch außerhalb des Katastrophenfalles.

Zwei Beispiele: Allein die Ausbildung zum Rettungsanwärter dauert mindestens 3 ½ Monate in Vollzeit, das Durchlaufen aller relevanten Führungslehrgänge dauert mindestens einen Monat in Vollzeit.

Der Malteser Hilfsdienst hat daher auf Bundesebene einen Vorschlag eingebracht, wonach sich Helferinnen und Helfer für mindestens vier Jahre im Bevölkerungsschutz freiwillig verpflichten können (**Dienst im Bevölkerungsschutz**). Für die Zeiträume der Lehrgänge würden sie in einen Status vergleichbar von FSJ/BFD versetzt. (Sozialversicherung, Tagegeld etc.).

Es muss insgesamt gelten: **Wer sich engagiert, wird durch Organisationen und Staat gefördert und unterstützt, um so motiviert zu sein für ein langfristiges Engagement im Bevölkerungsschutz (z. B. Unterstützung der Arbeitgeber bei der Freistellung für ehrenamtlichen Aufgaben, positive Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements bei Studienplatzvergabe).**

Offenheit, Flexibilität und Kreativität

Einbindung einer breiteren Zielgruppe und Umgang mit neuen Formen des Ehrenamts

Wie eingangs beschrieben, wurde die Helferschaft im Bevölkerungsschutz in der Vergangenheit vornehmlich durch Wehersatzpflichtige (junge) Männer gebildet. In den vergangenen Jahrzehnten ist eine konsequente Öffnung erfolgt, um den Dienst für weitere engagierte Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu gestalten (z. B. Frauen, Menschen

mit Migrationshintergrund oder Ältere). Diese Entwicklung gilt es weiter zu fördern und fortzuführen.

Die genannten größeren Krisen und Katastrophen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich Bürgerinnen und Bürger spontan in die Hilfeleistung einbringen wollen. Auf Seiten der Organisationen gilt es, die entsprechenden Hürden für eine Beteiligung zu senken und neue, bisher unbekannte, Ideen und Ansätze zuzulassen. Natürlich sollte den Engagierten im Nachgang ein Angebot gemacht werden, auch langfristig in der Organisation zu verbleiben. Zu denjenigen, die ein langfristiges Engagement nicht anstreben, sollten jedoch **Kommunikationswege erhalten** bleiben, über die zukünftiges (erneutes) kurzfristiges Engagement schnell und einfach gelingen kann. Dies kann über gemeinsame Plattformen, Apps oder den fortgesetzten Austausch mit der Organisation vor Ort erfolgen.

Als Reaktion auf die zunehmenden, meist ausbildungs- oder berufsbedingten Umzüge von Ehrenamtlichen, gilt es, diese Ortswechsel aktiv zu begleiten. Jede Organisation muss den Umzug einer HelferIn oder eines Helfers als Aufgabe verstehen, an eine neue Ortsgliederung zu vermitteln, auch und gerade über Organisationsgrenzen hinweg. Es gilt, Helfende „im System“ zu halten.

Aufgabenportfolio im (gesundheitlichen) Bevölkerungsschutz

Naturkatastrophen, Terrorismus, Kritische Infrastrukturen, Pandemien, soziale Nöte und Zivilschutz

Das Aufgabenportfolio der Hilfsorganisationen wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer größer. Im Alltag sind durch den zunehmenden Wegfall größerer familiärer Strukturen, die Vereinzelung von Menschen und stärkere soziale Armut vielfältigste Aufgaben zu bewältigen. In Krisen- und Katastrophenlagen verstärkt dies nochmals den Bedarf an Hilfeleistungen. Die zu bewältigenden Aufgaben sind nicht „nur“ punktuell zu betrachten (Versorgung von Verletzten, Unterbringung für wenige Tage), sondern bedürfen einer breiteren Bearbeitung (Seelsorge, persönliche Betreuung usw.). Diese Annahme folgt konsequent einem breiten Verständnis von Gesundheit, wie ihn auch die WHO definiert*. Dies zeigt sich gerade auch in der aktuellen pandemischen Lage, da sich die Bekämpfung dieser eben nicht allein auf „klassische“ gesundheitliche Maßnahmen begrenzt, sondern deutlich darüber hinaus geht (z. B. Organisation von Einkaufshilfen, telefonische Begleitung usw.).

Gleichzeitig wird unsere hochtechnologisierte Gesellschaft, mit all den Segnungen, die diese Technik mit sich bringt, auch sehr anfällig für den Ausfall eben dieser Technologien. Weitere Bedrohungen ergeben sich durch Naturkatastrophen oder beispielsweise Pandemien. Nicht außer

Acht gelassen werden dürfen Gefahren durch terroristische Anschläge und die international angespannte sicherheitspolitische Lage, die zur (überfälligen) neuen Konzeption der Zivilen Verteidigung (KZV) geführt hat.

Mit Blick auf die skizzierten Szenarien, den Wegfall der Schwesternhelferinnen-Programme, bei gleichzeitigem „Pflegenotstand“, verdeutlicht sich, dass im System Bevölkerungsschutz vor allem Fähigkeiten im Bereich der Pflege und der sozialen Betreuung ausgebaut werden müssen. In der Sache gilt es, hier das integrierte System Bevölkerungsschutz mit Blick auf diese Aufgaben zu stärken und hierfür starke ehrenamtliche Angebote zu schaffen. Dazu erscheinen nach Ansicht des Malteser Hilfsdienstes folgende Maßnahmen notwendig:

- ☞ Die Szenarien der KZV und der Länder im Katastrophenschutz sind fortzuschreiben und auszuplanen, die Planung muss über die „bloße“ Schadenslage hinausgehen und soziale Notlagen ebenso berücksichtigen
- ☞ Die bestehenden Potenziale innerhalb der Organisationen, also der „klassische“ Bevölkerungsschutz und das soziale Ehrenamt, sind durch die BOS zusammenzuführen und müssen bereits im Alltag regelmäßig zusammenwirken. Das heißt auch gemeinsame Ausbildung, Übung, Einsätze und gegenseitige Unterstützung
- ☞ Mittel für die Ausbildung dringend benötigter ehrenamtlicher Pflegehilfskräfte müssen langfristig bereitgestellt werden, um hier verstärkt ehrenamtliche Potenziale aufbauen zu können
- ☞ Die Bürgerinnen und Bürger müssen in der Breite auf die Szenarien und Gefahren aufmerksam gemacht werden (dies hat beispielsweise mit Blick auf die Pandemie im Vorhinein nicht ausreichend funktioniert) und es muss auf die „Selbstschutzaufgaben“ hingewiesen werden

Was funktioniert heute schon im Ehrenamt?

Erfahrungen des vergangenen Jahrzehntes

Der Malteser Hilfsdienst etabliert, mit Blick auf die Bedürfnisse des Ehrenamtes, ein auf Wertschätzung und Empathie ausgerichtetes, effektives Ehrenamtsmanagement. Dadurch wird eine strukturierte Einführung und Qualifikation der ehren- wie hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ehrenamtsstandards sichergestellt. Spezielle hauptamtliche Koordinatoren stehen den Ehrenamtlichen als Unterstützungsstruktur zur Verfügung und entlasten diese von organisatorischen Aufgaben. Weiterhin werden den ehrenamtlichen zentrale IT-Werkzeuge an die Hand gegeben, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Konzept und Ausstattung gilt es weiter auszubauen und konsequent fortzuentwickeln. Gerade mit Blick auf die Einhaltung gesetzlicher Standards (z. B. Datenschutz, Arbeitsschutz) steigt der (bürokratische) Aufwand, der das Ehrenamt belastet. Hier können hauptamtliche Unterstützungsstrukturen Entlastung schaffen.

* Aus der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation: „Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“

Ehrenamt benötigt eine gute und hochwertige Ausstattung. Hier müssen vor allem im Bereich der Unterkünfte deutliche Verbesserungen herbeigeführt werden. Dazu benötigen die Hilfsorganisationen finanzielle Unterstützungen um die Kosten für die Modernisierung von Fahrzeughallen, Umkleiden und Ausbildungsräumen tragen zu können.



Das Ehrenamt lebt von den verschiedensten Akteuren innerhalb der Organisationen.
(Foto: Lisa Beller für Malteser Hilfsdienst e.V.)

Darüber hinaus gibt es, gerade im Bevölkerungsschutz, als ein weiteres tradiertes Mittel, Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen, das Auszeichnungswesen. Auch hier könnte der Bund sich einbringen, indem er für den Bereich des Bevölkerungsschutzes entsprechende Auszeichnungen stiftet.

Ehrenamt darf nicht bloß auf professionelle Tätigkeiten verkürzt werden. Ehrenamt wird in den vielfältigen Organisationen mit ihren unterschiedlichen Besonderheiten ermöglicht und dadurch erleb- und erfahrbar. Durch die

Vielzahl an Akteuren können unterschiedlichste Charaktere angesprochen werden, die zwischen den Organisationen auswählen können.

Wo kann der Bund helfen?

Konkrete Beispiele für eine Verbesserung des ehrenamtlichen Systems Bevölkerungsschutz

Wie zuvor beschrieben, gibt es konkrete Ansätze, die der Bund politisch, rechtlich und finanziell unterstützen kann. Konkret sind dies:

- ☞ Etablierung eines „Dienstes im Bevölkerungsschutz“ (freiwillige Selbstverpflichtung)
- ☞ Substanzuelle Unterstützung von Jugendarbeit und Schulsanitätsdiensten
- ☞ Nachfolgeprojekte für die ehemaligen „Schwesternhelferinnen“
- ☞ Finanzielle Unterstützung zur Koordination und technischen Ausstattung des Ehrenamtes, um Entlastung zu schaffen (Aufwand für Koordination und Einhaltung gesetzlicher Standards steigt, hier braucht es eine hauptamtliche Entlastung des Ehrenamtes)
- ☞ Finanzielle Unterstützung zur Modernisierung der Unterkünfte
- ☞ Bewusstseinsbildung von Bevölkerung, Politik und Verwaltung mit Blick auf zukünftige Schadensszenarien und daraus folgenden Selbstschutzaufgaben
- ☞ Schaffung weiterer Förderinstrumente und öffentlicher Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements (z. B. Unterstützung der Arbeitgeber bei der Freistellung für ehrenamtlichen Aufgaben, positive Berücksichtigung von ehrenamtlichem Engagement bei Studienplatzvergabe, Auszeichnungen des Bundes für den Bereich des Bevölkerungsschutzes)



Ehrenamt im Bevölkerungsschutz – Professionell durch Kooperation

Klaus-Dieter Kühn, Bundesvorsitzender des Verbandes der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten / -einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland (ARKAT) e. V.

Die Gewinnung und Bindung von ehrenamtlich Helfenden stellt die im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Katastrophenschutzorganisationen vor große Herausforderungen. Demografische Entwicklung und veränderte Lebensmodelle haben inzwischen zu einem Rückgang der Helferzahlen im Bevölkerungsschutz geführt. Regieeinheiten helfen regional entstandene Lücken in der Gefahrenabwehr in behördlicher Trägerschaft zu schließen. Als qualifizierte Dienstleister stellen sie ehrenamtlich sachkundige Spezialkräfte in den Bereichen Führung, Kommunikation, Logistik, CBRN-Schutz, Veterinärwesen, Betreuung sowie Notfallseelsorge und Krisenintervention. Je nach Lage nehmen sie Führungsaufgaben wahr oder sind auf der mittleren Ebene modulares Verbindungsglied zu anderen eingesetzten Organisationen. Gerade in der gegenwärtigen Pandemielage wird deutlich, wie unverzichtbar diese Einheiten im Rahmen der Führungsunterstützung, Kommunikation und Logistik sind. Ohne diese Ehrenamtlichen geht es eben nicht.

Die Helferinnen und Helfer in den Regieeinheiten gehören überwiegend der Altersgruppe zwischen 30 und 60 Jahren an. Ihre beruflich erworbenen Kompetenzen, beispielsweise als Ingenieure, Biologen, Physiker, Chemiker, Pfarrer, Psychologen und als Fachkräfte aus verschiedenen fachdienstrelevanten Berufen, professionalisieren das Ehrenamt zum Nulltarif. Mit ihrem vielfältigen hauptberuflichen Hintergrund bringen sie ihre Kenntnisse als Fachberater und Ausbilder sowie mit handwerklich-technischer Ausbildung in das Ehrenamt ein.

Nachhaltig zur Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz beigetragen hat der seit 2009 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat jährlich ausgeschriebene Wettbewerb „Helfende Hand“. Nicht nur für die Nachwuchsförderung sind, aus der Praxis heraus, zahlreiche Projekte entstanden, die neue Wege zur Steigerung der Attraktivität des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz vorstellten. So führte das Institut für Marketing der TU Braunschweig eine bundesweite Studie zur Motivforschung zur langfristigen Mitwirkung in den Feuerwehren unter Beachtung regionaler Gesichtspunkte durch. Im Ergebnis waren Eigenschaften wie Bedeutsamkeit und Vielfalt der Aufgabe, Selbstwerterkennung, sportliche Aktivität und soziale Kontakte sowie Entscheidungen selbstständig treffen zu können, Lernen zu improvisieren, sich in kritischen Situationen

kreativ zu beweisen, ausschlaggebend für die Bindung an die ehrenamtliche Tätigkeit. Also überwiegend die ideelle und immaterielle Förderung, die helfen kann auch beruflich erfolgreich zu sein. Durch die Mitwirkung im Bevölkerungsschutz ergeben sich aber nicht nur persönliche Mehrwerte, sondern ein Gewinn für die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt.



Professionelle Hilfeleistung: ABC-Zug (Regie) des Landkreises München-Land.
(Foto: ABC-Zug)

Zunehmend entdecken sich Katastrophenschutzorganisationen, Schulen, Hochschulen und Träger beruflicher Bildung als Kooperationspartner. Insbesondere die Hochschulen wurden als neue Zielgruppe identifiziert. So auch durch die stetig wachsende Zahl von bevölkerungsschutzrelevanten Studiengängen, deren Studierende sich parallel zum Studium in den Katastrophenschutzorganisationen engagieren. Mittlerweile haben sich an etlichen Hochschulen ganze Einsatzgruppen gebildet, die vom Hörsaal weg alarmierbar sind. Andere Studierende wiederum sind in Forschungsarbeiten ihrer Einrichtungen im Bereich der zivilen Sicherheit eingebunden und motiviert, sich einer Katastrophenschutzorganisation anzuschließen. Ebenso werden Ehrenamtliche aus den verschiedenen Fachberufen durch



International und organisationsübergreifend vernetzt: Facheinheit Information und Kommunikation (Regie) der Stadt Cuxhaven.
(Foto: IuK-Einheit)

Teilhabe an innovativen Entwicklungen im Bevölkerungsschutz und deren Erprobung für eine längerfristige Mitwirkung gewonnen. Sie alle sind ein Schatz für einen auf Freiwilligkeit basierten professionell ausgerichteten Bevölkerungsschutz.

Auf dem Weg zu einer kooperativen Professionalisierung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz suchen Akteure und Katastrophenschutzverbände zunehmend auch den Kontakt zu Trägern der beruflichen Bildung, um ihren Ehrenamtlichen neben fachdienstlichen Kenntnissen erweiterte Kompetenzen, beispielsweise zur Bewältigung von Krisensituationen und der Führung und Ausbildung ehrenamtlicher Kräfte zu vermitteln.

Parallel gilt es aber mehr denn je Initiativen zu unterstützen, die die Wertschätzung und Anerkennung gegenüber den Ehrenamtlichen im Bevölkerungsschutz zum

Ausdruck bringen. Hier erwarten wir von der Politik noch mehr Aufmerksamkeit. Warum gibt es im Deutschen Bundestag eigentlich keinen Beauftragten für den Bevölkerungsschutz?

Leider müssen wir für die 30 000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Regieeinheiten feststellen, dass sie in einigen Ländern, insbesondere von den kommunalen Spitzenverbänden, wenig wertgeschätzt werden. So verweigert Bayern ihnen das Katastrophenschutz-Ehrenzeichen für langjährige Mitwirkung. Und in Niedersachsen sieht der Innenminister sich nicht in der Lage, ARKAT als seit 1990 kraft Bundesgesetz anerkannte Verbandsvertretung der Regieeinheiten mit seiner Expertise an der Arbeit im Landesbeirat Katastrophenschutz Niedersachsen zu beteiligen.

EU-Ratspräsidentschaft 2020

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und Empfehlungen für das neue Wissensnetz im Unionsverfahren

Anke Moon und Elena Weber

Vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 hatte Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU) inne. Das Arbeitsprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft im Bevölkerungsschutz sah vor, das Wissensnetz des EU-Bevölkerungsschutzverfahrens („Unionsverfahren“, engl. Union Civil Protection Mechanism, UCPM) entsprechend den unterschiedlichen Bedürfnissen der 27 EU-Mitgliedstaaten und der sechs weiteren Teilnehmerstaaten am Unionsverfahren auszubauen.

Bereits im Frühjahr 2020 zeichnete sich ab, dass die Corona-Pandemie einen neuen Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft bilden würde. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat darum im Bereich Bevölkerungsschutz Aspekte eines ersten Lessons-Learnt-Prozesses mit der thematischen Schwerpunktsetzung „EU Wissensnetz“ verknüpft. Dabei war das Ziel, erste Lehren aus der Pandemie zu ziehen und strukturiert zu erfassen, wie ein Wissensnetz künftig gestaltet werden kann, damit das Unionsverfahren mit komplexen Herausforderungen im europäischen Bevölkerungsschutz künftig noch besser umgehen kann. Außerdem hatte die deutsche Ratspräsidentschaft die Aufgabe, Verhandlungen über den Vorschlag der EU-Kommission vom 2. Juni 2020 zur Änderung des Unionsverfahrens zu beginnen. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat sich dabei intensiv bemüht, eine allgemeine Ausrichtung des Rates zu den inhaltlichen Bestimmungen des Kommissionsvorschlags zu finden. Dass dieses Ziel erreicht wurde, und Deutschland die Ratspräsidentschaft mit einem allgemeinen Verhandlungsmandat an Portugal übergeben konnte, darf als großer Erfolg bezeichnet werden.

Serie zur EU-Ratspräsidentschaft

Vorangegangene Berichte unserer EU-Referentin Ronja Zimmermann zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft finden Sie in den Ausgaben 1 bis 3 / 2020 des Magazins *Bevölkerungsschutz*.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) konzipierte und organisierte federführend im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und mit Unterstützung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) eine Reihe von Aktivitäten der Ratspräsidentschaft im Bevölkerungsschutz. In Vorbereitung des zweitägigen virtuellen Ratspräsidentschafts-Workshops zum Thema „Drawing Less-



Logo der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020

ons from Covid-19 for the Union Civil Protection Knowledge Network“ wurden in zwei Online-Umfragen unter den EU-Mitglied- und Partnerstaaten des UCPM erste Erfahrungen im Katastrophenrisikomanagement und der Katastrophenvorsorge während der Corona-Pandemie erfasst. Aufbauend auf diesem Lessons-Learnt-Prozess entwickelten die VertreterInnen der 33 teilnehmenden Staaten im Rahmen des Workshops Anfang November Erkenntnisse und Empfehlungen zur Förderung eines systemischen Ansatzes für das Wissensmanagement innerhalb des UCPM, mit Fokus auf dem EU-Wissensnetz. Die gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen wurden in einem „Output Paper“ zusammengefasst. Das Papier wurde dann auch im Treffen der europäischen Generaldirektoren für den Bevölkerungsschutz vorgestellt und erhielt hier eine breite positive Resonanz und Zustimmung.

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat mit ihrem Programm im Bevölkerungsschutz – trotz und gerade unter der Dringlichkeit der Corona-Lage – das gesteckte Ziel erreicht, einen konstruktiven und soliden Beitrag für die künftige Entwicklung des EU Wissensnetzes als zentrales Element des Unionsverfahrens zu leisten.

Nach neun Monaten Covid-19: Empfehlungen aus der aktuellen Lage

Mit der ersten Online-Umfrage konnte das BBK erfassen, wie von der Corona-Pandemie betroffene Kritische Infrastrukturen identifiziert und priorisiert wurden, welche Rolle Bevölkerungsschutzbehörden in der Unterstützung Kritischer Infrastrukturen spielten und welche Be-



Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie auf das Unionsverfahren?
(Grafik: Sebastian Lörcher)

dürfnisse in diesem Kontext bestanden. Die zweite Online-Umfrage fokussierte auf Möglichkeiten für eine Entwicklung des Wissensnetzes als „missing link“ im Unionsverfahren.

Für den Workshop flossen die Ergebnisse beider Umfragen in ein „Input Paper“, das die Grundlage für die gemeinsame Diskussion im Präsidenschafts-Workshop um die künftige Ausgestaltung und Ziele des Wissensnetzes bildete.

Erklärte Absicht des Workshop war es, Antworten zu eruiieren auf die Fragen, welche Bedarfe und Anforderungen die Mitglieds- und Partnerstaaten aus ihren Erfahrungen mit Covid-19 ermitteln konnten, und wie das Wissensnetz als zentrales Element des Unionsverfahrens diesen künftig gerecht werden könnte. Welche Unterstützungsleistungen muss das Wissensnetz anbieten? Wie soll es Informationen bestmöglich zugänglich machen und welche Art von Informationen sollten dies sein? Wer sind die entscheidenden Wissensträger?

Vorhandenes Wissen verbinden: das Wissensnetz als Steuerungselement

Das Wissensnetz kann als ein Instrument innerhalb des Unionsverfahrens dienen, das Wissen systematisch weiterverarbeitet. Dabei sollte es über das reine Ansammeln von Daten und Informationen hinausgehen, Informationen in Wissen umwandeln und so zu einem

Mehrwert verhelfen. Langfristiges institutionalisiertes Lernen sollte unterstützt werden, und somit verschiedene nationale Perspektiven in einem europäischen Kontext zusammenbringen. Indem es einen systematischen Informationsaustausch zwischen allen Handlungsbereichen des Unionsverfahrens sicherstellt, kann das Wissensnetz also „lose Enden zusammenführen“. Es kann auf diese Weise als ein unterstützendes Element aufwarten, welches Prävention, Vorbereitung und gewonnene Lehren miteinander verbindet und zu stärkeren und effizienteren operativen Reaktionen seiner Nutzer beiträgt.

Das Wissensnetz kann zu einer transparenten und stichhaltigen Entscheidungsfindung beisteuern. Dazu sollte es die Identifikation solcher Bereiche auf der Grundlage von Szenarien unterstützen, in denen spezifische oder spezielle Expertise verfügbar ist und einen Mehrwert erbracht hat. In diesem Sinne könnte das Wissensnetz auf europäischer Ebene zu einer gemeinsamen Entwicklung von Rahmenszenarien beitragen, die einen Referenzpunkt für nationale Risikomanagementplanungen bilden und damit eine gemeinsame europäische Perspektive bieten.

Dem Allgefahrenansatz folgen: ein Wissensnetz mit integrierender Wirkung

Das Wissensnetz kann wegweisende und integrierte Ansätze innerhalb des Risiko- und Krisenmanagements fördern. Dazu sollte es einen Allgefahrenansatz (all hazard approach) wie auch einen multidisziplinären Ansatz, auch unter Einbeziehung sektorübergreifender Expertise, verfolgen. Das Wissensnetz kann dabei ein Test-



Die Ergebnisse des virtuellen EU-Workshops am 9./10. November 2020 fasste Grafik-Designer Sebastian Lörcher live am Bildschirm in sogenannten Graphic Recordings zusammen
(Grafik: Sebastian Lörcher)

bereich für neue Ideen, Prozesse, Methoden und bewährte Vorgehensweisen sein, wobei auch die tägliche Arbeit des Unionsverfahrens kontinuierlich überprüft und bewertet werden muss. Gleichzeitig sollte das Wis-

sensnetz das Unionsverfahren mit anderen strategisch wichtigen Bereichen verbinden, und einer sektorübergreifenden Zusammenarbeit dienen, indem es festgelegte Zuständigkeiten aufrichtet und inhaltlich zusammenführt.

Das Wissensnetz kann darüber hinaus die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Bevölkerungsschutz vertiefen. Dieser Vorteil ermöglicht eine bessere Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und einen leichteren gegenseitigen Austausch zwischen Wissenschaft und der Bevölkerungsschutz-Community. Wissenschaftliche Beiträge wären somit sichtbarer und leichter zugänglich. Auch könnte das Wissensnetz helfen, die spezifischen Bedürfnisse von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen wie von politischen Entscheidungsträgern zu identifizieren.

Das Wissensnetz kann Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auch darin unterstützen, für unterschiedliche Zielgruppen und Zusammenhänge eine flexible Auswahl an Strategien, Methoden sowie Risiko- und Krisenmanagementprozessen zu entwickeln. Um den Bereich des Risikomanagements sektorübergreifend zu unterstützen, sollte das Wissensnetz wissenschaftliche Erkenntnisse näher an alle Instrumente des UCPM heranbringen und zu ihrer Umsetzung und Anwendung in der Praxis beitragen. Eine schnellere Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse wäre damit möglich.

Das Wissensnetz kann zudem eine entscheidende Schnittstelle bilden zwischen nationalem, regionalem und globalem Wissen. Angesichts des globalen Charakters der Corona-Pandemie kann das Wissensnetz ein verbindendes Element zwischen nationalem, regionalem und globalem Wissen sein und auch mit anderen internationalen Prozessen wie dem Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015-2030 der Vereinten Nationen eine enge Verknüpfung herstellen.

Zentraler Knotenpunkt: Ein Wissensnetz mit lebendigem Gedächtnis (living memory)

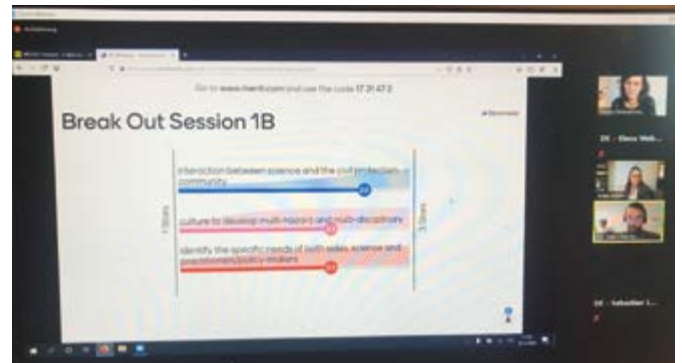
Vertrauen ist für ein effektives Risiko- und Krisenmanagement entscheidend. Das Wissensnetz kann gegenseitiges Vertrauen und Verständnis aufbauen, indem es als Grundvoraussetzung für eine effektive Zusammenarbeit wie ein Knotenpunkt fungiert für ein gemeinsames Verständnis von Prozessen, Systemen, Interessen, usw.

Wissen kann im Wissensnetz einfach und intuitiv zugänglich gemacht werden. Das Netz sollte allen Nutzern den Zugang und Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit innerhalb einer sicheren digitalen Infrastruktur ermöglichen. Es sollte einen digitalen Dreh- und Angelpunkt auch für bereits bestehende Plattfor-

men und Teilnehmerinnen und Teilnehmer darstellen und sektorübergreifendes Wissen vergleichbar einem Knotenpunkt leichter zugänglich machen.

Auch für fortlaufende integrative Trainings- und Übungsprogramme kann das Wissensnetz eine zentrale Plattform bilden, die den Bestand an Ressourcen und Kapazitäten wiedergibt. Bestehendes Wissen kann das Wissensnetz systematisch und nachhaltig sichern.

Das Wissensnetz kann durch neue, digitale Möglichkeiten aktiv Gelegenheiten zur Vernetzung und zur Gemeinschaftsbildung schaffen, wenngleich diese den herkömmlichen persönlichen Austausch nicht voll ersetzen können. Vernetzt werden sollte auch die Einrichtung und Unter-



Die Workshop-Teilnehmer und Teilnehmerinnen der EU-Mitgliedstaaten und Partnerstaaten stimmten in Live-Pollings über die erarbeiteten Empfehlungen ab. (Foto: Elena Weber)

haltung der weltweit bestehenden Lagerhallen und -bestände, wodurch das Unionsschutzverfahren einheitlich logistisch abgesichert würde.

Die im Rahmen des Workshops gemeinschaftlich erarbeiteten Empfehlungen der Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Bevölkerungsschutzbehörden machen es deutlich: Das EU-Wissensnetz kann das noch fehlende Verbindungsstück im Unionsverfahren sein. Den Ergebnissen entsprechend soll es im UCPM die Aufgaben übernehmen, Wissen zusammenzuführen und aufzubereiten, Wissen langfristig sicherzustellen und Wissen leicht zugänglich zu machen. Damit böte das Netz künftig einen echten Mehrwert gegenüber einem reinen Austausch von Informationen.

Beim anschließenden Treffen der EU-Generaldirektorinnen und Generaldirektoren im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft trafen die Workshop-Resultate auf breite Zustimmung. Auch die für das Wissensnetz etablierte gemeinsame Arbeitsgruppe der Kommission und der Mitgliedstaaten hat die Empfehlungen in ihrer ersten Sitzung noch einmal aufgegriffen. Sie können nun als wichtige Anhaltspunkte für die weitere Ausgestaltung des Wissensnetzes dienen.

Anke Moon ist Leiterin des Referates *Internationale Angelegenheiten* im BBK.

Elena Weber ist Mitarbeiterin im Referat *Internationale Angelegenheiten* im BBK.

Beethoven – Bonn – Barbarastollen = B³

Beethoven unter Schutz der Haager Konvention

Sabina Libertini

„Ludwig van Beethoven ist ein Komponist, der nicht beschränkt war und ist in der Zeit. Er ist ein Komponist für die Ewigkeit. Wenn wir in 500 Jahren noch Musikleben haben, werden wir sicher weiter Beethoven spielen.“

Daniel Barenboim, argentinisch-israelischer Pianist und Dirigent vor dem Jubiläumskonzert zum 250. Geburtstag von Ludwig van Beethoven am 17.12.2020 in Bonn

2020 wollten nicht nur die Stadt Bonn, wo Beethoven 1770 geboren wurde, sondern auch Deutschland und die ganze Welt den 250. Geburtstag des Komponisten ein Jahr lang feiern. Durch die Corona-Pandemie behindert, beschloss man kurzerhand, die Feierlichkeiten über zwei Jahre zu strecken: eine einzigartige Ehrung für einen einzigartigen Künstler.

nisse des Lebens und des Werkes Beethovens) ausbelichtet und auf langzeitstabilem Farb-Mikrofilm sichern lassen. In Kürze werden die entstandenen Sicherungsfilm im Zentralen Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland, dem Barbarastollen, eingelagert. So kommt Beethoven von Bonn zum Barbarastollen = B³.



Mikrofilm mit der Partitur von Beethovens Großer Fuge (op 133 B-Dur).

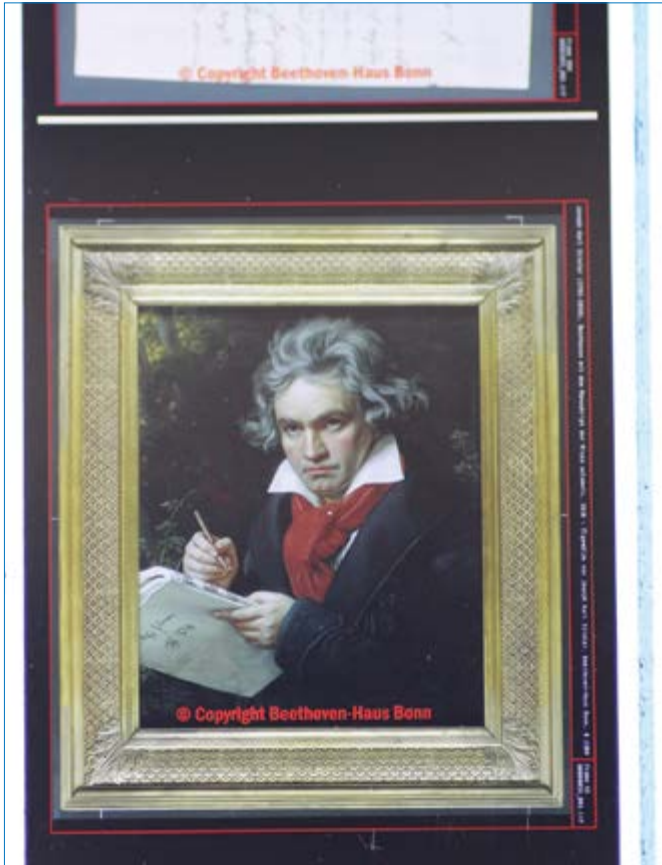
Passend zum Jubiläumsjahr kam im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) 2020 das „Beethoven-Projekt“ zu einem vorläufigen Abschluss, das im Rahmen der Bundessicherungsverfilmung den Zweck verfolgte, Beethoven und sein Werk auf Mikrofilm festzuhalten und für die Nachwelt zu erhalten. In Kooperation mit dem Beethoven-Haus hat das BBK hierfür in den vergangenen Jahren große Bestände des Beethoven-Hauses (darunter Musikhandschriften, Erstausgaben und weitere wichtige Zeug-

Das Beethoven-Haus in Bonn und das dazugehörige Beethoven-Archiv haben zweifellos die weltweit umfangreichste Sammlung von Dokumenten und musealen Objekten, die Beethovens Leben und seine Werke dokumentieren. Die Original-Materialien werden professionell betreut, unter besten Bedingungen gelagert und einige sogar ausgestellt.

Als zentrale Forschungs- und Dokumentationsstelle zu Beethovens Biografie und Werk, seinem geistigen Umkreis und zu seiner Wirkungsgeschichte, liegt der Fokus des Beethoven-Archivs auf der wissenschaftlichen Erschließung der kontinuierlich wachsenden Sammlung, um diese der Forschung und Liebhabern der Musik Beethovens weltweit zur Verfügung stellen zu können. Durch das Beethoven-Projekt der Bundessicherungsverfilmung kann das Beethoven-Archiv das kulturelle Erbe nun auch für die kommenden Generationen sicher bewahren.

Beethovens Werk: eines der herausragendsten Kulturgüter Deutschlands, nicht nur aus musikalischer Sicht

Beethoven – das musikalische Genie, der Weltbürger und humanistische Visionär – wirkt bis zur heutigen Zeit.



Mikrofilm mit Objekten aus dem Beethoven-Haus.

Seine Musik ist voller Emotion, weswegen sie in der ganzen Welt verstanden und geliebt wird. Diese Grenzen überwindende musikalische Erfahrung inspiriert die Menschen weltweit und bringt sie einander näher.

Der Grund, warum es Beethovens Werk als deutsches Kulturgut zu wahren gilt, geht weit über den musikalischen Wert hinaus. Die Lebens- und Werkdokumente des Komponisten für die Nachwelt zu bewahren ist auch in kulturhistorischer und -politischer Hinsicht für Deutschland und die Welt von großer Bedeutung. Sie spiegeln die Werte unserer Gesellschaft wieder, die schon seit der Aufklärung als Ideale gesehen wurden: Freiheit und menschliche Solidarität.

Beethovens Genius ist in seinem vielleicht berühmtesten Werk, der 9. Sinfonie, am deutlichsten spürbar. Die zwischen 1822 und 1824 entstandene Sinfonie gilt als kompositorischer Höhepunkt Beethovens und hat wie kaum ein anderes Werk die Musikgeschichte nachhaltig beeinflusst. Im 4. Satz seiner 9. Symphonie vertont Ludwig van Beethoven das Gedicht „An die Freude“ von Friedrich Schiller. Beethoven setzt zum ersten Mal die menschliche Stimme als Instrument ein und markiert damit im 19. Jahrhundert eine bedeutsame Entwicklung der

Musikgeschichte. Noch nie zuvor war die menschliche Stimme in einer Sinfonie einbezogen worden. Beethoven war zu diesem Zeitpunkt bereits vollkommen taub und konnte diese Klanggewalt nur erahnen.

Seine „Ode an die Freude“ vereint in ihrem fulminanten Chorfinale die Menschen aller Nationen und gilt seitdem als Sinnbild für Frieden und Völkerverständigung. Dessen berühmter Anfang „Freude schöner Götterfunken“ entfacht in den Menschen eine tiefe, unauflösliche Verbundenheit. „Alle Menschen werden Brüder“ – die Ideale von Frieden, Hoffnung, Freiheit und menschlicher Solidarität finden hier ihren höchsten Ausdruck. Diese erste Sinfoniekantate wurde zum Sinnbild der Einheit in der europäischen Vielfalt, weshalb 1985 die Europäische Gemeinschaft das Leitmotiv des letzten Satzes als Europahymne wählte. Im Jahr 2001 wurde das Autograf der 9. Sinfonie von der UNESCO sogar als erste musikalische Komposition in das internationale Register des „Memory of the World“-Programms aufgenommen wurde. [2]

Konvention von Den Haag zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten

Wertvolle, weltweit bekannte und geschätzte Werke menschlicher Kreativität üben nicht nur auf Liebhaber der Kultur besonderen Reiz aus. Leider werden gerade die Originale dieser Werke in bewaffneten Konflikten oft geraubt oder zerstört, um die Menschen, die sie wertschätzen, zu quälen und zu entwurzeln. Diese identitätsstiftenden Kulturgüter werden Mittel und Opfer psychologischer Kriegsführung.



Beispiele aus der Bundessicherungsverfilmung.

Der Schutz von Kulturgut ist Aufgabe der gesamten Menschheit. Zum Schutz dieser einzigartigen, zeitlosen und identitätsstiftenden Kulturgüter vor solchen zerstörerischen Übergriffen wurde 1954 von der UNESCO die Konvention von Den Haag zum Schutz von Kulturgut bei be-

Die kurze Geschichte der Sicherungsverfilmung auf langzeitstabilen Farbmikrofilm und ihr unerwartetes Ende

Der Laser-Belichter für Farb-Mikrofilm ist ein Prototyp, der durch das Fraunhofer Institut für Physikalische Messtechnik IPM, Freiburg i.Br., im Rahmen eines EU-geförderten Forschungsprojektes entwickelt wurde. Er basiert auf dem weit verbreiteten Kinofilm-Laserbelichter von Arri, der bis heute bei der Verfilmung von Computeranimationen genutzt wird.

Der Laserbelichter steht im Landesarchiv Baden-Württemberg in Ludwigsburg und wurde von den dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besonders softwaretechnisch so weiterentwickelt, dass ein Routinebetrieb und Massenausbelichtung möglich war.

Cibachrome, Ilfochrome: die Hoffnung auf langzeitstabiles Mikrofilm-Material

Das grundsätzliche Verfahren wurde in den 1960er Jahren von Ciba-Geigy entwickelt und unter dem Namen Cibachrome, später Ilfochrome, vermarktet.

Die für den Film verwendeten Azo-Farbstoffe sind chemisch sehr stabil. Sie sind von vorne herein im Filmmaterial vorhanden. Durch die Belichtung werden die Moleküle „markiert“, die in einem anschließenden Bleichprozess aus dem Film entfernt werden. Die verbleibenden Farbstoffe erzeugen das Bild. [5]

Die Möglichkeit, im Cibachrome-Verfahren die stabilen Azofarbstoffe zu verwenden, weckte große Hoffnungen, dass es endlich gelingen würde, Farb-Fotomaterial zu bekommen, das lange Zeit bei Raumtemperatur in den Farbwerten stabil ist.

Diese Hoffnung hat sich im Prinzip erfüllt. Das Verfahren hatte aber leider nicht nur Vorteile. Aufgrund des hohen Kostenaufwandes bei der Herstellung, hat es diese Art des Filmmaterials nie aus einer kleinen Nische professioneller Anwendungen in einen lukrativen Massenmarkt geschafft.

Ende 2011 gab die Firma Ilford bekannt, die Ilfochrome-Produktlinie aufgrund stark sinkender Nachfrage und gestiegener Rohstoffpreise einzustellen. Kurze Zeit danach musste das Unternehmen Insolvenz anmelden. Für die Produktion des Ilfochrome-Materials hat sich bisher kein Nachfolger gefunden, so dass es keinen Nachschub an Filmmaterial mehr gibt.

waffneten Konflikten als völkerrechtlich verbindlicher Vertrag ausgearbeitet. Bis heute haben bereits zwei Drittel aller Staaten der Erde diese Konvention offiziell anerkannt, durch innerstaatliche Gesetze für ihr Land als verbindlich erklärt und Verstöße mit zum Teil erheblichen Strafen belegt.

Zum Schutz von Kulturgütern sollen, so will es die Konvention, vorbereitende Maßnahmen bereits in Friedenszeiten geplant oder ergriffen werden. [1]

Gefährdung von Kulturgut

Die Annahme, dass dasjenige, was heute „bombensicher“ erscheint, ewig so bleiben wird, kann sich im Laufe der Geschichte als trügerisch erweisen. Zum Schutz von Kulturgütern über Jahrhunderte muss man sich viel langfristige Gedanken machen.

Wie wichtig das ist und welche Gefahren es für Kulturgut bewahrende Einrichtungen gibt, kann man an bedauerlichen Ereignissen der Vergangenheit sehen: Die Brände von Notre Dame, des Brasilianischen Nationalmuseums und der Anna Amalia Bibliothek, der Einsturz des Kölner

Stadtarchivs, der Kunstraub im Grünen Gewölbe in Dresden oder die Sprengung der Buddha-Statuen von Bamiyan in Afghanistan sind tragische und spektakuläre Beispiele.

Auch das Beethoven-Haus war schon Gefahren ausgesetzt, die nur mit Glück nicht zu einer Katastrophe geführt haben. Beide Weltkriege überstand das Beethoven-Haus fast unbeschadet. Im Zweiten Weltkrieg wurden die Sammlungen rechtzeitig in einen Stollen bei Siegen ausgelagert, so dass es zu keinen Kriegsverlusten kam. Während des Angriffs auf die Bonner Innenstadt am 18. Oktober 1944 fielen drei Brandbomben auf das Dach des Hauses; nur durch das Einschreiten des Hausmeisters konnte größerer Schaden verhindert werden.

Doch auch in Friedenszeiten sind Kulturgüter gefährdet: 1960 gab es einen Brandanschlag im Museum, bei dem Exponate zerstört und beschädigt wurden. [4]

Schutz des schriftlichen Kulturgutes durch Sicherung auf Mikrofilm

Eine Maßnahme, mit der die Bundesrepublik Deutschland die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut umsetzt, ist die Bundessicherungsverfilmung. Dabei lässt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI) von historisch, politisch oder künstlerisch herausragenden unikalen Dokumenten aus staatlichen und nichtstaatlichen Archiven Mikrofilmkopien zur Langzeitsicherung anfertigen. Diese Mikrofilme werden in einem aufwändigen Verfahren sicher verpackt und in einem ausgebauten Bergwerksstollen bei Freiburg im Breisgau (Barbarastollen) in luftdichten Spezialbehältern unterirdisch gelagert. Durch die Art der Lagerung und die günstigen Eigenschaften von Mikrofilmen werden die auf Mikrofilm erfassten Informationen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen auch in 500 Jahren noch ohne technische Hilfsmittel mit bloßen Augen lesbar sein. [3]

Bereits in den 1970er Jahren wurde ein Teil der Bonner Sammlung vom Bund durch den Landschaftsverband Rheinland auf Schwarz-Weiß-Mikrofilm sicherungsverfilmt und im ZBO eingelagert. Die Sammlung wuchs (und wächst) kontinuierlich an, sodass eine erneute Ausbelichtung notwendig wurde. [4]

Besondere Wertschätzung durch Sicherung der Dokumente auf langzeitstabilem Farbfilm

Im Jahr 2001 begann das Beethoven-Haus mit der Digitalisierung seiner Bestände, um sie in einem Digitalen Archiv öffentlich zugänglich zu machen.

Zeitgleich rüstete das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe die Bundessicherungsverfilmung mit einem sog. Filmbelichter aus, der aus digitalen Daten hochwertige Farb-Diapositive erzeugen konnte. Das Besondere ist der dazu benutzte Spezialfilm, der eine außerordentlich hohe Auflösung bei einer für Farbfilme abso-

Literaturhinweise:

- [1] Haager Konvention, deutsche Textfassung. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, Bonn, 7. Auflage 2012
- [2] Die 9. Symphonie von Ludwig van Beethoven wurde von der UNESCO in das Verzeichnis der Welterbestätten aufgenommen: <https://www.unesco.de/kultur-und-natur/weltdokumentenerbe/weltdokumentenerbe-deutschland/beethovens-9-sinfonie>
- [3] Bernhard Preuss: Der Barbarastollen. Eines der weltweit wenigen Kulturgüter unter Sonderschutz. KGS Forum Nr. 35/2020 – Kulturgüterschutzräume und Notfallplanungen (Seite 59–65). Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS der Schweiz, CH-3003 Bern
- [4] Ortwin Wildeman: Das Beethovenhaus Bonn am 11. Mai 1945. 2001, S.491-498. Zitat aus <https://de.wikipedia.org/wiki/Beethoven-Haus> (ausgelesen am 10.01.2021)
- [5] <https://www.beethoven.de>
- [6] http://www.proarchive.ch/view/data/4252/Ilford%20Micrographic%20L%C3%B6sungen_DE.pdf

lut ungewöhnlichen Lagerungsdauer von 500 Jahren bietet. Was bot sich mehr an, als die neue Technik mit Beethoven zu testen?

Von 2017 bis 2020 wurden schließlich 38.000 Digitalisate aus dem Beethoven-Haus ausbelichtet. Darunter befinden sich Musikhandschriften, Erstaussagen, Briefe und Bilder wie z. B. die Partitur der Mondscheinsonate, Teile der 9. Sinfonien sowie die 6. Sinfonie – „Die Pastorale“. Auch zahlreiche Beethoven-Darstellungen, darunter das berühmte Ölgemälde von Joseph Karl Stieler (Beethoven mit Manuskript der Missa solemnis) von 1820, wurden über die Ausbelichtung der Masterscans sicherheitsverfilmt.

Das Beethoven-Projekt: Höhepunkt und Ende der Farbmikroverfilmung

Die Ausbelichtung von 38.000 Digitalisaten des Beethoven-Hauses bis Ende des Jahres 2020 erfolgte buchstäblich bis zur letzten in Ludwigsburg noch vorhandenen Filmrolle des Ilfochrome-Materials. Weitere Farbausbelichtungen wird es für die Bundessicherungsverfilmung in absehbarer Zeit nicht geben (s. o.).

Beethovens Werk ist nicht nur kulturelles Erbe Deutschlands; vielmehr ist es aufgrund seines weltumspannenden, universellen musikalischen Einflusses ein Vermächtnis,

das für die gesamte Menschheit von Bedeutung ist und damit im Sinne der Haager Konvention ein Kulturgut par excellence darstellt. Die Langzeitsicherung auf Farbmikrofilm verdeutlicht eine besondere Wertschätzung der Bundesrepublik, die bisher in dieser Form noch keinem Komponisten zuteil wurde. Die Einlagerung der Mikrofilmsicherung im Barbarastollen bewahrt dieses wertvolle Kulturerbe für mindestens die nächsten fünf Jahrhunderte und ermöglicht es späteren Generationen, das Werk und die herausragende, einzigartige Person Beethoven auch in ferner Zukunft zu erleben.



Tonnen zur Aufbewahrung der Mikrofilrollen.
(Fotos: Stefanie Holzem / BBK)

Sabina Libertini studierte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn „Deutsch-Italienische Studien“. Die Germanistin und Italianistin arbeitete über 4 Jahre als wissenschaftliche Hilfskraft in der Bildersammlung des Beethoven-Haus Bonn. Nach jahrelanger Tätigkeit im Verlagsmarketing wirkt sie seit 2020 als BBK-Mitarbeiterin im Kulturgutschutz an Projekten der Bundessicherungsverfilmung, unter anderem der Farb-Mikroverfilmung des Nachlasses von Ludwig van Beethoven sowie der Mikrofilmdokumentation des Kulturgutes Karneval (MiDoKa) mit.

Orten auf verbessertem Niveau

Lebenszeichenerkennung von verschütteten Personen (LUPE+)

Julia Porcas



Der kritischste Faktor nach dem Einsturz von Gebäuden, beispielsweise aufgrund eines Erdbebens oder einer Gasexplosion, ist die Zeit. Verschüttete sind oft schwer verletzt und benötigen umgehend medizinische Hilfe. Der Erfolg der Suchmaßnahmen hängt daher maßgeblich davon ab, wie schnell und wie zielgerichtet und dass

am richtigen Ort gesucht wird. Das ist mit derzeitigen Ortungsmethoden oft schwieriger als man denkt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)-Forschungsprojekt „Lebenszeichenerkennung von verschütteten Personen (LUPE+)“ nimmt sich dieser Herausforderungen an und versucht ihnen mit innovativer Technologie zu begegnen.

Lücken schließen

Die Rettung von Überlebenden hat immer Vorrang vor der Bergung von Toten. Die Aufgabe liegt darin, festzustellen, ob und wo sich unter den Trümmern Überlebende befinden. Nur so kann eine schnelle, zielgerichtete Rettung und Bergung eingeleitet werden.



Fachgruppe Ortung bei der Nutzung einer Endoskopkamera.

Mit den zur Verfügung stehenden Technologien ist derzeit keine gezielte Ortung von Personen möglich, vielmehr muss ein Trümmerfeld systematisch abgesucht werden. Dabei werden zwei verschiedene Arten der Ortung eingesetzt: Die biologische Ortung mit Hunden, die in der Regel zuerst eingesetzt wird, um den Suchbereich grob einzugren-

zen. Anschließend werden dann die technischen Ortungsgruppen genutzt, die mit Endoskop-Kameras oder über akustische Systeme versuchen, Verschüttete zu lokalisieren. Die vorhandenen Möglichkeiten der Ortung beinhalten aktuell einige Schwächen:

- Rettungshunde können nicht immer eine Witterung aufnehmen, weshalb in der Regel mehrere Rettungshunde im selben Gebiet eingesetzt werden müssen. Auch brauchen die Hunde aufgrund der hohen Anstrengung immer wieder Pausen, was wertvolle Zeit kosten kann.
- Die Einsatzkräfte müssen immer den Trümmerberg betreten. Wenngleich deren eigene Sicherheit höchste Priorität hat, begeben sie sich damit in eine gefährliche Situation. Auch können sie auf dem Trümmerfeld durch rutschende Trümmerteile Verschütteten weitere Verletzungen zufügen.
- Die aktuellen Techniken zur akustischen Detektion erfordern ein aktives Handeln der Verschütteten (z. B. Rufe, Klopfen etc.).
- Die Reichweite der Technik ins Innere der Trümmer ist begrenzt, eine zielgenaue Lokalisierung oft nicht möglich.

Hieraus ergab sich der Anknüpfungspunkt für die Sicherheitsforschung und das Projekt LUPE+. Für das Projekt wurde das Ziel formuliert, Verschüttete schneller zu finden und einen Beitrag zur Steigerung der Einsatzeffizienz zu leisten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert das von 2019 bis 2020 terminierte Projekt LUPE+ im Rahmen des Programms „Anwender - Innovativ - Forschung für die zivile Sicherheit“.

Verschüttete schneller finden

LUPE+ befasst sich mit der Realisierung eines Radarsystems bestehend aus fünf vernetzten Radarmodulen. Diese können aufgrund ihrer kompakten Bauform mit einer Drohne in einem Schadensgebiet eingesetzt werden. Alle gesendeten und reflektierten Radarwellen werden einer gemeinsamen, synchronen Signalverarbeitung zugeführt. Verschüttete können anhand spezifischer Signaturen für Herzschlag und / oder Atmung in den Reflexionssignalen detektiert und lokalisiert werden. LUPE+ geht außerdem der Frage nach, in welchem Umfang die Radarortung Aussagen zum Gesundheitszustand von Verschütteten ermöglicht, wodurch Sanitätsorganisationen eine Priorisierung (Triage) bei den Rettungsmaßnahmen vornehmen könnten. So können über das System Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand sowie die Position der gesuchten Menschen gezogen werden. Eine Rettung kann so voraussichtlich deutlich schneller und zielgerichteter erfolgen, was Überlebenschancen Verschütteter erheblich erhöht.

Das Fraunhofer FHR entwickelt die radarbasierte Sensorik zur Bestimmung der Vitalparameter von Verschütteten sowie deren Lokalisation. Die Indurad GmbH verantwortet den Aufbau eines effizienten ad hoc Datennetzes, welches die Kommunikation aller Teilsysteme untereinander und die Möglichkeit einer drahtlosen Synchronisation mit hoher Präzision ermöglicht. Das THW ist im Projekt LUPE+ Konsortialführer und sowohl für die wissenschaftliche Begleitung als auch für die Sicherstellung der Anwenderrelevanz zuständig. Dies beinhaltet eine ständige Rückkopplung mit den THW-Ortungsfachgruppen, die Durchführung von Flug- und Feldtests und die Entwicklung von Ausbildungsmedien sowie Schulungen für die THW-Anwenderinnen und Anwender.

Aufgrund seiner Expertise in der Lokalisierung von Verschütteten, sowie mit Triage und Patientenversorgung wird auch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in das Forschungsprojekt einbezogen. Das DRK soll aus Sicht einer Sanitätsorganisation das Anforderungsprofil mitentwickeln und am Ende auch den Nutzen der Aussagen über die Vitalparameter von Verschütteten bewerten.

Neue Techniken richtig vermitteln

Das im Rahmen des Projektes LUPE+ entwickelte Radarsystem wird durch die Fähigkeit zur dreidimensionalen Lokalisierung von Verschütteten die Leistungsfähigkeit bisheriger Technologien voraussichtlich weit übertreffen. Der Unterschied liegt in der Präzision, wodurch eine exaktere, schnellere Ortung von Verschütteten möglich ist. Der Einsatz dieser neuen Technologie bedarf allerdings auch der Änderung einsatztaktischer Vorgehensweisen im THW und einer Erweiterung von Schulungsunterlagen sowie Lehrgangsinhalten.

Ein Schwerpunkt des THW in dem Projekt LUPE+ ist es, sich allen Aspekten des neuen Systems zu widmen. Dazu gehört es, das Potenzial der genutzten Drohne und des Ge-

samtsensorsystems zu verstehen, um es bestmöglich einsetzen zu können. Multiplikatoren sowie Ausbilder und Ausbilderinnen sollen dieses neue Wissen unter Berücksichtigung der Grundsätze der Erwachsenenpädagogik vermitteln und im THW die Akzeptanz für diese neuen Einsatzmittel schaffen.



Die SEEBKA-Kräfte bei der Suche und Ortung auf den Trümmern eines Hauses. (Fotos: THW)

Eine übergreifende Zusammenarbeit sowie Abstimmung, nicht nur mit den Projektpartnern, sondern auch innerhalb diverser Fachgremien, mit ehrenamtlichen Helfern und in den THW-Ausbildungszentren sind hierzu erforderlich. Das Üben von Flugmanövern, die Kenntnis von sicherheitsrelevanten und rechtlichen Vorschriften, von Handlungskonzepten im Einsatz sind ebenso erforderlich, wie das Trainieren des Aufbaus und der Bedienung des Systems in verschiedenen Trümmerstellen. Die technischen Grundlagen müssen in Form von neuen Schulungen, Ausbildungsmedien und Handbüchern den relevanten Einsatzkräften vermittelt werden. Praktische Erfahrungen müssen auf verschiedenen Trainingsgeländen erlangt werden. Dort sind beispielsweise unter Schuttkegeln verschiedene Röhren verbaut, in denen Menschen die „Verschütteten“ mimen und detektiert werden müssen.

Die bisher erzielten Ergebnisse lassen mit Zuversicht auf die Systementwicklung und das Projektende blicken. Zum Projektabschluss wird das System einem breiten Kreis von Anwendern bzw. Anwenderinnen öffentlich demonstriert werden.

Wie vorbereitet sind deutsche Großstädte auf einen Blackout?

Alice Knauf

15 Jahre ist es her, dass das Schneechaos im Münsterland im November 2005 dazu führte, dass für 250 000 Menschen plötzlich das Licht ausging. Große Schneelasten und hohe Windgeschwindigkeiten hatten mehrere Strommas-

Dieser Frage ist ein Projekt an der Technischen Universität Darmstadt nachgegangen. Hier wurde untersucht, inwieweit sich die Berufsfeuerwehren als lokale Katastrophenschutzämter kreisfreier Großstädte auf das Szenario

eines langanhaltenden, überregionalen Stromausfalles vorbereiten.³ Für die Untersuchung wurden die Katastrophenschutzämter der Städte zu einer Onlineerhebung eingeladen. Insgesamt wurden 68 Städte zur Teilnahme aufgefordert. 49 Städte (über 70%) haben teilgenommen und so eine gute Datenbasis für die Auswertung generiert. Das Ergebnis: 40 Ämter, das entspricht 82% der Ämter der Erhebung, geben an, sich mit dem Szenario zu beschäftigen (Abbildung 1). Drei weitere Ämter beschäftigen sich lediglich mit Stromausfällen mit kürzerer Dauer oder Ausdehnung und neun Ämter beschäftigen sich mit diesen in keinerlei Ausmaß.⁴

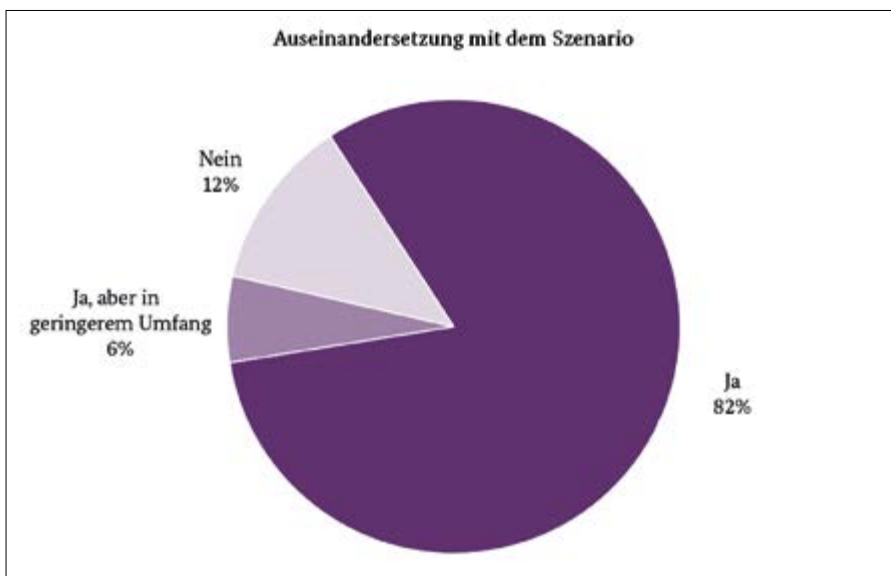


Abbildung 1: Antworten auf die Frage: „Wurde oder wird sich in Ihrer Behörde mit einem langanhaltenden (<24 Stunden), überregionalen (keine Hilfe aus dem direkten Umland) Stromausfall beschäftigt?“ (Quelle: in Anlehnung an Knauf 2020: 89)

Doch wie umfangreich sieht die Vorbereitung in den Ämtern aus, die sich mit dem Szenario beschäftigen?

Auch dazu lieferte die Erhebung Aufschluss. In einem Katalog von Maßnahmen, der auf Basis der Empfehlungen und Leitfäden der Länder Hessen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, des Regierungsprä-

ten zum Einknicken gebracht. Für 20 000 Menschen sollte der Strom erst wieder nach fünf Tagen oder später fließen.¹ Kaum ein Artikel zu dem Thema Stromausfall wird seitdem in Deutschland publiziert, ohne dass die umgeknickten Strommasten von damals abgebildet werden. Sie halten uns die Verletzlichkeit der modernen Gesellschaft vor Augen, welche die Abhängigkeit von einer funktionierenden Stromversorgung mit sich bringt. Um die Folgen des Ausfalles abzufangen und zum Normalzustand zurückzufinden wurden damals überregional Helfer hinzugezogen.² Ohne diese Hilfe wäre die Bewältigung deutlich schwieriger und langwieriger gewesen. Die Frage drängt sich damit auf, wie gewappnet man in Deutschland für einen langanhaltenden und überregionalen Stromausfall ist, in dem diese überregionalen Kräfte nicht zur Verfügung stehen.

schluss. In einem Katalog von Maßnahmen, der auf Basis der Empfehlungen und Leitfäden der Länder Hessen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, des Regierungsprä-

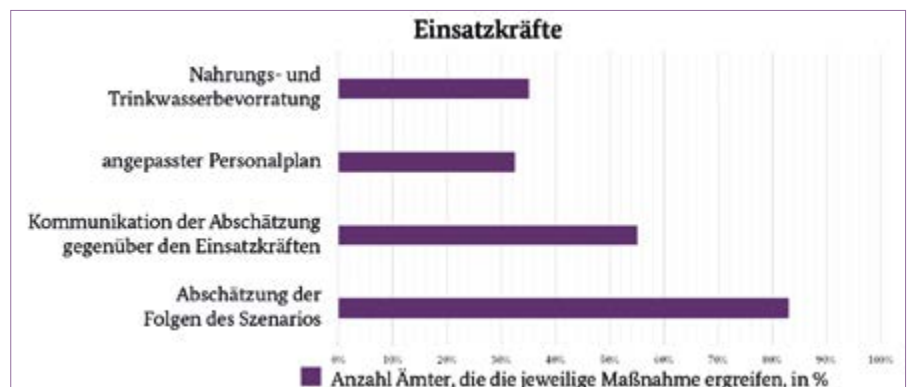


Abbildung 2: Maßnahmen im Bereich Einsatzkräfte (Quelle: eigene Darstellung)

sidiums Karlsruhe sowie Gesprächen mit Experten aus Forschung und Praxis entstanden ist, konnten die Katastrophenschutzämter jene Maßnahmen auswählen, die sie

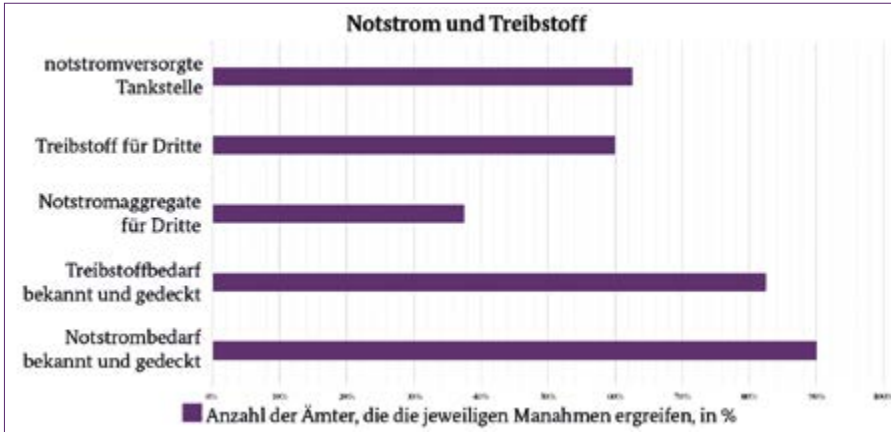


Abbildung 3: Maßnahmen im Bereich Treibstoff und Notstrom. (Quelle: eigene Darstellung)

Im Bereich Notstrom und auch Treibstoff zeigt sich, dass über 80 % der Ämter, die sich grundsätzlich mit dem Szenario beschäftigen, ihren eigenen Notstrom- und Treibstoffbedarf kennen und einen Plan haben, wie dieser gedeckt werden kann (Abbildung 3). In circa 30 % der Fälle existieren Notstromaggregate über den eigenen Bedarf hinaus. Diese könnten also Dritte mit Notstromaggregaten versorgen. Für Treibstoff gilt dies in rund 60 % der Fälle. In ebenso 60 % der Fälle existiert ein Zugriff auf eine notstromversorgte Tankstelle. Treibstoff kann also häufiger als Notstromaggregate

vor Ort ergriffen haben. Dabei wurden sowohl die internen Vorbereitungen im Katastrophenschutzamt in den Bereichen Einsatzkräfte, Notstrom und Treibstoff als auch die Zusammenarbeit der lokalen Katastrophenschutzämter mit den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), den Betreibern kritischer technischer Infrastrukturen und der städtischen Verwaltung betrachtet.

Im Bereich der Einsatzkräfte ist positiv festzustellen, dass in den meisten Ämtern (80 %), die sich grundsätzlich mit dem Szenario beschäftigen, auch eine Folgeabschätzung für das Szenario für den eigenen Betrieb des Amtes besteht (Abbildung 2). Die Erkenntnisse aus der Abschätzung werden den Einsatzkräften jedoch bei weitem nicht immer auch kommuniziert. Noch seltener werden an die voraussichtlich geringe Verfügbarkeit von Einsatzkräften angepasste Personalpläne erstellt oder Nahrungsmittel- und Trinkwasservorräte für die Einsatzkräfte vorgehalten. Die Abschätzung alleine führt also nicht dazu, dass entsprechende Vorbereitungen getätigt werden, um die Verfügbarkeit der Einsatzkräfte im Szenario sicherzustellen.⁵

von den Katastrophenschutzämtern an Dritte weitergegeben werden. Beides ist aber längst nicht selbstverständlich.⁶

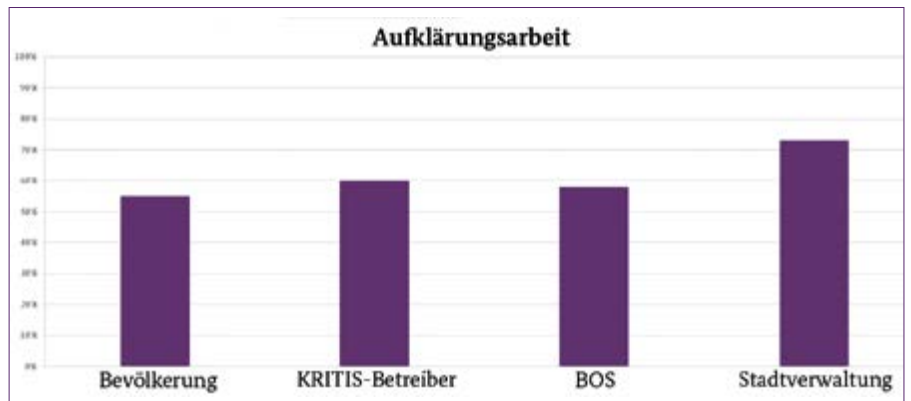


Abbildung 4: Adressaten von Aufklärungsarbeit. (Quelle: eigene Darstellung)

Es ist weder Aufgabe der lokalen Katastrophenschutzämter, noch können sie die Versorgungsausfälle durch eigene Ressourcen in der Breite kompensieren. Umso wichtiger ist die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren, die ebenfalls eine Verantwortung bei der Vorbereitung auf das Ausfallszenario tragen, wie z.B. die Bevölkerung, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), Betreiber technischer kritischer Infrastrukturen (KRITIS) und die städtische Verwaltung. Gegenüber diesen kann das lokale Katastrophenschutzamt als Initiator auftreten, indem es über das Szenario informiert. Diese Aufklärungsarbeit wird vom Katastrophenschutzamt in über der Hälfte der Fälle gegenüber allen genannten Stakeholdern in einem nicht näher spezifizierten Umfang geleistet (Abbildung 4). Die Häufigkeit, mit der die verschiedenen Stakeholder befragten Ämtern als Adressat genannt werden, unterscheiden sich zwischen den verschiedenen Stakeholdern nur gering. Lediglich die Stadtverwaltung wird auffällig häufiger adressiert als die anderen Akteursgruppen.

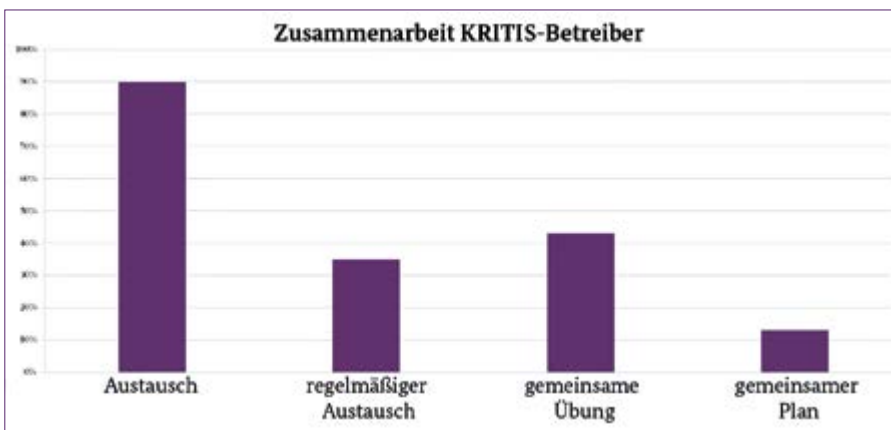


Abbildung 5: Zusammenarbeit mit KRITIS-Betreibern (Quelle: eigene Darstellung)

Gegenüber diesen kann das lokale Katastrophenschutzamt als Initiator auftreten, indem es über das Szenario informiert. Diese Aufklärungsarbeit wird vom Katastrophenschutzamt in über der Hälfte der Fälle gegenüber allen genannten Stakeholdern in einem nicht näher spezifizierten Umfang geleistet (Abbildung 4). Die Häufigkeit, mit der die verschiedenen Stakeholder befragten Ämtern als Adressat genannt werden, unterscheiden sich zwischen den verschiedenen Stakeholdern nur gering. Lediglich die Stadtverwaltung wird auffällig häufiger adressiert als die anderen Akteursgruppen.

Neben dem initiierenden Auftreten gegenüber den Stakeholdern empfiehlt sich auch ein regelmäßiger Austausch, die Entwicklung von gemeinsamen Plänen und das gemein-

insgesamt stellt sich auf Basis der Erhebung der Arbeitsstand in Vorbereitung auf das Szenario zwischen den Städten als sehr heterogen dar. Viele der lokalen Katastrophenschutzämter beschäftigen sich mit dem Szenario. Häufig sind Folgenabschätzungen, Bedarfsanalysen und Pläne zum Decken des eigenen Bedarfs im Bezug auf Notstromaggregate und Treibstoff vorhanden. Es zeigt sich aber auch, dass die meisten Großstädte in ihrer Arbeit zum Szenario vom Ideal des integrierten Risiko- und Krisenmanagements noch ein gutes Stück entfernt sind. Als einer der Gründe hierfür hat sich in verschiedenen Untersuchungen Personalmangel in den Katastrophenschutzämtern gezeigt.^{9, 10} Innerhalb der Erhebung ist dies auch der durch die Katastrophenschutzämter am

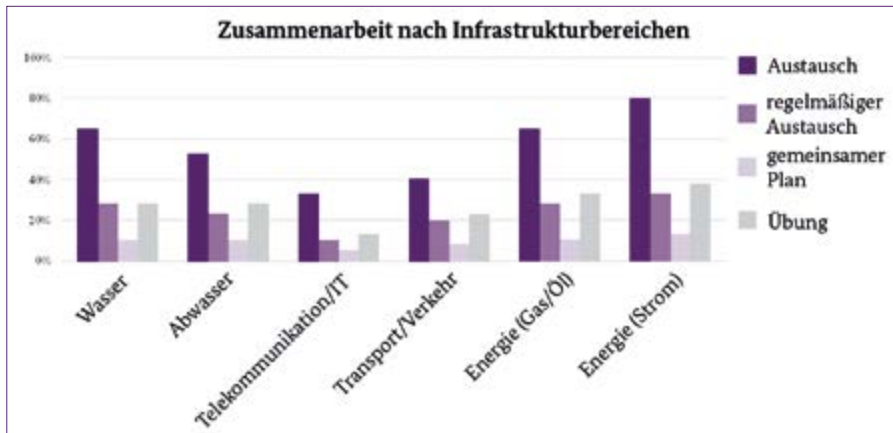


Abbildung 6: Zusammenarbeit nach Infrastrukturbereichen (Quelle: eigene Darstellung)

same Beüben des Szenarios. In diesem Kontext hat das BBK 2018 einen Leitfaden zum Integriertem Risiko- und Krisenmanagement entwickelt, der als DIN SPEC veröffentlicht wurde.⁷ Dabei stand die Zusammenarbeit der Katastrophenschutzämter mit den Betreibern Kritischer Infrastrukturen im Fokus. Empfohlen wird der Austausch bis hin zu gemeinsamen Plänen. Die Daten der Erhebung zeigen, dass ein einmaliger Austausch zwischen den Katastrophenschutzämtern mit mindestens einem Betreiber Kritischer Infrastrukturen häufig bereits existiert (Abbildung 5). Seltener hingegen sind ein regelmäßiger Austausch und gemeinsame Pläne. Auch bei Übungen wird erst in circa 40% der Fälle zusammengearbeitet.⁸

häufigsten genannte Faktor, der gegen eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Thema innerhalb der eigenen Behörde spricht. Für acht Katastrophenschutzämter waren hingegen die Ereignisse im Münsterland vor 15 Jahren Anlass zur Auseinandersetzung mit dem Szenario. Von dem Schneechaos im Münsterland bleibt also neben dem Bild der umgeknickten Strommasten auch ein höheres Schutzniveau – zumindest in einigen Städten.

Diese Arbeit wurde teilweise durch die LOEWE Initiative des Landes Hessen im Rahmen des LOEWE-Zentrums emergenCITY gefördert und teilweise durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Graduiertenkolleg KRITIS gefördert.

Betrachtet man, mit welchen KRITIS-Betreibern zusammengearbeitet wird, so stellt man fest, dass am häufigsten Energieversorger adressiert werden (Abbildung 6). Als primär betroffene Infrastruktur vom Szenario ist dies wenig überraschend. Auch vergleichsweise häufig ist eine Zusammenarbeit in den Bereichen Wasser und Abwasser festzustellen. Selten findet hingegen eine Zusammenarbeit mit Betreibern aus den Bereichen Transport und Verkehr sowie Telekommunikation und IT statt. Die Initiative zum Austausch oder der Zusammenarbeit kann dabei sowohl vom Betreiber der Kritischen Infrastrukturen als auch von dem lokalen Katastrophenschutzamt ausgehen. In der Praxis lassen sich für beide Wege Beispiele finden.

Dr. Alice Knauf arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich „Vergleichende Analyse politischer Systeme und Integrationsforschung“ unter der Leitung von Prof. Dr. Michèle Knodt an der TU Darmstadt. Hier forscht sie im durch das Land Hessen geförderten LOEWE-Exzellenzzentrum „emergenCITY“ in einem interdisziplinären Team zu der Resilienz digitaler Städte.

- Anmerkungen**
- 1 Bundesnetzagentur, Untersuchungsbericht über die Versorgungsstörungen im Netzgebiet des RWE im Münsterland vom 25.11.2005, Bonn 2006.
 - 2 Ebd.
 - 3 Die Daten entstammen einer Erhebung, die im Rahmen des Graduiertenkollegs KRITIS durchgeführt wurde.
 - 4 Knauf, Alice, Urbane Resilienz gegenüber Stromausfällen in deutschen Großstädten, [S.l.] 2020.
 - 5 Ebd.
 - 6 Ebd.
 - 7 DIN SPEC 91390:2019-12, Integriertes Risikomanagement für den Schutz der Bevölkerung, Berlin.
 - 8 Knauf, Urbane Resilienz gegenüber Stromausfällen in deutschen Großstädten [wie Anm. 4].
 - 9 Maduz, Linda/Florian Roth/Tim Prior, Preventing and Managing Large-Scale Disasters in Swiss Cities, Zürich 2016.
 - 10 Knauf, Urbane Resilienz gegenüber Stromausfällen in deutschen Großstädten [wie Anm. 4].

ASB hilft Geflüchteten auf Lesbos

Wie Freiwillige Nothilfe nach dem Brand in Moria leisten

Als das griechische Flüchtlingscamp Moria brannte, verloren rund 12.000 Menschen binnen einer Nacht ihr Dach über dem Kopf. Viele warteten Jahre vergeblich darauf, von der Insel Lesbos endlich weiter auf das europäische Festland reisen zu dürfen. Mit dem Brand verloren sie auch noch das Wenige, was ihnen nach ihrer Flucht über das Mittelmeer geblieben war.

Europas größtes Flüchtlingslager Moria befand sich auf der griechischen Insel Lesbos und wurde am 9. September durch ein Feuer zerstört. Nur wenige Kilometer vom alten Lager entfernt entstand in Kara Tepe eine neue Unterkunft für die Geflüchteten. Rund 7.000 Menschen leben nun auf dem kargen ehemaligen Militärgelände, darunter 2.500 Kinder.



Das ASB-Schnelleinsatzteam FAST auf Lesbos.
(Foto: asb-fast / @ ASB)

Der ASB entsandte sein Schnelleinsatzteam FAST, das auf Lesbos einen Monat lang im Einsatz war.

Die Errichtung einer Zeltstadt in dieser Größenordnung ist ein logistischer Kraftakt, der unter starkem Zeitdruck

bewältigt werden musste. Um den geflüchteten Menschen während der Aufbauphase basismedizinisch zu versorgen, hat das ASB-Team die Camp-Bewohner in Zeltambulanzen medizinisch betreut.

Überlastung bestehender Strukturen verhindern

„Unsere ehrenamtlichen Teams behandelten überwiegend Haut-, Durchfall- und Atemwegserkrankungen und nahmen kleinere operative Eingriffe vor. Unsere Arbeit trug dazu bei, eine Überlastung der bestehenden Strukturen auf Lesbos zu verhindern“, sagt Dr. Daniel Peter, Facharzt für Hygiene und Umweltmedizin bei den Kölner Kliniken, der den Einsatz medizinisch koordinierte.

Die freiwilligen Helferinnen und Helfer sind Spezialisten auf ihrem jeweiligen Fachgebiet: zehn Ärzte, sechs Rettungsdienstmitarbeiter und eine Krankenschwester sowie zwei Logistik-Experten waren im Einsatz, der vom Auswärtigen Amt finanziert wurde. Während sich die Ärztinnen und Ärzte um Patienten kümmerten, beschafften die Logistiker Medikamente oder anderen Nachschub und sorgten für einen reibungsfreien Ablauf. Die beiden ASB-Teams waren für jeweils zwei Wochen im Einsatz und wechselten einander ab.

Herausfordernder Einsatz im Corona-Winter

War es im September noch vergleichsweise warm, verschlechterte sich das Wetter im anrückenden Winter zusehends. Im Dezember goss es tagelang in Strömen, Zelte überfluteten, das Wasser floss nicht ab. Lange Zeit gab es nicht genug Duschen, Menschen mussten sich im kalten Meer waschen. In den beengten Verhältnissen ist es schwer, Abstand zu halten. In der Folge nahmen Krankheiten zu, Krätze und Atemwegserkrankungen machten den Menschen zu schaffen.

Erschwerend kam Corona hinzu: Viele Bewohner fürchteten sich vor einer Ansteckung mit Covid-19, das breite Spektrum an Symptomen wie Husten, Schnupfen und Erkältung schürte die Unsicherheit, an dem Virus erkrankt zu sein.



FAST-Freiwilliger Felix Fellmer (l.) half einer jungen Mutter.
(Foto: asb-fast-lesbos-kind / @ASB)

Patienten mit Verdacht auf Corona wurden in einer separaten Isolierstation untergebracht. Hier konnten die Experten von FAST ihre Erfahrung bei der Bekämpfung ansteckender Krankheiten einbringen. Als eines der wenigen Schnelleinsatzteams weltweit ist das First Assistance Samaritan Team speziell für die Eindämmung übertragbarer Krankheiten ausgebildet. Wegen dieser Qualifizierung ist das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zertifizierte Team in diesem Jahr besonders gefragt: „Unsere Freiwilligen bringen viel Know-how aus ihrem Arbeitsalltag und unseren Hygiene-Schulungen mit, wie sie sich und ihre Patienten vor Infektionen schützen können. Der Fokus unseres Teams auf die Durchkreuzung von Infektionswegen kommt uns in Kara Tepe sehr zugute“, sagt Einsatzleiter Carsten Stork.

Neben den Einschränkungen gab es im Einsatz immer wieder auch Lichtblicke. Etwa als der Chirurg und FAST-Freiwillige Felix Fellmer während der Fahrt ins Krankenhaus einer jungen Mutter bei der Geburt ihres Kindes assistierte: „Dass sich auch an so einem Ort das Leben seinen Weg bahnt, hat mich persönlich sehr berührt. Ich wünsche dem kleinen Jungen und seiner Mutter, dass sie das Lager bald verlassen und ein Leben in Sicherheit und Frieden führen können.“

Die Zukunft des Ehrenamtes im THW

Die Welt hat sich verändert im Lauf der vergangenen Jahre. Die Anforderungen an ehrenamtliche Einsatzkräfte des Zivil- und Katastrophenschutzes steigen in Zeiten des Klimawandels und vermehrter Gefahrenlagen wie der gegenwärtigen Corona-Pandemie enorm an. THW-Kräfte unterstützten im vergangenen Jahr in rund 1.200.000 Einsatzstunden Menschen in Notlagen. Diese Einsätze wären ohne die Helferinnen und Helfer des THW nicht möglich. Doch auch die Rahmenbedingungen, unter denen das THW um Nachwuchs an Ehrenamtlichen wirbt, haben sich durch gesellschaftlichen Wandel gravierend verändert. Um diesen Herausforderungen zu begegnen startete das THW im September 2020 eine neue Werbekampagne, mit dem Ziel neue Einsatzkräfte zu gewinnen, stärkte seine Jugendarbeit und bietet seit dem Jahr 2019 bis zu 2.000 Stellen für Bundesfreiwilligendienstleistende im THW an.

Es gibt in der Zukunftsforschung das Modell der „Megatrends“. Megatrends sind langfristige, weltweite und übergreifende Entwicklungen. Sie beeinflussen unser aller Leben und damit auch das THW als Organisation. Es sind Entwicklungen, die zum großen Teil schon begonnen haben, aber in die Zukunft weisen und Richtungen vorgeben. Ein bekannter globaler Trend, der sich regional sehr unterschiedlich ausprägt ist das Bevölkerungswachstum. Bis 2050 geht die UN-Bevölkerungsprojektion 2019 weltweit von einem Anstieg auf voraussichtlich 9,7 Milliarden Menschen aus.

Die Bevölkerung Deutschlands wird laut Prognosen jedoch weniger und im Durchschnitt älter. Es wird viel mehr alte und deutlich weniger junge Menschen in Deutschland geben. Der demografische Wandel in Deutschland betrifft das THW im Kern. Denn die Altersstruktur der THW-Angehörigen war in den vergangenen Jahren stark durch die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 geprägt: Die Jahrgänge der ehemaligen Wehrrersatzdienstleistenden stellen zahlenmäßig die größten Altersgruppen (26- bis 35-Jährige und 36- bis 45-Jährige) unter den Ehrenamtlichen; abgesehen von der THW-Jugend. Die jüngeren Jahrgänge (18- bis 25-Jährige) wuchsen ab 2011 nicht mehr in gewohnter Stärke nach. Doch erfreulicherweise



Die im Herbst 2020 gestartete Werbekampagne des THW richtet sich an festgelegte Zielgruppen.

steigt 2019 die Zahl der THW-Helferinnen und -Helfer mit 79.543 erstmals wieder über das Niveau von 2016 (79.514 Ehrenamtliche). 2020 verbuchte das THW mehr als 4.300 Neueintritte, rund 43 Prozent der neu gewonnenen THW-Kräfte sind unter 35 Jahre alt. Rund 80.000 Ehrenamtliche engagieren sich aktuell insgesamt im THW.

Herausforderung angenommen

Abseits der demografischen Entwicklungen stellen außerdem Veränderungen in der Arbeitswelt, verändertes Freizeitverhalten und die Digitalisierung das THW vor die Herausforderung, seine Nachwuchskräfte auf dem „Markt“ potenzieller Helferinnen und Helfer zielgenau anzusprechen. Damit das THW im Wettbewerb um zukünftige Ehrenamtliche mit anderen Organisationen gut sichtbar und interessant bleibt, entwickelte eine Arbeitsgruppe aus haupt- und ehrenamtlichen THW-Angehörigen von 2018 bis 2020 die „Marketingstrategie 2020+ – Einsatzkräfte für die Zukunft gewinnen“. Die Gruppe setzte sich aus allen THW-Ebenen unter Federführung des Referates Ehrenamt der THW-Leitung zusammen. Eine externe Beraterin begleitete und beriet die THW-Kräfte dabei. Die Marketingstrategie 2020+ beinhaltet umfassende und bundesweit einheitliche Werbemaßnahmen, die auf acht unterschiedliche, klar definierte Zielgruppen zugeschnitten ist. Die THW-Arbeitsgruppe legte drei interne und fünf externe Zielgruppen fest: Unter den THW-Angehörigen spricht die neue Werbekampagne vor allem weniger Aktive, THW-Jugendliche und ehemalige Helferinnen und Helfer an. Rund um diesen Kreis der THW-Kernfamilie adressieren die Werbemaßnahmen Nahestehende aus dem persönlichen Umfeld der THW-Kräfte, junge Erwachsene zwischen 18 und 27 Jahren, Frauen, Spezialistinnen und Spezialisten sowie Kinder und Jugendliche im Alter ab sechs Jahren.

Deine Zeit ist jetzt: THW startete bundesweite Werbekampagne

Anfang September 2020 startete das THW als Umsetzung der Marketingstrategie seine deutschlandweite Werbekampagne mit dem Slogan: „Deine Zeit ist jetzt.“

Das Motto ist ein Aufruf an alle, die Menschen in Notsituationen helfen möchten. Dieser Gedanke spiegelt sich in den einheitlichen Kampagnenmotiven wider: Gemeinschaftsgefühl, gegenseitiger Respekt und die Bereitschaft, alles zu geben. Darauf kommt es beim THW an. Neben Fernsehspots umfasst die Kampagne Großflächenplakate und Online-Werbung. Interessierte können sich auf der Kampagnen-Website jetzt.thw.de über ein ehrenamtliches Engagement beim THW informieren. Für die ehrenamtlichen THW-Ortsverbände stehen spezifische Maßnahmenpakete seit dem 4. Quartal 2020 zur Verfügung. Mit diesen können die Ortsverbände passgenau auswählen, welche Zielgruppe sie in ihrem Umfeld ansprechen wollen und mit welcher Aktion.



Im Februar 2020 lief die Bufdi-Kampagne des THW an, die auf Schülerinnen und Schüler, Arbeitssuchende und Menschen im oder kurz vor dem Ruhestand ausgerichtet ist. (Fotos: THW)

Aus der THW-Jugend in den aktiven Einsatzdienst

Damit Jugend-Ausbilderinnen und -Ausbilder THW-Jugendliche ab 17 Jahren während ihrer Übergangsphase aus der THW-Jugend in einen aktiven Einsatzdienst noch besser fördern können, stärkte das THW seine Jugendarbeit. Im vergangenen Jahr richteten zum Beispiel zahlreiche Ortsjugendgruppen virtuelle Jugenddienste ein, um während der Kontaktbeschränkungen Austausch, Übungen und die Prüfungsvorbereitung aufrecht zu halten.

Bundesfreiwilligendienst als Einstieg ins THW

Neben einem Engagement als Einsatzkraft können Interessierte einen Bundesfreiwilligendienst im THW machen. Egal ob 18 oder 58 Jahre alt; Menschen jeden Alters, die sich in einem freiwilligen Jahr orientieren möchten, bietet ein Bundesfreiwilligendienst im THW viele Aufgaben von Technik bis Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem haben alle Bundesfreiwilligendienstleistenden (Bufdis) im THW die Möglichkeit, eine vollständige THW-Grundausbildung abzuschließen. Innerhalb ihres freiwilligen Jahres befassen sie sich ausgiebig mit dem ehrenamtlichen Bevölkerungsschutz und entscheiden sich im Idealfall Einsatzkraft im THW zu werden. Die BFD-Initiative spricht somit auch abseits der Zielgruppen der Marketingstrategie 2020+ Menschen an, die sich freiwillig engagieren wollen.

Ob die Strategien des THW, neue ehrenamtliche Einsatzkräfte zu gewinnen, weiterhin erfolgreich sind und die Gesamtzahl der THW-Helferinnen und -Helfer den Aufwärtstrend fortsetzt, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.



DLRG Bezirk Oberelbe setzt künftig auf Mehrweggeschirr

Mobiler Geschirrspüler für Einsatzkräfte

Der DLRG Bezirk Oberelbe, der zum Landesverband Hamburg gehört, geht neue und nachhaltige Wege: Statt wie bisher Speisen und Getränke für die Einsatzkräfte mit Einmal-Plastikgeschirr zu reichen, wird die Verpflegung künftig mit Mehrweggeschirr serviert. Dafür wurde im Jahr 2020 ein neuer Spezialanhänger – ein Geschirrmobil – beschafft.

Hans-Dieter Struck, Bezirksleiter in Oberelbe, unterstrich bei der Übergabe des Anhängers die Bedeutung der Neanschaffung für Umwelt und Nachhaltigkeit: Die DLRG Oberelbe stelle im Katastrophenschutz des Kreises Herzogtum Lauenburg die einzige Logistik-Gruppe. Sie sei daher auch bei großen Einsatzlagen unter anderem für

die Versorgung der gesamten Katastrophenschützer des Kreises zuständig.

Entsprechend groß seien immer die Mengen an Plastikmüll. Angesichts des von der EU bereits beschlossenen Verbots von Einweggeschirr aus Plastik führe an Alternativen über kurz oder lang kein Weg vorbei. So sei zwar auch überlegt worden, auf andere Einmalprodukte auszuweichen. Dies sei jedoch verworfen worden, da es die Masse an Abfall nicht vermindere. Die Entsorgung der riesigen Müllberge nach Einsätzen bedeute für die Ehrenamtlichen der DLRG stets zusätzliche Arbeit. Außerdem würden die Einsatzkräfte beim Essen gern auf den Kampf mit zerbrechenden Messern und Gabeln oder zu heißen Bechern verzichten. Diesem Wunsch und gleichermaßen dem Umweltgedanken entspreche robustes Stahlbesteck.

In Zusammenarbeit mit der Firma Ewers Fahrzeugbau aus Meschede wurde in Folge dessen ein Prototyp des Geräteanhängers „Geschirrspülmobil“ (GA-25) für den Bezirk Oberelbe konzipiert. Der einachsige 2,5-Tonnen-Anhänger ist mit je 300 flachen Tellern, Suppentellern, Dessertschalen, Kaffeebechern, Messern, Gabeln, Löffeln, Teelöffeln und Trinkbechern bestückt. Für die Reinigung sind, neben einem Wasseranschluss, auch zwei Profi-Geschirrspülmaschinen von Winterhalter installiert. Zur Ausstattung des Anhängers gehört außerdem ein 14,1-kW-Stromerzeuger, um unabhängig vom Stromnetz agieren zu können, sowie ein pneumatischer



Das Geschirrmobil des DLRG Bezirks Oberelbe.

Beleuchtungsmast zur Aufnahme von Flächenbeleuchtungseinrichtungen (bspw. Powermoon oder Aldebaran 360 Grad). Durch einfädelfähige Planstoff-Seitenwände können zudem witterungsgeschützte Arbeitsbereiche um den Anhänger eingerichtet werden.

Die Neuanschaffung, an der sich der Kreis Herzogtum Lauenburg mit einem Zuschuss von etwa 15 Prozent beteiligt, wurde durch das Engagement von Sponsoren ermöglicht, die ein nachhaltiges Umweltprojekt für die gesamte Region unterstützen wollten. Künftig können auch andere Veranstalter und Organisationen aus der Region das Geschirmmobil für ihre Events ordern.

Heinz Schmalz-Markuse



Der einachsige 2,5-Tonnen-Anhänger.
(Fotos: DLRG)



Wer ein Ehrenamt innehat, ist besonders gefordert

Wie geht Engagement, wenn die Welt stillsteht? Wie funktioniert Zusammenhalt, wenn Kontaktverbot besteht? Angesichts des Internationalen Tags des Ehrenamts dankten der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF) allen Engagierten, die vor allem in Zeiten der Corona-Pandemie Besonderes leisten.

„Mehr als eine Million Menschen sind ehrenamtlich in unseren Freiwilligen Feuerwehren aktiv. Sie sind auch

unter den aktuellen widrigen Bedingungen im Einsatz“, dankte DFV-Vizepräsident Hermann Schreck. „Wer ein Ehrenamt innehat, war im Jahr 2020 besonders gefordert“, erklärte Schreck gemeinsam mit DJF-Bundesjugendleiter Christian Patzelt: „Unsere Ehrenamtlichen sind immer für andere da, auch wenn sie selbst durch die momentane Lage mehrfache Belastungen aushalten müssen – nicht nur durch ihr Engagement in der Feuerwehr, sondern auch durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Situation in Familie und Beruf.“

Auch bei den Nachwuchskräften und ihren Betreuerinnen und Betreuern gab es keinen Stillstand – ganz im Gegenteil: In den letzten Monaten schufen unzählige Jugendfeuerwehrwartinnen und -warte ebenso plötzlich neue und vielfältige Alternativangebote für die mehr als 270.000 Mitglieder bundesweit. „Wir sind sehr stolz auf den Ideen- und Facettenreichtum unserer Jugendfeuerwehren, ist diese Zeit doch insbesondere für viele Familien sehr herausfordernd“, betonte Patzelt. „Jugendfeuerwehrwartinnen und Jugendfeuerwehrwarte hielten überall den Kontakt zu den Nachwuchskräften beispiellos aufrecht. Sie setzten Übungsstunden digital um und lernten online

– gemeinsam und doch mit gebotenen Abstand. Schnell zeigte sich, wie kreativ Jugendfeuerwehr gestaltet werden kann.“

DFV-Vizepräsident Hermann Schreck und DJF-Bundesjugendleiter Christian Patzelt dankten auch all jenen Menschen, die das Engagement der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen mit ermöglichen – in Familie, Beruf, Ausbildung und Freundeskreis. „Nur durch dieses Netzwerk der Unterstützung ist es oft erst machbar, das Ehrenamt zuverlässig auszuüben – erst recht in der aktuellen Corona-Pandemie“, erklärten sie.



Ehrenamt gerade in der Corona-Pandemie wichtiger denn je

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat auf die große Bedeutung ehrenamtlichen Engagements besonders in der Coronakrise hingewiesen. „Die Corona-Pandemie hat in diesem Jahr gezeigt, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland ist. Ohne die Unterstützung der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in der Nachbarschaftshilfe, bei der Betreuung von Bedürftigen, Risikogruppen und Menschen in Not oder auch beim Aufbau von Corona-Teststationen wäre unsere Gesellschaft wesentlich ärmer. Was wir hier seit Jahresanfang erlebt haben, ist ein großer Akt der Solidarität“, sagt DRK-Präsidentin Gerda Hassfeldt anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes am 5.



Helfergruppe Corona-Hilfe Germersheim.
(Foto: DRK)

Dezember 2020. Eine besondere Rolle sieht Hasselfeldt auf die ehrenamtlichen Helfer in den nächsten Wochen beim Aufbau der zahlreichen Impfzentren in Deutschland zukommen. „Ohne ehrenamtliche Helfer wird das in der Startphase in vielen Fällen nicht gehen“, sagt die DRK-Präsidentin. In einigen Bundesländern werden die geplanten Corona-Impfzentren unter Federführung des Deutschen Roten Kreuzes betrieben.

Eine besondere Stärke des Deutschen Roten Kreuzes sei es, dass es seine Helferinnen und Helfer wie jetzt in der Corona-Krise auch für nicht vorhersehbare Einsätze schnell mobilisieren könne. Gleichzeitig müsse man allerdings auch darauf hinweisen, dass während der Coronapandemie die ehrenamtlichen Aktivitäten vor allem von älteren Helfern, die selbst zur Risikogruppe gehören, stark einge-

schränkt und viele persönliche Treffen zum Teil nicht mehr möglich seien.

In den vergangenen 15 Jahren sei das ehrenamtliche Engagement beim Deutschen Roten Kreuz auf bundesweit mehr als 443.000 Helferinnen und Helfer im Jahr 2019 angestiegen. Das DRK sei einer der größten ehrenamtlichen Organisationen in Deutschland. „Die Bereitschaft, sich zu engagieren, ist sehr groß. Es kann keine Rede davon sein, dass die Deutschen ein Volk von Egoisten sind“, sagt Hasselfeldt. Das Spektrum reiche vom Sanitätsdienst über Nachbarschaftshilfe, Wohlfahrt- und Sozialarbeit sowie Flüchtlingsbetreuung bis hin zum Einsatz in einem Hospiz oder bei der Wasserwacht und der Bergwacht. Allein im Jugendrotkreuz seien mehr als 139.000 junge Leute aktiv.



JOHANNITER
Aus Liebe zum Leben

EU-Katastrophenschutzverfahren: Deutschland wird Bevorratungsstandort für die EU

Koordination erfolgt durch die Johanniter-Unfall-Hilfe

Die Europäische Union baut, im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens (Unionsverfahren; Beschluss Nr. 1313/2013/EU) seit dem letzten Jahr gemeinsam mit den Mitgliedstaaten eine rescEU-Kapazität für medizinische Bevorratung auf, um bei höheren Bedarfen des Gesundheitswesens – wie aktuell in der Corona-Pandemie – vorbereitet zu sein.

Der Bevorratungsstandort in Deutschland wird nun im Rahmen des Projektes „rescEU stockpiling“ ausgebaut und

trägt so entscheidend dazu bei, die EU-Mitgliedsstaaten und Teilnehmerstaaten am EU-Katastrophenschutzverfahren bei Versorgungsengpässen schnell und effektiv zu unterstützen. Die Koordination des Gemeinschaftsprojekts mit einem Umfang von 108 Mio. Euro wird durch die Johanniter-Unfall-Hilfe erfolgen.

Bereits in der ersten Phase im Frühjahr 2020 wurden durch Rumänien und Deutschland, hier durch das DRK, dringend benötigte Schutzmaterialien im Rahmen von rescEU be-

schaft und verteilt. Im Zuge der zweiten Phase wurden im Sommer 2020 Standorte in Schweden, Dänemark, Griechenland und Ungarn errichtet. In der dritten Phase kommen Standorte in Deutschland, Belgien, Slowenien und den Niederlanden hinzu.

Auf die Ausschreibung haben sich in Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat die Johanniter-Unfall-Hilfe in Kooperation mit dem Deutschen Rote Kreuz und dem Malteser Hilfsdienst beworben. Der Zuschlag durch die EU-Kommission kam Ende Dezember. Das auf sieben Jahre angelegte Projekt wird durch die EU-Kommission zu 100 % aus Mitteln des EU-Katastrophenschutzverfahrens finanziert. Der Arbeiter-Samariter-Bund, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, das Bundesministerium für Gesundheit, das Robert-Koch-Institut und die Länder Brandenburg und Niedersachsen stehen beratend zur Seite.

Jörg Lüsslem, Mitglied des Bundesvorstands der Johanniter-Unfall-Hilfe, sagt dazu: „In dieses Projekt fließen die Erfahrungen aller Partner mit ein. Das macht das Projekt so stark: es baut auf die gut erprobte Zusammenarbeit der im Zivil- und Katastrophenschutz aktiven Hilfsorganisationen auf. Das Knowhow der Hilfsorganisationen wird mit dem Wissen der staatlichen Akteure vereint. Damit wird die rescEU-Kapazität ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von zukünftigen Mangelsituationen an Schutzausrüstung in der EU sein.“

Der Auftrag sieht vor, zum Beispiel FFP2-Masken, Mund-Nasen-Schutz, Schutzhandschuhe und PoC-Schnelltests zu beschaffen, einzulagern und zu pflegen, sowie im Bedarfsfall die logistische Verteilung zu organisieren. Dafür errichten die Johanniter ein Logistikzentrum in der Nähe des Frankfurter Flughafens. Das DRK errichtet ein Logistikzentrum in Halle /Leipzig.

Die Koordinierung zur Zusammenarbeit und zur Vereinbarung mit der Europäischen Kommission erfolgt dabei durch das Johanniter-Kompetenzzentrum für Europäischen Katastrophenschutz mit Sitz in Frankfurt und Hamburg. Das Kompetenzzentrum bündelt die Aktivitäten der



Ein Militärflugzeug bringt während der Corona-Pandemie am 25. April 2020 Schutzmasken aus Bukarest nach Mailand, als Teil der Operation rescEU. (Foto: EU/Piero Cruciatti (https://www.flickr.com/photos/eu_echo/))

Johanniter im Katastrophenschutzverfahren der Europäischen Kommission und führt seit vielen Jahren, ebenfalls gemeinsam mit Partnern, erfolgreich die EU MODEX-Katastrophenschutzübungsreihe im Auftrag der europäischen Kommission durch.

Das Frankfurter Team der Johanniter ist also für das Projekt bestens gerüstet. Die ersten Beschaffungen werden bereits für das Frühjahr 2021 vorbereitet, damit anderen Staaten bei Versorgungsengpässen schnell geholfen werden kann. Oliver Pitsch, Leiter des Johanniter-Kompetenzzentrum für Europäischen Katastrophenschutz, beschreibt die wesentlichen Kriterien der Beschaffung: „Soweit wie möglich sollen die Materialien bei Unternehmen in der EU beschafft werden, um lange Transportwege zu vermeiden. Neben dem ökologische Fußabdruck und dem Preis steht die Qualität der Materialien im Fokus. Alle Materialien werden umfassenden Qualitäts- und Zertifikatsprüfungen unterzogen.“

Zudem wird in der ersten Projektphase die Vernetzung mit den Partnern im Projekt und mit den anderen Bevorratungsstandorten in der EU aufgebaut. Regelmäßige – zunächst virtuelle – Treffen werden geplant, um die Aktivitäten zu koordinieren und von den Erfahrungen der Partner und Standorte zu lernen.



Fernmeldezug (Regie) des Saarpfalz-Kreises setzt taktische Drohneneinheit ein

Der Gesetzgeber hat mit der Überarbeitung der Luftverkehrs-Ordnung (LuftVO) 2017 den Drohneneinsatz im Bevölkerungsschutz weitgehend von den Regelungen für die private und gewerbliche Nutzung ausgenommen. Auf dieser Grundlage wurden auf Initiative des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) unter Federführung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Empfehlungen für Gemeinsame Regelungen zum Einsatz von Drohnen im Bevölkerungsschutz erarbeitet.



Einsatzfahrzeug mit Drohnen.

Seit April 2019 steht dem Fernmeldezug Saarpfalz für Aufgaben der Lagefeststellung, Kommunikation und Detektion von Wärmequellen (Glutnestern) und der Suche / Or-

tung von Menschen und Tieren neben einer bereits 2016 durch den Förderverein Fernmeldezug Saarland e.V. beschafften Drohne, ein durch den Landkreis Saarpfalz finanzierter Multikopter mit Wärmebild- und Restlichtkamera für Einsätze zur Verfügung.

Die Aufstellung als zusätzliche taktische Teileinheit erfolgte nach den mit Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter von Behörden, Organisationen und Verbänden im Bevölkerungsschutz erarbeiteten Empfehlungen. Danach sind im Einsatz die Aufgaben auf mindestens eine Führungskraft (TrFü nach DV 100), Drohnenpilot, Luftraumbeobachter LRB) und Unterstützer zum Einrichten einer gesicherten Start- und Landezone, Lademanagement für Akkumulatoren und Sicherstellen von Energie und Beleuchtung verteilt. Der Truppführer (gleichzeitig Kraftfahrer des Fahrzeugs, auf dem Fluggerät, Fernsteuerung und sonstige Ausstattung verlastet ist) koordiniert den Flug der Drohne und hält die Verbindung zur Einsatzleitung. Der Drohnenpilot steuert das Fluggerät und beobachtet den Luftraum in unmittelbarer Umgebung der Drohne. Während der LRB den weiteren Luftraum überwacht und den Einsatz im Kontakt mit dem Einheitsführer unterstützt.

Vor den ersten Einsätzen durchliefen die Helfer der Drohneneinheit eine Ausbildung zu den betreffenden Inhalten der LuftVO sowie nach den Gemeinsamen Empfehlungen der im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Behörden und Organisationen erarbeiteten theoretischen und praktischen Inhalten: Unterstützt von privaten Drohnensteuerern. Insbesondere bei einsatzrealistischen Übungen.

Die Einheit wurde auch bereits mehrfach in Amtshilfe der Polizei zur Personensuche angefordert. So wurde die Drohnen-Einheit am 9. Juli 2020 in den frühen Morgenstunden zusammen mit der Feuerwehr Homburg zur Unterstützung der Polizei Saarland alarmiert. Neben der Möglichkeit, das an die Fernbedienung übertragene Live-Bild im lokalen Netzwerk zu streamen und somit der Einsatzleitung zur Verfügung zu stellen, können hochauflösende



Drohneinsatz an einer einsturzgefährdeten Halle.

Flug-Akkus installiert und Kennzeichnungswesten für die zu stellenden Funktionen beschafft. Neben der geplanten Beschaffung einer höherwertigen Kamera konnten bereits zusätzliche Flug-Akkus finanziert werden. Außerdem soll eine spezielle Außenantenne auf dem Fahrzeugdach installiert werden, um mit der zweiten Fernbedienung im Inneren des Fahrzeuges ein stabiles Bildsignal zu empfangen.

Das auf die Fernbedienung übertragene Bild kann über verschiedene Wege der Einsatzleitung zur Verfügung gestellt werden. Kann der Flug in direkter Nähe stattfinden, wird das Bildsignal über den HDMI-Ausgang der Fernbedienung an den Projektor übertragen. Bei größerer Entfernung wird das HDMI-Ausgangssignal über ein zu-

Aufnahmen angefertigt und damit der Verlauf des Einsatzes dokumentiert werden.

sätzliches Gerät im lokalen Netzwerk gestreamt. Der Stream kann dann von mehreren Geräten im Netzwerk aufgerufen werden.

Die bisher in der Einheit verfügbaren geräteseitigen Möglichkeiten wurden unter anderem bei einem verunfallten Tanklastler sowie bei einem Brand auf einem Werksgelände genutzt. Die Brandbekämpfung erfolgte über einen Innenhof und die angrenzende Straße. Den Überblick über die gesamte Einsatzstelle verschaffte der Multikopter. Da die Halle einsturzgefährdet war, wurde zusätzlich das Innere der Halle aus der Luft erkundet und in die Einsatzleitung übertragen.

Neben dem Brand eines Lagerhallenkomplexes, welcher über einen Monat lang regelmäßige Kontrollflüge zur Lokalisierung von einzelnen Glutnestern in den einsturzgefährdeten Hallen erforderte, konnten gleich beide Multikopter bei einer Implosion eines Hefe-Silos eingesetzt werden. Während die erste Drohne zur dauerhaften Live-Bild-Übertragung des Silos genutzt wurde, konnte mit der zweiten Drohne der Ventilstand im oberen Bereich erkundet werden

Die Einheit greift im Einsatzfall auf einen ELW zurück, welcher extra für diesen Zweck ausgestattet wurde. So befindet sich im Inneren ein Fernseher, auf dem der Luftbildauswerter den Flug verfolgen kann. Zudem wurde die gesamte Ausstattung fest verladen, ein Ladegerät für die



Blick in das Einsatzfahrzeug während einer Nachtübung.
(Fotos: Fernmeldezug Saarpfalz-Kreis)

Weitere Informationen:

www.fermeldezug.com

<http://www.fermeldezug.com/und presse@saarpfalz-kreis.de>

<mailto:presse@saarpfalz-kreis.de>

Michael Mörschbacher und Florian Göstl
Fernmeldezug des Saarpfalz-Kreises

15.12.2020 – 15 Jahre Schneekatastrophe im Münsterland

Auswirkungen auf den Schutz Kritischer Infrastrukturen

Der 25. November 2005 startete im Münsterland bereits mit kräftigen Schneefällen. Innerhalb von 12 Stunden fielen 30 cm Neuschnee, bei Temperaturen um den Gefrierpunkt war dieser sehr nass. Bis zum nächsten Morgen fielen im Münsterland, Tecklenburger Land und Osnabrücker Land 30 bis 50 cm Neuschnee – ein extrem seltenes Ereignis für diese Region – so damals der Deutsche Wetterdienst. In der Folge des Ereignisses kam es zu langen Staus auf den Autobahnen, teilweise wurden Menschen im Stau von Hilfskräften des Katastrophenschutzes mit warmen Getränken versorgt. Die schlimmste Folge des Wetterereignisses war jedoch ein Stromausfall, der 250.000 Menschen betraf. Das Ereignis im Münsterland 2005 führte dazu, dass sich im Bereich der Forschung, des Risiko- und Krisenmanagements sowie der Notfallplanung deutlich intensiver mit den Folgen und der Bewältigung eines großräumigen und langandauernden Stromausfalls befasst wurde.

Die Bewältigung eines Stromausfalls wie im Münsterland 2005 fällt in den Aufgabenbereich des Katastrophenschutzes. Auf Ebene der Länder, Kreise und kreisfreien Städte wurden im Rahmen des Risiko- und Krisenmanagements Rahmenkonzepte, Einsatzpläne und Sonderenschutzpläne für die Bewältigung von großräumigen und langandauernden Stromausfällen weiterentwickelt. Betreiber Kritischer Infrastrukturen sind in die Krisenmanagementstrukturen eingebunden und beteiligen sich an Übungen. Ebenfalls haben sich Betreiber Kritischer Infrastrukturen und Branchenverbände im Rahmen des Risiko- und Krisenmanagements noch umfangreicher mit der Bereitstellung von Strukturen zur Bewältigung der Folgen eines Stromausfalls befasst. In verschiedene Branchenregelwerke wurden Hinweisblätter zum Risiko- und Krisenmanagement aufgenommen, die Unternehmen bei deren Etablierung eines solchen Risiko- und Krisenmanagements wirkungsvoll unterstützen.

Das Ereignis im Münsterland hat dazu beigetragen, unwahrscheinliche, jedoch plausible Ereignisse mit extremen Auswirkungen auf die Bevölkerung stärker im Risiko- und Krisenmanagement von Behörden und Kritischen Infrastrukturen zu berücksichtigen. Der Schutz Kritischer Infrastrukturen hat sich als Eckpfeiler zum Schutz der Bevölkerung etabliert. In dem Bericht 10 Jahre „KRITIS-Strategie“ wird dies anschaulich verdeutlicht.

BBK unterstützt Krankenhäuser bundesweit

Handbuch zur Krankenhausalarm- und -einsatzplanung mit Empfehlungen zur Vorbereitung auf größere Schadenslagen



Titelblatt der Publikation „Handbuch Krankenhausalarm- und -einsatzplanung (KAEP)“:
(Foto: BBK)

Krankenhäuser gehören zu den kritischen Infrastrukturen und sind Kernbestandteil unseres Gesundheitssystems. Mit dem jetzt herausgegebenen Handbuch zur Krankenhausalarm- und -einsatzplanung gibt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) allen Krankenhäusern in Deutschland einen Leitfaden an die Hand, sich individuell auf größere Notfälle vorzubereiten. Denn um auch in Schadenslagen handlungsfähig zu bleiben, ist eine sorgfältige Vorbereitung erforderlich. Ein individuell erarbeiteter Krankenhausalarm- und -einsatzplan (KAEP) beschreibt, wie die Strukturen, Prozesse und Funktionen innerhalb der Klinik anzupassen sind, wenn es beispielsweise zu einem Stromausfall, zu einem Massenansturm von Verletzten, einem Cyberangriff oder wie jetzt zu einer Pandemie kommt. Das rund 180 Seiten starke Handbuch kann über die BBK-Webseite (www.bbk.bund.de/download_KAEP) heruntergeladen werden. In Kürze

wird auch eine Druckversion über das BBK bestellbar sein. Jedes Krankenhaus in Deutschland erhält seit Beginn des Jahres 2021 automatisch ein Papierexemplar mit der Post.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),

Provinzialstraße 93, 53127 Bonn

Postfach 1867, 53008 Bonn

redaktion@bbk.bund.de

<http://www.bbk.bund.de>

Redaktion: Ursula Fuchs (Chefredakteurin),

Tel.: 022899-550-3600

Nikolaus Stein,

Tel.: 022899-550-3609

Petra Liemersdorf-Strunk,

Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein

Petra Liemersdorf-Strunk

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage: 30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:

Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Bestellungen und Adressänderungen bitte an: redaktion@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag

Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn

Postf. 1280, 33042 Paderborn

Tel.: 05251-153-0

Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Titelbild: Imtiaz Quraishi / CC0 Public Domain / pixabay.com

Heute: Der Bergpark Wilhelmshöhe Hessen



Der Bergpark Wilhelmshöhe hat etwas Magisches. Auf einer Anhöhe im Westen Kassels gelegen, erstreckt er sich über rund 560 Hektar und zieht mit seiner markanten Herkules-Statue und den Wasserkünsten die Besucher in seinen Bann. Im Jahr 2013 wurde er zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt; seitdem flanieren jährlich 700.000 Menschen durch den größten Bergpark Europas. Er nimmt einen ganz besonderen Platz im reichen Kulturerbe Hessens ein und ist ein Aushängeschild der Museumslandschaft Hessen Kassel.

Zu verdanken haben wir dieses Gesamtkunstwerk Landgraf Carl von Hessen-Kassel (1654 bis 1730). Er war einer der bedeutendsten Herrscher der Barockzeit, ein großer Freund und Förderer der Wissenschaft und der Kunst. Seiner Feder entsprang die Idee, Wasserspiele zu inszenieren, die allein auf dem physikalischen Phänomen des Wasserdrucks beruhen. Ohne Pumpe, ohne Hilfsmittel sprudelt es über die Kaskaden, den Steinhöfer Wasserfall, die Teufelsbrücke und fällt über das Aquädukt und die Peneuskaskaden hinab zum Schlossteich. Hier lässt der Wasserdruck die Große Fontäne über 50 Meter in die Höhe schießen. All das passiert unter den Augen der mehr als elf Meter hohen Statue des griechischen Helden Herkules, der für die Tugenden eines gerechten und weisen Herrschers und die Allmacht des Landgrafen steht.

Inspiriert wurde der Kasseler Herrscher vom französischen Sonnenkönig Ludwig XIV. Die Strahlkraft von Schloss Versailles mit seinen Gärten und Wasserkünsten lag nicht nur in der überwältigenden Größe und Architektur begründet, sondern auch in dessen Nutzung als Machtinstrument. Die anderen absolutistischen Herrscher Europas strebten ebenfalls nach Größe und Anerkennung. Mit seiner künstlerischen und technischen Auseinandersetzung des Menschen mit seiner Umwelt schaffte es Landgraf Carl, aus dem Schatten des Sonnenkönigs herauszutreten.

Der Bergpark Wilhelmshöhe und seine Geschichte beeindruckte auch das UNESCO-Welterbekomitee: Der außergewöhnliche universelle Wert des Ensembles beruht auf seinen Wasserkünsten, die ein herausragendes Zeugnis der technischen und künstlerischen Auseinandersetzung des Menschen mit dem Element Wasser darstellen, und der künstlerisch außergewöhnlichen, kupfergetriebenen Herkules-Statue.

Der Wille des Landgrafen Carl, die Naturgewalt Wasser zu beherrschen, hatte in Kassel auch sonst großen Einfluss auf den technischen Standard. So holte der Landgraf den

Ingenieur Denis Papin an seinen Hof, um eine Maschine zu entwickeln, die es möglich machen sollte, größere Mengen Wasser zu heben. Papin konstruierte eine dampfgetriebene Pumpe, deren Druck allerdings keine Rohre der Zeit standhielten. Auch wenn diese Maschine in Kassel nicht zum Einsatz kam, war sie doch der direkte Vorläufer der Dampfmaschine, die wenig später die Welt revolutionierte.



Der Bergpark Wilhelmshöhe ist als größter Bergpark Europas die Hauptsehenswürdigkeit der Stadt. Hier sind zwei Epochen europäischer Gartenkunst harmonisch zu einer Einheit verbunden – die barocke Anlage mit dem die Kaskaden überragenden Oktogon, sowie eine weiträumige Parkanlage im Stil der englischen Landschaftsgärten. (Foto: Kassel Marketing GmbH | Jörg Conrad)

Man sieht: Über die Jahrhunderte hinweg übt der Bergpark Wilhelmshöhe eine große Faszination auf die Menschen aus. Und auch jetzt, in der Corona-Pandemie, bietet er einen Ort zum Durchatmen. 2020 fanden die Wasserspiele nicht statt, um Besuchermengen zu vermeiden, und Einrichtungen wie Löwenburg und Schloss Wilhelmshöhe waren nur eingeschränkt zugänglich. Aber die Parkanlage mit ihrer tröstlichen Weite und ihrer inspirierenden Verbindung von Kulturdenkmälern mit der wunderschönen Natur Nordhessens – sie stand allen offen. Und das macht auch die Haager Konvention aus: Kulturerbe zu schützen, das den Menschen am Herzen liegt.

Angela Dorn
Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn
PVSt, Deutsche Post AG,
Entgelt bezahlt, G 2766

